

Preußische Allgemeine



Nr. 45 · 12. November 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Die Stunde der Intellektuellen

Nach der verlorenen Bundestagswahl versuchen liberalkonservative Think Tanks, der bürgerlichen Mitte neue inhaltliche Impulse zu geben **Seite 3**

CDU



Vor Ort Ein Abgeordneter an der weißrussisch-polnischen Grenze **Seite 6**



Geschichte Eine Preußin auf dem russischen Zarenthron **Seite 10**

AUFGEFALLEN

Trotz ist die Antwort der Übergangenen

Die große Frage im Raum lautet: Wieso verweigern sich so viele Deutsche dem, was ihnen von oben empfohlen wird? Wieso verschließen sie sich der mutmaßlich besseren Einsicht? Bei „Markus Lanz“ brüten der Politiker Reiner Haseloff (CDU), der Journalist Robin Alexander („Die Welt“), der Physiker Dirk Brockmann, die Ethikerin Alena Buyx (Vorsitzende des Deutschen Ethikrates) und die Philosophin Svenja Flaßpöhler über die Motive und Rechte von Impfverweigerern – und kommen nicht recht von der Stelle.

Mehr Druck, fordert Buyx. Nein, das fördere eher den Trotz, kontert Flaßpöhler. Was die tiefere Ursache dieses Trotzes sein könnte thematisiert niemand: In einer freien, demokratischen Gesellschaft befiehlt man nicht von oben, was gut und richtig ist. Man diskutiert es, lässt verschiedenste Positionen zu Wort kommen und erzielt im besten Fall einen Konsens.

Doch auf die Idee, in so eine Sendung wenigstens einen einzigen Impfskeptiker einzuladen, um auch der anderen Meinung Gehör zu verschaffen, kam Moderator Lanz offenbar nicht. Und die Diskutanten schien die Abwesenheit der Gegenposition ebenfalls nicht zu stören, wenn ihnen das Fehlen des Gegenparts denn überhaupt auffiel. Hier zeigt sich die Ursache, warum Debatten in Deutschland oft nicht mehr funktionieren: Es wird gar nicht mehr diskutiert, sondern ignoriert. Die Reaktion der Übergangenen äußert sich dann eben im Trotz – wem wundert’s? **H.H.**

POLITIK

Inmitten zweier Krisen steht Deutschland führungslos da

Während sich die Lage an der polnisch-weißrussischen Grenze verschärft und die Corona-Zahlen steigen, erlebt unser Land bleierne Tage des Interregnums

VON RENÉ NEHRING

Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin.“ Nach diesem alten Pazifistenwortspruch scheint Bundeskanzlerin Angela Merkel dieser Tage das Migrationsproblem an der polnisch-weißrussischen Grenze aussitzen zu wollen. Obwohl nach polnischen Berichten inzwischen mehr als tausend Migranten täglich versuchen, in die EU einzudringen, und obwohl es das erklärte Ziel fast aller Asylbewerber ist, nach Deutschland weiterzureisen, unternimmt Berlin praktisch nichts (siehe auch das Interview auf Seite 6).

Nur zur Klarstellung: Es war die Kanzlerin selbst, die in den vergangenen Monaten wiederholt den weißrussischen Diktator Alexander Lukaschenko öffentlich kritisierte und ihm während des EU-Gipfels in Brüssel im Oktober sogar „staatlichen Menschenhandel“ vorwarf. Insofern darf man davon ausgehen, dass Merkel ein klares Bild von der Lage vor Ort hat.

Umso erstaunlicher, dass sie – jenseits der starken Kritik an dem Minsker Herrscher – die Hände wieder einmal in den Schoß legt und jedes Handeln unterlässt. Weder gibt es verbale oder gar materielle Unterstützung für Polen und dessen Bemühungen, seine östliche Staatsgrenze abzusichern, noch einen Appell an die Europäische Union, die Polen bei ihren eigenen Anstrengungen materiell und po-

litisch nicht allein zu lassen. Obwohl inzwischen fast alle Kommentatoren auf nahezu allen Ebenen von einer „hybriden Kriegsführung“ durch Minsk sprechen, die unmittelbar auch gegen Deutschland gerichtet ist, tut die Führung in Berlin so, als lebten wir in ruhigen Zeiten.

Zaudern, bis es zu spät ist

Das aktuelle Nicht-Agieren der Kanzlerin reiht sich ein in eine lange Phalanx von Ereignissen ihrer Amtszeit, bei denen sie Lösungen so lange verzögerte, bis die deutsche Politik zur Getriebenen der Umstände wurde: Zuletzt etwa das Ignorieren der Entwicklungen in Afghanistan und Merksels entblößendes Statement, dass „die Dinge anders gelaufen sind, als wir uns das vorgestellt haben“. Oder das Versagen bei der Beschaffung der Corona-Impfstoffe, die Merkel aus Symbolgründen und zur Vermeidung des Vorwurfs eines angeblichen „Impfnationalismus“ lieber der EU übertrug – obwohl diese gar keine Institutionen für diese Aufgabe hat, sodass andere Länder deutlich schneller einen in Deutschland entwickelten Impfstoff bekamen als die Deutschen selbst. Oder die Migrationswelle des Jahres 2015, als es Merkel wichtiger war, „ein freundliches Gesicht“ zu zeigen, als mit Verbündeten wie Ungarn eine Lösung zu finden.

Anderes Thema, ähnliche Lage: Seit mehreren Wochen steigen in Deutschland die Corona-Zahlen wieder stark an, schon

warnen Ärzte und Pfleger vor einem Notstand in den Krankenhäusern. Doch von der Kanzlerin ist auch hier wieder nichts zu hören: keine Aussage zur Lage des Gesundheitswesens und schon gar kein Gedanke dazu, wie man die Skeptiker doch noch dazu bewegen könnte, sich freiwillig impfen zu lassen. Zwar sind die Regierungschefin und ihre Minister seit der Konstituierung des neuen Bundestags nur noch „geschäftsführend“ bis zur Wahl eines neuen Kanzlers im Amt, doch nimmt ihnen dieser Status keinerlei Kompetenzen zur Gefahrenabwehr.

Ob sich unter einer neuen Regierung die Dinge verbessern werden, darf indes bezweifelt werden. Denn vom mutmaßlich nächsten Kanzler Olaf Scholz ist derzeit ebenso wenig zu hören. Natürlich ist Scholz angesichts stockender Koalitionsverhandlungen mit Grünen und FDP gut beraten, sowohl hinter den Kulissen als auch in der Öffentlichkeit vermittelnd aufzutreten. Doch hätte er mit einigen klaren Aussagen die Gelegenheit, auch ohne Amt natürliche Führungsstärke zu zeigen und bereits vor seiner Wahl zum Kanzler deutlich zu machen, bei wem künftig die Richtlinienkompetenz in diesem Lande liegt.

Fairerweise muss man sagen, dass Scholz die Wahl gewonnen hat, weil er von allen Kanzlerkandidaten am glaubhaftesten für ein ruhiges „Weiter so!“ gestanden hat. Insofern bekommen die Deutschen das, was sie gewählt haben.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Neue Pannen und alte Schulden bedrohen den Berliner Großflughafen **Seite 7**

Kultur

Das ZDF versucht sich an einer filmischen Deutung der Corona-Pandemie **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Eine russische Gesellschaft bietet wieder Direktflüge von Berlin nach Königsberg an **Seite 21**

HINWEIS

Tafelkalender Dieser Ausgabe liegt der Tafelkalender der PAZ für das Jahr 2022 bei.



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Preußisch Litauen Seit dem Zerfall der Sowjetunion ist das nördliche Ostpreußen nicht nur Grenzgebiet zwischen der NATO und Russland, sondern auch Gegenstand geostrategischer Planspiele

Erhebt Litauen Ansprüche auf Königsberg?

Der Chefredakteur des russischen Internet-Portals RuBaltic.Ru erhebt in einer 60-seitigen Studie schwere Vorwürfe

VON WOLFGANG KAUFMANN

In Reaktion auf die NATO-Osterweiterung und geplante oder bereits vollzogene Stationierungen von Raketen im Vorfeld seiner Westgrenze begann Russland im Jahre 2016, mit atomaren Sprengköpfen bestückbare Raketen ins Königsberger Gebiet zu verlegen. Daraufhin entwarfen hochrangige NATO-Vertreter wie der damalige Oberbefehlshaber des United States European Command (USEUCOM), General Philip Mark Breedlove, dramatische Bedrohungsszenarien.

Außerdem äußerte der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, Robert O'Brien, im Mai 2020, die „Region Kaliningrad“ sei ein „Dolch im Herzen Westeuropas“. Man ging seitens der NATO aber davon aus, dass es keine realistische Möglichkeit gebe, Moskaus Brückenkopf zwischen Polen und Litauen auf militärischem Wege zu neutralisieren. Damit kam das 2014 eröffnete NATO Strategic Communications Centre of Excellence (NATO StratCom COE) in der lettischen Hauptstadt Riga ins Spiel. Es nutzt Methoden der psychologischen Kriegsführung, um die russische Exklave zu destabilisieren.

Eine davon analysiert nun Alexander Nosowitsch, Chefredakteur des russischen Internet-Portals RuBaltic.Ru und Mitglied der Gesellschaftskammer des Königsberger Gebietes. Der Journalist und Politikwissenschaftler gilt im benachbarten Litauen als Persona non grata, weil er angeblich die Sicherheit der baltischen Republik gefährdet. Tatsächlich legt Nosowitsch aber eher die Finger in offene Wunden, wie jetzt wieder mit seiner neuen, 60 Seiten umfassenden Studie namens „Klein-Litauen. Wer versucht warum das Kaliningrader Gebiet von Russland abzutrennen?“ Darin berichtet er über eine aktuelle Kampagne, hinter der scheinbar nur die Regierung in Wilna (Vilnius) steht, die aber auch die Handschrift des NATO StratCom COE trägt.

„Dolch im Herzen Westeuropas“

Wie Nosowitsch nachweist, lanciert die litauische Führung nun systematisch die These, dass Russland die Exklave auf ostpreußischem Gebiet illegal besetzt halte. Dazu bedient sie sich des Mythos des so-



Die damaligen Präsidenten Litauens und Lettlands, Dalia Grybauskaitė und Raimonds Vējonis, sowie der 2018 verstorbene US-Senator John McCain (v.l.) haben sich während seiner Einweihung die Ehre gegeben: Das der psychologischen Kriegsführung dienende NATO Strategic Communications Centre of Excellence in Riga Foto: pa

genannten Klein-Litauen, einem angeblich traditionell litauischen Siedlungsgebiet, das endlich in die Republik Litauen „zurückkehren“ müsse, nachdem die Rote Armee es 1945 „vorübergehend“ für 50 Jahre annektiert habe.

NATO StratCom COE

Ziel des Ganzen, so Nosowitsch, sei ganz offensichtlich die Delegitimierung der russischen Gebietsansprüche und die Verunsicherung der russischen Bevölkerung im Königsberger Gebiet, die Moskau schlussendlich dazu veranlassen sollen, die Exklave aufzugeben. Dabei hege man in Wilna gar keine sonderliche Begeisterung für die vermeintliche „Wiege der litauischen Kultur“.

Hiervon zeugten unter anderem die völlige Vernachlässigung angeblich „heiliger Orte“ der Litauer im Königsberger Gebiet wie des Museums zur Erinnerung an den als Urvater der modernen litauischen Dichtung geltenden protestantischen Pfarrer Christian Donalitius (Kristijonas Donelaitis) in Tollmingkehmen [Tschistyje Prudy]: Weshalb drücke sich Wilna um die Finanzierung der Erhaltung dieses

„nationalen Kleinodes“ der Litauer und überlasse sie dem russischen Steuerzahler, während große litauische Medien aufs Übelste über die „minderwertigen Slawen“ herzögen und „rassistische“ Artikel veröffentlichten, in denen die Russen als Wodka-saufende Versager dastünden? Und warum rühre Litauen eigentlich keinen Finger, um den 12.000 ethnischen Litauern in der russischen Exklave das Leben zu erleichtern? Die litten schließlich unter der „Bojkotttette“ der Führung in Wilna, die den eigenen Bürgern nahelege, nicht in das Königsberger Gebiet zu reisen, um dort ihre Verwandten zu treffen.

Für Nosowitsch ist klar, dass die litauische Regierung weder die Interessen ihres Landes noch der litauischen „Titelnation“ im Blick habe, wobei Letztere sowieso aussterbe. Vielmehr fühle man sich in Wilna der „transatlantischen Solidarität“ mit den USA und der „westlichen Wertegemeinschaft“ verpflichtet, deren Hauptziel darin bestehe, Russland „einzudämmen“. Daraus leitet der RuBaltic.Ru-Chefredakteur das folgende Fazit ab:

„Die Verbreitung der Doktrin von ‚Klein-Litauen‘ ist Teil des strategischen

Plans der NATO, die Region Kaliningrad von Russland loszulösen und so die geopolitischen Verhältnisse in Europa radikal zu verändern. Daher sollten die destruktiven Aktivitäten der Republik Litauen so ernst wie möglich genommen werden. Hier geht es nicht um Phantomschmerzen oder die Phantasien eines kleinen, ressourcenlosen osteuropäischen Landes. Vielmehr sprechen wir hier von einem Spiel mit sehr, sehr hohen Einsätzen“, in dem die wahren Akteure anderswo als in Wilna saßen.

Sprachrohr des Kreml?

In diesem Zusammenhang bringt Nosowitsch auch einen antideutschen Seitenhieb, indem er auf angebliche Bemühungen zur schleichenden „Germanisierung“ der russischen Exklave verweist, die mit dem Versuch einhergingen, die sogenannte „Königsberger Identität“ herauszubilden. Dem folgt freilich die triumphierende Feststellung, dass solchen Formen der Destabilisierung „vorerst“ durch entsprechende Maßnahmen gegen deutsche Nichtregierungsorganisationen Einhalt geboten worden sei.

Es besteht sehr wohl die Möglichkeit, dass Nosowitsch, der seine Studie auch im Rahmen der Online-Fachkonferenz „75 Jahre Kaliningrader Gebiet: Die geopolitischen Herausforderungen eines feindlichen Umfelds“ vorstellte, nicht nur im eigenen Namen sprach. Immerhin charakterisiert der lettische Geheimdienst Drošības Policija RuBaltic.Ru als ein Medium, das dem Kreml nahestehe und für diesen zulasten der drei baltischen Staaten politische Propaganda betreibe.

● Interessante Informationen zu dem Thema bietet auch der Beitrag „Bericht: Litauen bereitet Gebietsansprüche auf Kaliningrader Gebiet vor“ auf der Internetseite des russischen Auslandsfernsehprogramms RT (Russia Today) <https://de.rt.com/europa/126405-bericht-litauen-bereitet-gebietsansprueche-auf-kaliningrader-gebiet-vor/>. Alexander Nosowitschs Studie „Klein-Litauen. Wer versucht warum das Kaliningrader Gebiet von Russland abzutrennen?“ findet man auf der Internetseite <https://www.rubaltic.ru/upload/medialibrary/e26/e26425f4f3fa0e31a0f0ae56bob98f.pdf>

VOR DER VERTREIBUNG

Wie litauisch Preußisch Litauen war

Autochthon waren die Prußen – Viele Litauer starben bei der Großen Pest – Viele assimilierten sich

Die auch als „Kleinlitauen“ bezeichnete Region Preußisch Litauen im Nordosten des heutigen Ostpreußen war ursprünglich von Prußen bewohnt. Nach deren Niederwerfung durch den Deutschen Orden lebten nur noch wenige prußische Schauler und Nadrauer sowie Alt-Kuren dort. Nach der Festlegung der Grenze in diesem Raum zwischen dem Deutschordensstaat und Polen-Litauen begann im 15. Jahrhundert eine Neubesiedlung der Großen Wildnis. Es kamen aus Litauen zurückgekehrte Prußen, Deutsche und Letten. Zwischen dem Zweiten Thorer Frieden und der Mitte des 16. Jahrhunderts wanderten vermehrt auch Litauer ein, vor allem aus dem benachbarten Samaiten. Bis zur Pest-

epidemie von 1709/10 war die Landbevölkerung mehrheitlich litauisch und die Stadtbevölkerung mehrheitlich deutsch.

Durch die Große Pest wurde die rund 300.000 Köpfe zählende Bevölkerung mehr als halbiert. Unter den etwa 160.000 Todesopfern waren vor allem Litauer. Vorher hatten bereits der Zweite Nordische Krieg mit seinem Tatareneinfall sowie nachfolgende Hungersnöte und Seuchen die Bevölkerungszahl vermindert.

Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. reagierte auf diesen Bevölkerungsschwund mit dem Rétablissement, einem Wiederaufbau, zu dem auch eine gezielte Einwanderungspolitik gehörte.

Im Ergebnis wuchs die Bevölkerung Ostpreußens zwischen 1713 und 1740 um 160.000 Menschen auf 600.000. Aus der Pfalz kamen ebenso Siedlungswillige wie aus Nassau. Aus der Schweiz kamen 2000 und aus Salzburg gar 17.000.

Ausgesprochen gut assimilierten sich die Einwanderer aus Litauen. Die Bereitschaft, die deutsche Kultur einschließlich der Sprache zu übernehmen, war groß. Entsprechend eklatant ist die Abnahme der litauischen Muttersprachler.

In dem weitgehend mit Preußisch Litauen identischen Regierungsbezirk Gumbinnen stieg die Zahl der Einwohner von 1817 bis 1825 um 23 Prozent, die der litauischen Muttersprachler aber

Am Ende stellten die Litauer selbst in ihrer ostpreußischen Hochburg, der Grenzregion nördlich der Memel, nur noch rund ein Viertel der Bevölkerung

nur um zwölf. Von 1852 bis 1890 sank die Zahl der litauischen Muttersprachler von über 151.000 auf gut 121.000. 1910 waren es in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen nur noch rund 114.000. Und das bei einer Einwohnerzahl von 1,4 Millionen.

Um 1900 lebte mehr als die Hälfte der preußischen Litauer nördlich der Memel, und trotzdem waren sie selbst dort nur eine Minderheit. Davon zeugen nicht nur Wahlergebnisse, sondern auch eine litauische Volkszählung aus dem Jahre 1925. In jenem Jahr bezeichneten sich 72,5 Prozent der Memelländer als Deutsche beziehungsweise Kulturdeutsche, aber nur 27,5 Prozent als Litauer. *Manuel Ruoff*

Liberal-konservative Sinnsuche

Nach der verlorenen Bundestagswahl wirken führende Repräsentanten der Union orientierungslos. Das nehmen zwei soeben gestartete Projekte zum Anlass, um der politischen Mitte neue inhaltliche Impulse zu geben

VON WERNER J. PATZELT

Man sollte meinen, dass einer Partei, die 16 Jahre lang regiert hat, alle wichtigen Politikfelder samt ihren Herausforderungen vertraut sind. Und dass sie Ahnung davon hat, wie man anstehende Probleme lösen kann. Zwar kann man trotz solcher Kompetenz als Regierungspartei abgewählt werden. Aber auch dann könnte man weiterhin wissen, wofür man steht, und was man weiterhin erreichen will. Also muss es durchaus nicht sein, dass eine Wahlniederlage zum Orientierungsverlust und zur Kopflosigkeit einer Partei führt.

Doch vermutlich ist naiv, wer so denkt. Die CDU jedenfalls macht nicht den Eindruck, als habe sie während ihrer langen Regierungszeit so viel gelernt, dass sie nun sattelfest wäre beim Ritt über die zu beherrschenden Politikfelder: Klima- und Energiepolitik, Migrations- und Integrationspolitik, Europa- und Sicherheitspolitik. Anscheinend beschränkten sich die internen Diskussionen der Union allzu lange auf die Frage, ob man die CDU-Kanzlerin Merkel unterstütze – ganz gleich, welche Politik zu führen sie jeweils geruhte.

Bestätigung für langjährige Kritiker

Nun bekommt bittere Genugtuung, wer schon lange mit grimmigem Sarkasmus behauptete, die CDU sei inhaltlich entkernt und einmal mehr zum cheffhörigen Kanzlerwahlverein geschrumpft. Heftig stritten das noch unlängst die Parteiobere ab. Noch jetzt streiten jene Nachlassverwalter darüber, ob die Partei denn wirklich einen anderen Neuanfang brauche, als den Kurs der letzten Merkel-Jahre mit einem neuen Anführer fortzusetzen. Oder ob ein Neubeginn „in der Mitte bleiben“ oder „nach rechts“ führen müsse. Oder ob die Union konservativer oder progressiver zu sein habe. Bezeichnenderweise verknüpft das kaum einer mit aus den Tatsachen abgeleiteten sachpolitischen Positionen. Dann freilich sind auch vermeintliche Ortsbestimmungen wie „Mitte“ oder „konservativ“ nichts weiter als Leerformeln, nicht mehr als politikrhetorisches Spielgeld. Deshalb wundert es auch gar nicht, wenn manche Parteihauptlinge so tun, als erledige die erhoffte Einigung auf einen einzigen Kandidaten für den Parteivorsitz auch schon weitere Debatten zur Sache. Denn wenn die nicht klar ist, kann sie wirklich ein jeder vertreten.

Glücklicherweise wollen nicht alle CDU-Mitglieder, wollen nicht alle Anhänger der Union auf Debatten um Inhalte verzichten. Die WerteUnion forderte lange schon von den Unionsparteien, und zwar ganz zum Unwillen der sich unfehlbar-alternativlos dünkenden Parteiführungen, dass man sich stärker von marktwirtschaftlichen Überzeugungen leiten lasse, die uns anvertraute Natur wirkungsvoller bewahre, die Politik klar an den Interessen von Familien orientierte, die pluralistische Demokratie samt der sie tragenden Kultur sichere, auch Recht und Ordnung entschlossener aufrechterhalte, in der EU am Subsidiaritätsprinzip festhalte sowie einen aufgeklärten Patriotismus pflege.

Doch während die WerteUnion weiterhin hofft, diese Anliegen würden in ihrer Partei eines Tages wieder mehr sein als nur Lippenbekenntnisse, gruppieren sich außerhalb der Union etliche ihrer früheren Mitglieder zum Bürgerlich-Freiheitlichen Aufbruch, weil sie vom Flirtkurs der Union mit Grünen und Sozialdemokraten zutiefst enttäuscht sind. Zwar ist fraglich, welche Hebelwirkung eine solche Gruppierung außerhalb der Union entwickeln kann. Immerhin braucht jeder Kolben einen ihn umgebenden Zylinder, wenn er Antriebskraft erzeugen soll. Doch das vielfältige Engagement beim Bürgerlich-



Wollen eine inhaltsleer gewordene bürgerliche Mitte mit ihrer „Denkfabrik R 21“ geistig wiederbeleben: Die frühere Familienministerin Kristina Schröder und der Mainzer Historiker Andreas Rödder

Foto: imago/Mauersberger

Freiheitlichen Aufbruch oder bei ähnlichen Unternehmungen zeigt, wie viele in unserem Land der Union helfen und diese Partei wieder auf einen Erfolgsweg bringen wollen.

Initiativen für einen geistigen Unterbau

Schon einen Schritt weiter betätigt sich eine Kampagnenagentur, die unlängst unter dem Namen „TheRepublic“ gegründet wurde. Mit ihrem englischen Namen hofft sie, „cool“ und „nicht gestrig“ zu wirken. Nun ja. Sie will die „Kampagnenfähigkeit der liberal-konservativen Kräfte unseres Landes“ stärken und stellt auf ihrer Webseite das „Produzieren pointierter Inhalte und Kampagnen“ in Aussicht. Sie tut im Grunde so, als gäbe es in der Union bereits geklärte Positionen, die sich offensiv vertreten ließen. Damit wird der Karren vor das Pferd gespannt. Dennoch werden Sympathisanten der Union den Veranstaltern dieses Medienauftritts die Daumen drücken. Immerhin arbeitet er für ein „bürgerliches Deutschland“, das auf „Freiheit, Sicherheit und Wohlstand ausgeht“, und will „die politische Linksdrift in Deutschland stoppen“.

Einst hätte man in der Union das alles für schlicht normal gehalten. Jetzt aber flüstert man warnend, da gewinne ein neuer innerparteilicher Flügel an Gewicht, der mit anderen Flügeln der CDU der Partei rivalisiere und der Union das langjährige Selbstzerstörungsschauspiel der SPD bescheren werde; also weg damit. Sogar der Umstand, dass hinter „TheRepublic“ ein früherer CSU-Mitarbeiter steht und Friedrich Merz dieses Vorhaben – bislang noch – unterstützt, unterband nicht das sofortige Aufkommen vermeintlich wissenden Raunens, hier bahne sich wieder einmal ein Aufguss von AfD-Denke den Weg in die Union. Und schon ist – wie gleich nach dem Aufkommen der WerteUnion – das am schrillsten

blinkende Stoppschild Deutschlands errichtet. Es darf einfach nicht wahr sein, dass die Union vielen ihrer früheren Wähler „zu zeitgeistig“ geworden ist, zu prinzipienlos, „zu links“ – was immer das bedeuten mag.

Also klärt man besser, was wohl wirklich der Fall ist. Dann erst kann man der Union wieder aufhelfen. Dem will sich eine „Denkfabrik“ widmen, die ebenfalls neu gegründet wurde. Sie trägt den Namen R 21, wobei „R“ für „Republik“ steht, und „21“ vielleicht für gar nichts. Gesichter dieser Denkfabrik sind die ehemalige Bundesministerin Kristina Schröder sowie der Mainzer Geschichtswissenschaftler Andreas Rödder. Wie bei anderen Initiativen diesseits der politischen Linken, die sich um die Zukunft unseres Landes sorgen, gehört zu den Zielen die Neubelebung von Freiheit, Pluralismus und Eigenverantwortung, desgleichen die Entwicklung von Strategien und Konzepten bürgerlicher Politik. Als dem dienende „Ideenschmiede“ setzt man auf Freiheit und Eigenverantwortung, auf soziale Marktwirtschaft und einen schlanken Staat, auf eine pluralistische Gesellschaft mit Generationengerechtigkeit, auf einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen sowie auf Deutschlands partnerschaftliche Einbindung in Europa.

Der Ausfall der parteinahen Stiftungen

Nichts von alledem müsste in der Union Neuigkeitswert haben. Alles das könnte nicht nur die Politik, sondern auch die Rhetorik der Union prägen – im stimmigen Zusammenklang, und seit vielen Jahren. Doch Reden und Tun fallen auseinander. Immerhin wird bislang nicht behauptet wie einst beim Aufkommen der WerteUnion, solche Forderungen wären unnötig, denn derlei Unionsdefizite gäbe es gar nicht. Die Wahlniederla-

ge aber machte sie jetzt unverkennbar – auch für jene, die weiterhin ihre Augen gern verschlossen. Also wäre es hilfreich, wenn die neuen Gruppierungen nicht konkurrierten, sondern sich vernetzten. Und schön wäre es, wenn wenigstens die neue Unionsführung begriffe, dass innerparteiliche Pluralität nicht schadet, sondern nützt – jedenfalls dann, wenn man auf wechselseitiges Lernen ausgeht. Dann hörte man auch mehr auf die Mitnahmewünsche der eigenen Stammkundschaft als auf Ausgrenzungsforderungen seitens von politischen Gegnern.

Wenn nun Unionsfreunde eine „Denkfabrik“ gründen und eine neue Debattenplattform schaffen, dann stellt sich durchaus die Frage, ob denn CDU und CSU gar keine eigenen, auch öffentlichkeitswirksamen „Think Tanks“ hätten. Was also ist mit der millionenschweren Konrad-Adenauer-Stiftung, was mit der Hanns-Seidel-Stiftung? Hat dort wirklich niemand gemerkt, dass es mit der Union abwärts geht? Niemand auf die Gründe dafür geachtet? Keiner seine Einsichten aufgeschrieben? Jeder es vermieden, innerparteilicher Debatten über die Stimmigkeit des gefährlichen Kurses anzustoßen? Obwohl die doch dazu verholten hätten, nicht jetzt erst durch erlittenen Schaden klug zu werden.

Bloß nicht die Parteiführung reizen

Natürlich gab es in beiden Stiftungen wache Analytiker. Es gab gewiss das eine oder andere kritische Strategiepapier. Vielleicht gelangte aus ihnen sogar mancher Gedanke in Publikationen, welche die jeweilige Stiftungsleitung absagte. Doch inhaltliche Debatten über Fehlerhaftes und Verbesserungswürdiges wurden in den beiden Stiftungen nur bei garantierter Echolosigkeit geführt. Leitsatz war, der Parteiführung nicht in die Quere zu kommen. Schon gar nicht wollte man die Chefetagen verärgern durch die Schaffung von Resonanzräumen für solche Intellektuelle, die der Union nicht nur zuneigen, sondern auch öffentlich für sie einstehen. Jedenfalls wollte man das nicht, falls die auch anderes im Sinn hätten als das Ausbringen von Lob für die Parteiführung. Doch eine Partei bringt sich um jeden Nutzen eines Think Tanks, wenn sie ihn nur zur Datenbeschaffung oder als Rechtfertigungsmaschinerie gebraucht.

Dem zu Bonner Zeiten berühmten Publizisten Johannes Gross wird das süßsante Wort zugeschrieben, die CDU sei eine unintellektuelle Partei – und wäre auch noch stolz darauf. Dafür waren die letzten eineinhalb Jahrzehnte der Union eine Probe aufs Exempel. Vermutlich täte es der CDU gut, beim Ringen um ihre inhaltliche Neuorientierung wenigstens halb so gern auf ihr zugetane Intellektuelle zu setzen, wie das seit jeher die SPD tut. Gerade dann hätte sie eine Chance, nicht nur neues Vertrauen in ihre Wirtschaftskompetenz zu gewinnen, sondern auch die kulturelle Hegemonie im politischen Gelände um die folgenden programmatischen Eckpunkte zu erringen: Politik für eine gerechte Ordnung, was das Verlangen nach Gerechtigkeit mit der Sicherung von Recht und Ordnung verbände; Schaffung umfassender Nachhaltigkeit, also von der Ökologie und Energie über Finanzen und Wirtschaft bis zu Demographie und Kultur; und Vorleben eines aufgeklärten Patriotismus, der nicht ausgrenzt, sondern auch eine Einwanderungsgesellschaft zusammenhält. Eben das aber wären wohl jene Inhalte, auf die hin sich eine Union erneuern müsste, die wieder mehrheitsfähig werden will.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt lehrte bis 2019 Vergleichende Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Zuletzt erschien „Parlamentarismusforschung. Eine Einführung“ (Nomos 2020). <http://wjpatzelt.de>

—
Vermutlich täte es der CDU gut, beim Ringen um ihre inhaltliche Neuorientierung wenigstens halb so gern auf ihr zugetane Intellektuelle zu setzen, wie das seit jeher die SPD tut. Dann hätte sie eine Chance, nicht nur neues Vertrauen in ihre Wirtschaftskompetenz zu gewinnen, sondern auch die kulturelle Hegemonie

MELDUNGEN

Streit um Bödecker

Berlin – Die Stiftung Humboldt-Forum hat eine externe Prüfung der Spender-ehrung des 2016 gestorbenen Juristen, Bankiers, Historikers, Buchautors und Museumsgründers Ehrhardt Bödecker angekündigt. Wie andere Persönlichkeiten, die für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses mehr als eine Million Euro gespendet haben, wird Bödecker im Humboldt-Forum bislang mit einem Medaillon gewürdigt. Mit einem Artikel im „Tagesspiegel“ hatte der Architekturtheoretiker Philipp Oswald diese Spender-ehrung in Frage gestellt. Oswald wirft in dem Artikel Bödecker vor, er habe rechtsextreme und antisemitische Positionen vertreten. Als Reaktion teilte das Humboldt-Forum mit, es teile „in keiner Weise“ die recherchierten Meinungen des Stifters zu Preußen- und Kaisertum, zu Krieg und Holocaust. In einer Stellungnahme sprachen sich inzwischen Ehrhardt Bödeckers Sohn Andreas Bödecker und seine Schwiegertochter Elvira Tasbach dafür aus, das Medaillon zur Spender-ehrung abzunehmen. N.H.

Nur rund jeder zweite Patient

Berlin – Nur rund jeder zweite „Corona-Patient“ in bundesdeutschen Krankenhäusern kam während des vergangenen Winters mit einer akuten Atemwegsinfektion in die Klinik. Der Rest wurde wegen ganz anderer Diagnosen wie Schlaganfall oder Herzinfarkt eingeliefert. Erst im Krankenhaus wurde dann die Infektion als „Nebenbefund“ festgestellt. Dies zeigen, so das Magazin „Multipolar“, die detaillierten Daten der Abrechnungen der Kliniken mit den Krankenkassen, die das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) in Siegburg bereitstellt. Des Weiteren weist das Magazin darauf hin, dass die Professoren Boris Augurzyk vom Essener RWI-Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) und Reinhard Busse von der Technischen Universität Berlin festgestellt hätten, dass während des ersten Lockdowns 2020 lediglich vier Prozent der intensivmedizinischen Betten durch Covid-19-Patienten belegt gewesen seien. W.K.

Folgen der Corona-Angst

Mainz – Laut Recherchen des ARD-Politikmagazins „Report Mainz“ hat seit Beginn der Corona-Pandemie die Zahl schwerer Fälle von Lungenkrebs und Diabetes deutlich zugenommen. Kliniken in Deutschland melden zudem mehr Schmerzpatienten. „Report Mainz“ hatte die jeweils 20 patientenstärksten Lungenkrebs-, Diabetes- und Schmerzkliniken angeschrieben und die Antworten ausgewertet. 71 Prozent der Lungenkliniken, die Angaben zu den Zahlen machten, berichteten von einer deutlichen Steigerung fortgeschrittener Tumore gegenüber der Zeit vor Corona. Als Ursache führt das Magazin ausgefallene Arzt- und Krankenhausbesuche aus Angst vor Ansteckung mit dem Coronavirus an. Nach Angaben des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung sind vergangenes Jahr deutschlandweit mehr als 20 Millionen Arztbehandlungen ausgefallen. N.H.



Autor des Buches „Kulturkampf um das Volk. Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen“: Martin Wagener

WISSENSCHAFT

Schlag gegen einen Verfassungsschutz-Kritiker

Der Politikwissenschaftler Martin Wagener hat den Verfassungsschutz provoziert. Nun droht man, ihn an seiner Hochschule kaltzustellen

VON ROBERT MÜHLBAUER

Es ist keine drei Monate her, da hat Martin Wagener in einem Gastbeitrag in der „Neuen Zürcher Zeitung“ eine ziemlich vernichtende Abrechnung mit dem „politisch instrumentalisierten“ Bundesamt für Verfassungsschutz (VS) publiziert. Das Kölner Bundesamt solle das Grundgesetz schützen. In der Praxis überschreite die Behörde aber „regelmäßig ihr Mandat, wenn sie der Politik zu gefallen versucht, etwa beim ‚Kampf gegen rechts‘“, schrieb der Politikprofessor, der an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung im Bereich Nachrichtendienste lehrt. Er kritisierte, dass der Chef des Verfassungsschutzamts – aktuell Thomas Haldenwang – ein politischer

Beamter sei und damit zum „Befehlsempfänger“ des Innenministeriums werde. Wagener zählte auch einige jüngste Panen des VS auf, etwa als er in diesem Jahr die AfD zum „Verdachtsfall“ erklären wollte und sich vor den Verwaltungsgerichten dabei eine blutige Nase holte.

Lehrerlaubnis faktisch entzogen

Keine drei Monate ist diese Abrechnung her. Im Sommer hatte er zudem noch ein migrationskritisches Buch veröffentlicht. Nun aber droht der Politikprofessor kaltgestellt zu werden. Ende Oktober macht er in einem Audiobeitrag (Podcast) öffentlich, dass er einen „Gegenschlag“ des Verfassungsschutzes erlebe. Dieser gab einen „Hinweis“ an den Bundesnachrichtendienst (BND), für den Wagener Nachwuchs ausbildet. Der BND musste dar-

aufhin die Sicherheitsfreigabe für Wagener „drastisch herabzustufen“, wie er sagt. Faktisch bedeutet dies, dass der 51-jährige Professor seine Hochschulräume auf dem Gelände der Berliner BND-Zentrale nicht mehr betreten darf. Er kann auch nicht mehr online mit seinen Studenten kommunizieren. Wagener ist damit de facto derzeit die Lehrerlaubnis an der Hochschule entzogen – ein drastischer Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit.

Wagener selbst vermutet, dass er besonders mit seinem Buch „Kulturkampf um das deutsche Volk. Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen“ (Olzog-Verlag, 2021) den Ärger der Behörde provoziert habe. In dem Buch schreibt er, dass die Politik daran arbeite, die ethnisch begründete Kultur-

nation, das Staatsvolk, durch eine multikulturelle Definition zu ersetzen. Ein Kollege von ihm, Armin Pfahl-Traugber, befand in einer Rezension im Humanistischen Pressedienst, dies erinnere ihn an Ideen der „Identitären Bewegung“, die Wagener untersucht und nicht kritisch genug behandelt habe.

Distanzierung des Fachbereichsrats

Wagener weist die Vorwürfe zurück. Vehement wehrt er sich gegen die Unterstellung, er stehe nicht mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes. Er habe stets für das politische System der Bundesrepublik und den Rechtsstaat geworben, sagte er gegenüber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“. „Es gibt nichts Besseres“, betont er. In seinem Podcast weist er auch Verschwörungstheorien zurück. Leicht ironisch sagt er, dass er sogar auf eine Hausdurchsuchung gefasst sei. „Meine Frau und ich sind gut vorbereitet. Wir haben Gebäck und Kuchen“, man wolle gerne über alles diskutieren.

Noch bevor die Sache derart eskalierte, hatte sich der Fachbereichsrat an der Hochschule von Wagener und seinem neuen knapp 500-seitigen Buch distanziert und eine Stellungnahme im Internet publiziert. In einer ungewöhnlichen Formulierung heißt es dort, es sei eine „Zweckentfremdung der Wissenschaftsfreiheit“, wenn eine „politische Meinungsschrift als wissenschaftliches Werk ausgegeben“ werde. Doch wer definiert, was Wissenschafts- und was Meinungsschrift ist? Der Historiker, DDR- und Stasi-Forscher Hubertus Knabe reagierte mit Unverständnis darauf. „Solche Sätze kannte ich bisher nur aus Diktaturen“, schrieb er auf Twitter.

Bislang hatte Wagener eine solide wissenschaftliche Karriere vorzuweisen. Der Stipendiat der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung war zunächst Juniorprofessor an der Universität Trier, bevor er 2012 die Professur an der bundeseigenen Hochschule übernahm. Er hielt regelmäßige Vorträge für die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung. Schon einmal hat er mit einem Buch allerdings für Ärger bei seinen Vorgesetzten gesorgt, als er 2018 eine „sichere Grenze“ für Deutschland mit modernen, überwachten Grenzanlagen gegen unkontrollierte Immigration forderte. Damals wackelte schon einmal seine Position an der Hochschule.

Wie es jetzt weitergeht mit dem Berliner Professor und Verfassungsschutz-Kritiker, steht in den Sternen. Er ist Beamter auf Lebenszeit und damit kaum kündbar. Offenbar prüft der BND, ob er die Sicherheitsfreigabe wieder auf den früheren Status hochstellt. Dann könnte er wieder lehren. Wagener gab sich gegenüber der Presse optimistisch.

DÜSSELDORF

Die Stadt wird zum Brennpunkt der Messerstecher

Oberbürgermeister Keller fordert, die Altstadt zu einer Messer- oder Waffenverbotszone zu machen

Bereits im Jahre 2017 dachte die Düsseldorfer Stadtspitze über eine Waffenverbotszone in der Altstadt nach. Nun könnte es tatsächlich soweit kommen.

In der Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen ist die Gewalt eskaliert. Innerhalb weniger Wochen ist es wiederholt zu Messerstechereien gekommen. Ein 19-jähriger Deutscher starb, ein 17-Jähriger wurde schwer verletzt.

Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) zeigte sich entsetzt über die „Verrohung in unserer Gesellschaft“. Keller forderte anschließend, die Altstadt zu einer Messer- oder Waffenverbotszone zu machen. Das Land müsste die Regelung erlassen, die Polizei sie durchsetzen.

Doch Letztere ist offenkundig bereits jetzt an ihrer Belastungsgrenze angelangt. Inzwischen herrscht am Wochenende

Ausnahmestandard an der längsten Theke der Welt. „Das hat mit der Corona-Pandemie angefangen“, berichtet Thorsten Fleiß, Chef der Altstadtwache, der in Köln sitzenden Boulevardzeitung „EXPRESS“. „Wir haben seitdem an den Wochenenden doppelt so viele Einsatzkräfte in der Altstadt wie vor der Pandemie, manchmal sogar dreimal so viele“, sagt er. Zwei Drittel der Besucher seien Nicht-Düsseldorfer. „Es sind vorwiegend junge Männer, denen es auch gar nicht darum geht, die Altstadt-Gastronomie zu besuchen. Dort würden sie von den Türstehern auch gar nicht hereingelassen.“

Was Fleiß nicht explizit sagt, machte Innenminister Herbert Reul (CDU) in der vergangenen Woche in einer Debatte im Landtag deutlich. „Unter den Feiern befinden sich regelmäßig auch größere

Gruppen mit erhöhtem Aggressionspotential. Oft männlich, oft mit Migrationshintergrund.“ Oft seien die Täter aufgrund vorheriger Gewaltdelikte schon polizeibekannt. „Das sind Menschen, bei denen dann schon mal die ‚Sicherungen‘ durchbrennen. Ein falsches Wort, ein falscher Blick, ein Missverständnis kann da schon mal dazu führen, dass ein Blackout stattfindet.“ Oftmals heizten sich stark alkoholisierte Gruppen gegenseitig an.

Ob eine Waffenverbotszone Besserung schaffen kann, ist fraglich. Die Behörden dürfen für die markierten Areale ein verschärftes Messerverbot aussprechen. Danach dürfen Messer mit Klingen von mehr als vier Zentimetern nicht mehr mitgeführt werden. Darüber hinaus können Zonen eingerichtet werden, in denen generell das Mitführen von „gefährlichen Gegenständen“ untersagt ist. Doch wie will die Polizei das kontrollieren? Zumal auch ihre Führung zunehmend in die Kritik gerät. So wächst der Druck auf Polizeipräsident Norbert Wesseler. Er sei bei keinem der beiden Rundgänge von Oberbürgermeister Keller und Innenminister Reul anwesend gewesen. Kritiker werfen ihm vor, auch in den Gesprächen mit der Stadt zur Sicherheitsstrategie zu wenig aktiv mitzuwirken.

Die Probleme haben sich in den vergangenen Wochen vor allem an der Rheinpromenade verschärft. „Die problematischen Besucher bringen sich Alkohol gleich mit oder kaufen ihn an den Kiosken, um dann damit an den Rhein zu ziehen. Dort bewegen sie sich im öffentlichen Raum – und das hat sich im Lockdown sogar noch verschärft, weil da sowieso alles geschlossen war“, sagt Fleiß.

Peter Entinger

BEZIRKSBERGEMEISTER

„Fortschrittskoalitionen“ gegen die CDU

Bruch mit früherer Praxis: Zählgemeinschaften verhindern Unionskandidaten trotz deren relativer Mehrheit

VON NORMAN HANERT

Etablierte Parteien verwerfen bewährte Spielregeln der Demokratie nicht erst seit dem Aufkommen der AfD aus kurzfristigen taktischen Erwägungen. Um die damalige PDS kleinzuhalten, hatten in Berlin CDU und SPD Ende der 1990er Jahre eine bewährte Regelung zur Wahl der Bezirksbürgermeister abgeschafft. Die Berliner CDU bekommt nun die Folgewirkungen des eigenen Vorgehens zu spüren. Bei der Berlin-Wahl am 26. September schnitt die Union in drei Bezirken als stärkste Kraft ab. Anders, als früher in solchen Fällen üblich, stellen die Christdemokraten jedoch in keinem der drei Rathäuser nun den neuen Bürgermeister.

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf wählten die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und Tierschutzpartei den SPD-Politiker Gordon Lemm zum neuen Bürgermeister. Mit knappem Vorsprung vor den Sozialdemokraten hatte eigentlich die CDU in dem Bezirk die meisten Stimmen geholt. Auch in Steglitz-Zehlendorf bildeten Grüne, SPD und FDP eine Zählgemeinschaft, um die Grüne Maren Schellenberg zur Bezirksbürgermeisterin zu küren. Die bisherige Amtsinhaberin von der CDU verliert damit ihr Amt, obwohl ihre Partei mit rund 27 Prozent die Wahl im Bezirk klar gewonnen hatte. Auch in Reinickendorf, jahrzehntelang eine CDU-Bastion, sorgten die Ampel-Parteien dafür, dass die SPD und nicht mehr die CDU als eigentlicher Wahlsieger den Rathaus-Chef stellt.

Nur noch Stadtratsposten übrig

Der bisherige Amtsinhaber Frank Balzer wertete diese Entwicklung als Missachtung des Wählerwillens: „Die Reinickendorfer haben die CDU zur deutlich stärksten Kraft im Bezirk gewählt, weil sie sich eine CDU-geführte Kommunalpolitik wünschen“, so Balzer. In einer gemeinsamen Erklärung mit SPD und Grünen sprach Reinickendorfs FDP-Bezirksvorsitzende Sybille Meister dagegen von der Absicht, den Bezirk „in einer Fortschrittskoalition voranzubringen“.

Als Folge dieser stadtweiten Entwicklung ist nun nicht nur die Berliner Landesregierung in rot-grüner Hand, sondern auch die Rathäuser der Bezirke. Die CDU muss sich bei dieser Entwicklung damit



Klagt über „Missachtung des Wählerwillens“: Frank Balzer (CDU), bislang Bezirksbürgermeister von Reinickendorf

Foto: pa

begnügen, lediglich Stadtratsposten zu besetzen. Diese werden proportional zum Wahlergebnis verteilt. Die Stadträte können bei ihrer Arbeit durchaus eigene Akzente setzen, wie gerade Sarah Nagel, die designierte Linken-Stadträtin für Ordnung in Berlin-Neukölln bewiesen hat. Noch bevor die neue Chefin des Ordnungsamtes ihre Arbeit aufnahm, hatte die Politikerin Razzien in Shisha-Bars infrage gestellt, die sie als „stigmatisierend“ bezeichnete.

Trotz der Spielräume der Stadträte in deren Amtsführung wird die große Linie der Bezirkspolitik von den Bürgermeistern bestimmt. Die Hauptstadt-CDU muss nun zur Kenntnis nehmen, dass sie vor längerer Zeit selbst die Grundlage dafür geschaffen hat, mit der sie nun trotz ihrer Wahlsiege in drei der zwölf Berliner Bezirke bei den Bürgermeisterwahlen durch „Fortschrittskoalitionen“ ausgebootet wird.

Ende der 90er Jahre sorgten CDU und SPD als Große Koalition nämlich für eine Änderung im Bezirksverwaltungsgesetz.

Seitdem besteht für die Partei mit den meisten Stimmen im Bezirksparlament kein Anspruch mehr, tatsächlich auch den Bürgermeister zu stellen. Im Blick hatten die beiden Parteien dabei insbesondere, durch sogenannte Zählgemeinschaften der Zweit- und Drittplatzierten in den östlichen Bezirken die Wahl von Bürgermeistern der PDS verhindern zu können.

Paradoxerweise hat die damalige Abänderung der Spielregeln in diesem Jahr nicht nur ermöglicht, die CDU in der einstigen PDS-Hochburg Marzahn-Hellersdorf bei der Besetzung des Bürgermeisteramtes zu übergehen. Im Bezirk Pankow hat die Linkspartei die Möglichkeit einer Zählgemeinschaft geschickt genutzt, um ihren eignen Kandidaten Sören Benn statt der Grünen Cordelia Koch zum Bürgermeister zu machen.

Linke-Anwärter mit AfD-Stimmen?

Die Grünen hatten die Bezirkswahl eigentlich deutlich vor der Linkspartei und ihrem bisherigen Amtsinhaber Benn gewonnen. Bei der Bürgermeisterwahl im

Bezirksparlament siegte dann jedoch erneut der Kandidat der Linkspartei. Linkspartei und SPD, die Benns Kandidatur unterstützten, kommen im Bezirksparlament zusammen auf 23 Stimmen.

Gewählt war Benn jedoch mit 29 Ja-Stimmen. Nach der Wahl reklamierte dann die AfD-Fraktion prompt für sich, den Linken mitgewählt zu haben. Die Fraktionschefin der Berliner Grünen im Abgeordnetenhaus, Bettina Jarasch, sprach nach der Wahl von einem „Dammbruch“. Jarasch warf Benn vor, in die Bürgermeisterwahl ohne eine eigene Mehrheit gegangen zu sein.

Damit habe er riskiert, dass die AfD ihn ins Amt wähle oder zumindest behaupten könne, dass sie das getan habe, so die Grünen. Benn wies Vergleiche mit der Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum thüringischen Ministerpräsidenten im Februar 2020 zurück. Nach Angaben des Linkspartei-Politikers sei seine Wahl zum Pankower Bezirksbürgermeister mit Unterstützung der CDU zustande gekommen.

LIBERALE

Teuteberg lässt märkische FDP hinter sich

Landesvorsitzende will nicht wieder kandidieren – Dabei ging es zuletzt aufwärts mit ihrer Partei

Das Bild der FDP nach der demütigenden Niederlage bei der Bundestagswahl 2013 prägten neben Christian Lindner und Wolfgang Kubicki auch Katja Suding (Hamburg), Lencke Wischhusen (Bremen) und Linda Teuteberg (Brandenburg). Von diesem Trio hat sich nur Katja Suding bereits vollständig aus der Politik verabschiedet.

Teuteberg tritt nun zumindest einen Teilerückzug an. Sie hat erklärt, auf dem kommenden Landesparteitag am 18. Dezember nicht mehr als märkische Landesvorsitzende kandidieren zu wollen, was aber nicht heiße, dass sie sich ganz aus der Politik zurückziehen werde. Die Ex-Generalsekretärin sitzt im Bundestag und verhandelt derzeit mit Grünen und SPD über das Zustandekommen einer sogenannten Ampel-Koalition. Dort vertritt sie die Position der FDP in der Ar-

beitsgruppe „Flucht, Migration und Integration“.

Im Landesverband ist sie trotz ihrer politischen Erfolge nicht unumstritten. 2012 behauptete der damalige Landesvorsitzende Gregor Beyer, Teuteberg komme ihren Aufgaben als Landtagsabgeordnete nur unzureichend nach. Im vergangenen März machte ihr der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski in einer Kampfkandidatur den Spitzenplatz auf der Liste für den Deutschen Bundestag allerdings vergeblich streitig. Teuteberg gibt sich engagiert und ist in einigen sozialen Vereinen tätig, hat aber klare Positionierungen, die als umstritten gelten könnten, vermieden.

Seit 2011 ist sie Mitglied des Bundesvorstandes ihrer Partei und wurde 2013 dorthin wiedergewählt. Allerdings nicht auf Vorschlag ihres Landesverbandes,

sondern sie wurde von Wolfgang Kubicki ins Spiel gebracht. Damit deutete sich wohl auch schon an, dass sie ihre Zukunft eher auf Bundesebene als in den Niederungen der Landespolitik sieht. Wer ihr Nachfolger wird, ist noch ungewiss.

13 Prozent mehr Mitglieder

Teuteberg übergibt den Landesvorsitz an ihren Nachfolger zu einem – für sie – idealen Zeitpunkt: „Mit heutigem Datum verzeichnet die FDP einen Mitgliederbestand von 1521 Brandenburgerinnen und Brandenburgern. Das entspricht einem Netto-Mitgliederzuwachs von gut 13 Prozent innerhalb von weniger als zehn Monaten. Allein in der letzten Woche konnten wir fast zwei Dutzend neue Mitglieder in unseren Reihen aufnehmen.“

Allerdings scheiterte die FDP am 1. September 2019 mit einem Stimmenanteil von

nur 4,1 Prozent am Einzug in den Landtag. Der Wiedereinzug ins Parlament dürfte auch künftig schwierig werden, weil die Freien Wähler bei der jüngsten Landtagswahl mit glatt 5,0 Prozent den Sprung in das Parlament schafften. Damit ist der Platz im bürgerlichen Wählerlager zwischen CDU und AfD besetzt. Im Herbst 2024 dürfte es für die Liberalen daher sehr schwer werden, nach 15-jähriger Abstinenz wieder in den Landtag einzuziehen.

Ein abermaliges Scheitern würde gegebenenfalls dem Landesvorsitzenden zugeschrieben werden. Die Liberalen saßen letztmalig 2009 im Landtag von Brandenburg. Bei den Bundestagswahlen hatte die FDP in Brandenburg bessere Karten. 2017 kam sie auf 7,1 Prozent, bei der jüngsten Wahl kletterte sie gar auf 9,3 Prozent.

Frank Bücker

KOLUMNE

Wahlskandal

VON VERA LENGSELD

Pankow ist einst vor allem durch Bolle berühmt gewesen. Der brach nach Pankow auf, es passierte ihm allerlei Missgeschick: „Aber dennoch hat sich Bolle ganz köstlich amüsiert.“

Nun ist in der Pankower Politik ein Missgeschick passiert. Der alte und neue Bürgermeister von der Linken, Sören Benn, wurde mit den Stimmen der AfD gewählt. Seine Zählgemeinschaft mit der SPD hatte nicht genug Stimmen, da Grüne, FDP und CDU Benn ihre Unterstützung verweigerten. Die AfD verhalf ihm zur Wiederwahl. Die AfD verhalf ihm zur Wiederwahl. Was nun in der Berliner Presse und vor allem auf Twitter losging, ist mit dem zu vergleichen, was Bolle von seiner Frau blühte, nachdem er von seinem Ausflug mit einem blauen Auge heimkehrte: „Wohl eine halbe Stunde hat sie auf ihm poliert, aber dennoch hat sich Bolle ganz köstlich amüsiert.“ Benn war nicht amüsiert, als ihn die Presse und die Twitter-Gang polierten und seinen Rücktritt forderten. Er trat zwar nicht zurück, verlor aber komplett die Nerven, beschimpfte die AfD unflätig und warf ihr perfides Verhalten vor. Damit lieferte er selbst den einzigen Rücktrittsgrund: Wenn er durch einen perfiden Trick gewählt wurde, hätte er die Wahl nicht annehmen dürfen.

Aus der Falle, die er sich selbst gestellt hat, kommt Benn nicht mehr heraus. Er muss eine ganze Amtszeit lang für jedes Vorhaben Stimmen außerhalb seiner Zählgemeinschaft gewinnen – und sei es von der AfD. Vielleicht bekommt er am Anfang noch Mitleidsstimmen von anderen Parteien, um nicht auf die Blauen angewiesen zu sein. Aber irgendwann wird das Mitleid aufgebraucht sein und er muss Stimmen von der geschmähten AfD annehmen oder scheitern. Benn hat mit seinem unsouveränen Verhalten bewiesen, dass er und seine Partei nicht in der Demokratie angekommen sind. Denn dann hätte er cool gesagt, dass frei gewählte Abgeordnete in geheimer Wahl gewählt haben und es keinen Grund gibt, das Ergebnis zu skandalisieren. Dafür hätte er die Stigmatisierung der AfD aufheben müssen. Dazu ist er nicht bereit.

MELDUNG

Linker Druck auf Giffey

Berlin – Parallel zu den Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und Linkspartei auf Landesebene wächst der parteiinterne Druck auf Berlins SPD-Landeschefin Franziska Giffey, den Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnungsunternehmen bald umzusetzen. SPD-Kreisdelegiertenversammlungen in Berlin-Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg haben Beschlüssen gefasst mit Vorschlägen zur Arbeit einer Expertenkommission, auf die sich die künftigen Koalitionäre bereits verständigt haben. Zu den Forderungen der Delegierten gehört, dass zur Arbeit der Kommission auch externe Sachverständige hinzugezogen werden. Die Enteignungsinitiative soll nach den Vorstellungen der SPD in Mitte einen Teil dieser Sachverständigen benennen dürfen. Die SPD in Friedrichshain-Kreuzberg brachte zudem einen Antrag für einen Landesparteitag ein, auf dem über den Koalitionsvertrag abgestimmt werden soll. N.H.

● MELDUNGEN

Regierung zieht Konsequenz

Madrid – Spaniens Ministerium für regionale Angelegenheiten hat erklärt, dass der Staat die Bußgelder zurück-erstatte beziehungsweise nicht mehr gerichtlich eintreiben werde, die wegen Verstößen gegen die verhängten Ausgangsbeschränkungen oder andere Corona-Regeln während des sogenannten Alarmzustandes verhängt worden waren. Die spanische Regierung hatte am 14. März 2020 per Dekret den Alarmzustand ausgerufen und auf dieser Grundlage strenge Corona-Maßnahmen ergriffen, die bis zum 21. Juni 2020 galten. Dieses Vorgehen hat der Verfassungsgerichtshof in Madrid im Juli dieses Jahres in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig erklärt, weil das Parlament nicht mit einbezogen worden sei. Insgesamt gab es um die 1,1 Millionen Bußgeldverfahren. Obgleich viele Bürger sich weigerten zu zahlen, spülten sie rund 115 Millionen Euro in die Staatskasse.

W.K.

Polen plant Aufrüstung

Warschau – Polen will seine Streitkräfte in naher Zukunft mehr als verdoppeln. Ziel ist eine Aufstockung der Zahl der Berufssoldaten von 110.000 auf 250.000. Dazu sollen dann noch 50.000 Angehörige der aus Freiwilligen gebildeten Armee zur Territorialverteidigung (WOT) kommen. Außerdem plant Warschau eine deutliche Steigerung der Militärausgaben in Höhe von derzeit umgerechnet zwölf Milliarden US-Dollar. Dabei wendet das Land schon jetzt über zwei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes dafür auf. Als Grund für die „radikale Stärkung der Streitkräfte“ nannte der für Sicherheitsfragen zuständige Vize-regierungschef Jarosław Kaczyński die zunehmende Verschlechterung der Sicherheitslage aufgrund der russischen und weißrussischen Haltung und fügte dann hinzu: „Wenn wir das Schlimmste verhindern wollen, einen Krieg, dann müssen wir nach dem alten Motto handeln: ‚Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor.‘“

W.K.

Deutsche Bahn in der Ukraine

Kiew – Wie der ukrainische Infrastrukturminister Alexander Kubrakow kürzlich bekannt gab, wird die Deutsche Bahn Consulting ab kommendem Jahr das Management des Personenverkehrs der ukrainischen Staatsbahn übernehmen. Bereits im Januar 2020 hatten die ukrainische Staatsbahn und die Deutsche Bahn (DB) ein Memorandum über eine strategische Partnerschaft für die Entwicklung des ukrainischen Unternehmens unterzeichnet. Darin wird der Deutschen Bahn das Recht erteilt, die ukrainische Bahn für die Dauer von zehn Jahren zu leiten. Derzeit führt die DB die erste Phase der Zusammenarbeit durch, die in erster Linie aus Beratungsdiensten besteht. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte, dass in den nächsten zwei Jahren 500 Passagierwaggons angeschafft werden sollen. Außerdem werden noch in diesem Jahr 20 moderne Schlafwagen gekauft. Für das „City-Express-Projekt“ werden außerdem neue Nahverkehrszüge gekauft. MRK

MIGRATION

„Erkennt ihr nicht, wie gefährlich das ist?“

Die dramatische Situation an der polnischen Ostgrenze und die Konsequenzen für Deutschland



Verschärfte Lage: In den vergangenen Tagen strömten Tausende an die polnisch-weißrussische Grenze. Nach der Abriegelung durch Polen versuchen die Migranten zum Teil mit Gewalt, den Grenzdurchbruch zu erzwingen

Foto: imago/SNA

IM GESPRÄCH MIT NORBERT KLEINWÄCHTER

Seit Wochen steigt die Zahl der Migranten an der polnisch-weißrussischen Grenze. Doch obwohl fast alle von ihnen weiter nach Deutschland wollen, wird hierzulande kaum über die Lage vor Ort debattiert. Norbert Kleinwächter (MdB) brach als erster und bislang einziger deutscher Politiker gen Osten auf, um sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen.

Herr Kleinwächter, wie kam es zu Ihrer Reise an die polnisch-weißrussische Grenze?

Ich wollte wissen, was dort wirklich los ist, und mit den Menschen sprechen, die vor Ort Verantwortung tragen. Polen ist unser Nachbarland und sehr wichtig für uns, doch statt mit Polen zu reden, reden Regierung und Medien in Deutschland viel zu häufig über es. Ich wollte wissen, was an dem Image des „bösen Jungen“ dran ist, der permanent gegen die Rechtsstaatlichkeit verstößt, illegale „Push-backs“ verantwortet, Frauen die Abtreibung verbietet und überhaupt ja schon bald auf einer Stufe mit Lukaschenko und Putin steht. Und ich wollte erfahren, was an der Grenze konkret passiert.

Nur gemeinsam kann man Lösungen finden, und die AfD als konstruktive Kraft will daran mitwirken. Ich habe diese Reise darum relativ kurzfristig selbst organisiert und Termine mit Landräten, Bürgermeistern vor Ort sowie Politikern in Warschau vereinbaren können. Die Polen waren sehr offen. Viele haben sich gefreut, dass sich endlich jemand für das Problem interessiert. In einem Fernsehinterview sagte mir dann eine polnische Journalistin, warum: Ich war der erste deutsche Politiker überhaupt, der sich die Lage vor Ort angesehen hat. Sonst kam niemand.

Welche Grenzabschnitte konnten Sie besichtigen?

Ich war im Dreieck Kuźnica-Krynki-Sokółka, östlich von Białystok, unterwegs. Das ist natürlich nur ein Abschnitt der langen polnisch-weißrussischen Grenze. Die Gegend ist ideal, um illegal in die EU zu kommen. Denn dort gibt es viel Wald.

Kein Fluss verhindert den Seitenwechsel. Viele Privatgrundstücke reichen bis an die Grenze. Das macht es der Polizei sehr schwer, denn es gibt nirgendwo einen klassischen Grenzstreifen. Das ist auch in der Historie des Landes begründet, denn bis 1945 gab es hier keine Grenze. Was heute der Westen Weißrusslands ist, war damals Ostpolen. Genau an dieser Stelle will Warschau nun einen Grenzzaun errichten, der jede Bewegung meldet. Dann kann die Polizei genau dort eingesetzt werden und muss nicht mehr überall gleichzeitig sein. Später bin ich noch über Kleszczele nach Terespol gefahren und habe mir die Lage an der Flussgrenze am Bug angesehen.

Was konnten Sie beobachten?

Was ich dort vor Ort gesehen habe, hat mich ehrlich erschüttert. Die polnische Polizei versucht alles, um die EU-Außengrenze zu schützen. Der Einsatz von Schusswaffen ist allerdings absolut tabu. Dafür gibt es eine drei Kilometer breite Sperrzone an der Grenze und Kontrollen an fast allen Straßenkreuzungen. Wer aufgegriffen wird, kommt in Auffanglager. Dort werden die oft hungrigen, frierenden und von Schleppern misshandelten Migranten das erste Mal seit Monaten wieder menschenwürdig versorgt. Es gibt aber auch viel Gewalt. Grenzanlagen werden zerstört, die Stimmung unter den Migranten ist angespannt, oft aggressiv. Und nicht zu vergessen: Die polnische Bevölkerung ist extrem verunsichert. Viele haben Angst.

Woher kommen die Migranten? Und was bewegt sie zu dieser Route?

Der polnische Geheimdienst hat beängstigende Informationen. Ein Teil der Migranten steht im direkten Kontakt mit dem IS

Es ist eine bunte Mischung von Nationalitäten. Viele kommen aus dem Irak, aus Syrien oder Afghanistan. Die meisten sind legal nach Weißrussland eingereist, haben ein gültiges Visum im Pass. Die Migrationswelle wird so *de facto* zu einer hybriden Kriegsführung Lukaschenkos gegen die EU. Davon profitieren vor allem professionelle Schlepper. Das Ticket in die EU kostet pro Person um die 10.000 Euro. Viele Migranten werden von den Dörfern, aus denen sie kommen, mit so viel Geld ausgestattet. Dahinter steckt das Kalkül, dass bald Sozialleistungen aus Deutschland zurückfließen oder ganze Großfamilien nachgezogen werden können.

Außerdem gibt es Gerüchte um die Rolle Moskaus. Viele mutmaßen, dass die immer wieder auftauchenden fremden Uniformierten, die die Migranten noch in Weißrussland mit Werkzeugen und Tipps ausstatten, von Putin gesteuert werden. Beweise gibt es dafür aber bisher nicht.

Kommen eher Männer oder eher Familien über die Grenze?

Natürlich sind es überwiegend Männer. Das kennen wir ja schon aus den vergangenen Jahren. Bis hierher schaffen es in der Regel nur die Starken oder diejenigen, die – von wem auch immer – mit viel Geld ausgestattet wurden. Der polnische Geheimdienst hat zudem beängstigende Informationen. Ein Teil der Migranten steht im direkten Kontakt mit dem IS. Das hat die Auswertung zahlreicher Mobilfunkdaten im Grenzgebiet ergeben. Es sind also offensichtlich wieder neue Terroristen im Anmarsch.

Wie geht Polen mit den Asylbewerbern um?

So wie es in einem Rechtsstaat vorgesehen ist. Jeder Asylbewerber wird versorgt und bekommt eine Unterkunft. Dann folgt ein ordentliches Verfahren. Niemand wird abgewiesen oder pauschal und übereilt abgeurteilt. Wer einen Asylgrund nachweisen kann, also wirklich verfolgt ist, darf bleiben – allerdings nur in Polen, weil er hier den Asylantrag gestellt hat. Wer ohne Not seine Heimat verlassen hat oder aus einem sicheren Drittstaat kommt, wird wieder zurück müssen. Derzeit laufen diese Verfahren noch. Es bleibt

abzuwarten, wie Weißrussland mit aus Polen abgeschobenen Migranten umgeht.

Wie sieht die Zusammenarbeit Polens mit Deutschland aus?

Nach Aussage deutscher Diplomaten ist man im Gespräch. Das betrifft die Regierungen, aber auch die Polizei. Über diese Kanäle und ohnehin bestehende Kooperationen zum Beispiel an der deutsch-polnischen Grenze hinaus gibt es aber keine konkrete Zusammenarbeit, die das Ziel hat, die Flüchtlingswelle aus Weißrussland zu stoppen. Deutschland hat Polen auch Polizisten zur Unterstützung angeboten. Doch die fehlen dann natürlich woanders. Es muss also eine andere Lösung her.

Und wie kann die aussehen?

Die Polen verstehen nicht, warum wir trotz der Erfahrungen aus 2015 weiter international das Signal senden, dass jeder nach Deutschland kommen darf, dort üppig versorgt wird und keine Angst haben muss, das Land wieder verlassen zu müssen. Egal, ob ein Asylgrund vorliegt oder nicht. Die Frage, die mir wiederholt gestellt worden ist, war: „Erkennt ihr nicht, wie gefährlich das alles ist?“ Gemeint war die Migration. Die Meinung ist einhellig: Das Niveau der deutschen Sozialleistungen für Migranten ist viel zu hoch. Das lockt die völlig falschen Leute an. Hier müssen wir dringend etwas ändern: Sachleistungen statt Geld sowie Abschiebung statt Duldung, wenn kein Asylgrund vorliegt.

Wie sollte sich Ihrer Meinung nach unser Land im konkreten Fall verhalten?

Deutschland muss ausnahmslos alle Migranten, die über Belarus eingereist sind, abschieben. Wer wirklich verfolgt wird, soll seinen Antrag in dem EU-Land stellen, das er zuerst betreten hat. Wer nicht verfolgt wird, ist auch kein Flüchtling. Nur so kann man die hybride Kriegsführung Lukaschenkos mit Menschen als Waffen trockenlegen. Dafür muss sich viel in Deutschland ändern. Wir müssen den absurden Anspruch aufgeben, die ganze Welt vor was auch immer zu retten. Wer wirklich verfolgt wird, muss beschützt werden. Aber wer nur – ohne selbst etwas dafür leisten zu wollen – wirtschaftlich besser gestellt sein will als zu Hause, ist bei uns falsch. Eine Politik, die so etwas forciert, destabilisiert die EU.

Glauben Sie, dass das Problem an der polnisch-weißrussischen Grenze eher temporär ist oder dauerhaft bestehen bleibt?

Die Frage ist, wann den Polen der Kragen platzt und sie die Migrantenmassen einfach an uns durchleiten. Dann verlagert sich das Problem nämlich nach Westen und wir müssen es allein lösen. Noch haben wir die Chance, das zu verhindern. Es ist im Prinzip ganz einfach: Wenn die Bundesregierung deutlich macht, dass eben nicht jeder hierbleiben darf und vollversorgt wird, dann haben die Migranten auch keinen Anreiz mehr, teure Schlepper dafür zu bezahlen, dass diese sie ins gelobte Land bringen. In dem Moment wird auch an der EU-Ostgrenze wieder Ruhe einkehren. Polizeikontrollen und Zäune sind dann überflüssig.

Das Interview führte René Nehring.

● **Norbert Kleinwächter** ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags und seit September 2021 stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion. Er ist Mitglied des Vorstands der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung sowie Mitglied der deutschen Delegation im Europarat und im EU-Ausschuss. www.norbert-kleinwachter.de

VON NORMAN HANERT

Um eine Insolvenz abzuwenden, benötigt die Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg offenbar dringend eine nächste Finanzspritze von ihren Eigentümern, den Ländern Berlin, Brandenburg und dem Bund. Aletta von Massenbach, die seit Anfang Oktober neue Chefin der Flughafengesellschaft ist, sagte in einem Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel“: „Wir brauchen schnell Geld, wir brauchen Cash.“ Nach Angaben der Flughafenchefin reicht die Liquidität des Unternehmens lediglich noch „bis zum ersten Quartal 2022“.

Der noch geschäftsführende Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer hat von der Flughafengesellschaft einen weiteren Bericht angefordert, nachdem er mit den bisher gelieferten Informationen offenbar nicht zufrieden war: „Leider habe ich nur eine oberflächliche, vierseitige Stellungnahme ohne Details erhalten, die ich so nicht annehmen werde.“

Bereits im März haben die drei Eigentümer angekündigt, der Flughafengesellschaft bis 2026 nochmals mit rund 2,4 Milliarden Euro unter die Arme zu greifen. Davon sollen über 495 Millionen Euro Corona-Hilfen in Zuschüsse umgewandelt werden. Rund 800 Millionen Euro der Eigner sind als Liquiditätshilfe vorgesehen, 1,1 Milliarden Euro zur Teilentschuldung der Flughafengesellschaft.

Zugesichert haben der Bund, Berlin und Brandenburg diese Finanzspritzen im Frühjahr in Form einer Patronatserklärung. Trotz dieser Zusage ist aus mehreren Gründen zweifelhaft, ob der BER langfristig wirtschaftlich überleben kann. Er benötigt nämlich nicht nur Geld zur Schuldentilgung und zur Sicherung der Liquidität, sondern auch zur Modernisierung und Erweiterung.

Die neue Flughafenchefin von Massenbach wies inzwischen darauf hin, dass der BER eigentlich gar kein neuer Flughafen mehr ist. Die ursprünglichen Planungen sahen vor, den Hauptstadtflughafen bereits 2011 zu eröffnen. Als der BER neun Jahre später tatsächlich an den Start ging, war er in technischer Hinsicht nicht mehr auf dem besten Stand. Durch stark gestiegene Fluggastzahlen haben sich auch die eingeplanten Abfertigungskapazitäten als überholt erwiesen.

Mittlerweile zeigt sich auch noch, dass der BER auch über die Bauphase hinaus, im laufenden Betrieb, ein Pannenairstand bleibt. Erst Anfang November haben Prüfer bei einem Routinetest im Trinkwassernetz des Hauptterminals und des Regierungsterminals eine Belastung mit Durchfall-Keimen gefunden. Wie die Keime in die Wasserleitungen



Chaos im BER: Nach einem falschen Feueralarm mussten Passagiere Anfang November erneut die Sicherheitskontrolle passieren

LUFTVERKEHR

Droht dem BER im Januar die Schließung?

Neue Pannen und Schulden in Milliardenhöhe plagen den Problemflughafen

des Flughafens gelangen konnten, ist bislang nicht bekannt. Am 5. November sorgte wiederum ein Fehlalarm eines Brandmelders für Durcheinander und stundenlange Verspätungen. Betroffene Passagiere berichten über ein „völliges Chaos“ auf dem Flughafen. Eine gleichlautende Einschätzung hatten Reisende bereits in den Herbstferien abgegeben, als sie Personalmangel und eine Überlastung des Hauptterminals erlebten.

Von Anfang an zu klein konzipiert

Bestätigt fühlen kann sich damit die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, die in einem Sondervotum zum zweiten BER-Untersuchungsausschuss ziemlich genau prognostiziert hatte, dass der Flughafen von Anfang an zu klein konzipiert wurde und einem Flugbetrieb unter Normalbedingungen nicht gewachsen ist. Zu-

mindest in den nächsten Jahren wird die Flughafengesellschaft aus eigener Kraft auch kaum in der Lage sein, sämtliche Mängel und die gravierenden Kapazitätsengpässe zu beseitigen. Die Finanzlage der Gesellschaft ist bereits seit Jahren hochproblematisch.

Unter anderem wegen der jahrelangen Verzögerungen beim Bau des BER und mehrfach verschobenen Eröffnungsterminen ist das Unternehmen mit rund 4,5 Milliarden Euro verschuldet. Dazu sind Jahr für Jahr beim laufenden Betrieb der Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld hohe Verluste angefallen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Politik nun auch noch einen Grundpfeiler des Geschäftsmodells des BER und anderer deutscher Flughäfen infrage stellt. Organisationen wie der BUND und die Umweltorganisation Robin Wood versuchen

nämlich, von außen Druck auf die Koalitionsverhandlungen aufzubauen, um im Luftverkehr mehr „Klimapolitik“ durchzusetzen. In einem gemeinsamen Brief fordern mehrere Umweltverbände ganz konkret ein sofortiges Aus für alle Flüge bis zu einer Entfernung von 600 Kilometern. Übrig bleiben würden damit lediglich die großen Drehkreuze Frankfurt/Main und München mit ihrem Angebot an Fernflügen.

Von der Tendenz decken sich solche Forderungen mit Vorstellungen, die bei den Grünen und teilweise auch in den Reihen der SPD schon länger vertreten werden. Die Umsetzung solcher Ideen würde für den BER bedeuten, dass ihm der Staat als Eigentümer zwar Milliardenhilfen zugesagt hat, diesem gleichzeitig aber den größten Teil des Geschäftsmodells wegnimmt.

ENERGIEKRISE

Die nächste Hiobsbotschaft aus Asien

In China und Indien wird die Kohle zur Stromgewinnung knapp – Die Folgen könnten weltweit spürbar sein

Die chinesische Wirtschaft leidet unter massiven Engpässen bei der Stromversorgung. Mittlerweile müssen bereits 20 von 34 Verwaltungsregionen Elektroenergie rationieren. Das resultiert in wesentlichem Maße aus dem rasant gestiegenen Bedarf an Kohle, welcher den Preis des Rohstoffs nach oben treibt. Lag dieser im Januar noch bei rund 670 Yuan pro Tonne, mussten im Oktober zeitweise schon fast 2000 Yuan bezahlt werden. Das können sich die Stromerzeuger im Reich der Mitte aber kaum mehr leisten, weswegen sie ihre Produktion drosseln.

Die Folge hiervon sind Stromabschaltungen – auch und gerade bei Industriebetrieben. Im September standen alleine in der Provinz Guangdong in etwa 150.000 Unternehmen zeitweise die Räder still. Darunter bei Zulieferern für Apple und

Tesla. Hierdurch dürfte es neben Preissteigerungen bei Artikeln aller Art zu weiteren Lieferengpässen kommen.

Einen Vorgeschmack hierauf erhielt jetzt die aluminiumproduzierende beziehungsweise -verarbeitende Industrie in Deutschland, Europa und der Welt. Weil in China über 30 der Firmen, welche den unverzichtbaren Aluminiumlegierungszusatz Magnesium herstellen, ihre Produktion aufgrund des Strommangels drastisch herunterfahren mussten, erging ein Ausfuhrverbot für das strategisch wichtige Metall. Und da immerhin 87 Prozent des global benötigten Magnesiums aus China stammen, herrscht jetzt Alarmstimmung in der Automobil-, Flugzeug- und Verpackungsbranche. „Es wird erwartet, dass die jetzigen Magnesiumvorräte in Deutschland beziehungsweise in ganz

Europa Ende November 2021 erschöpft sein werden ... Es droht ein europaweiter Produktionsstopp“, schrieb die Wirtschaftsvereinigung Metalle als Sprachrohr der deutschen Nichteisenmetallindustrie und deren Kundschaft sichtlich panisch an das Auswärtige Amt.

Nun rächt sich bitter, dass das letzte Magnesiumwerk in der Europäischen Union 2001 aus Kostengründen geschlossen wurde und die USA ebenfalls weitgehend aus der Förderung des Rohstoffes ausgestiegen sind, weshalb als Strohalm momentan hauptsächlich nur noch Lieferungen aus dem Oman bleiben.

Um die Stromknappheit zu lindern, hat die Regierung in Peking eine Ausweitung der Kohleförderung in den 72 Bergwerken der Inneren Mongolei um fast 100 Millionen Tonnen angeordnet. Dazu

sollen 153 stillgelegte Zechen reaktiviert werden. Damit lässt sich das Problem jedoch nicht nachhaltig beheben, weswegen die Energiekrise weiter anhalten dürfte. Doch es kommt noch schlimmer.

Nach China verzeichnet nun auch Indien einen wachsenden Kohlemangel, welcher ebenfalls schon zu ersten Stromausfällen geführt hat. Rund die Hälfte der 135 indischen Kohlekraftwerke verfügt nur noch über minimale Brennstoffvorräte. Das liegt am Anstieg der Produktion nach dem Ende der Corona-Krise auf dem Subkontinent sowie an dem hohen Kohlepreis, der die indischen Kraftwerke mittlerweile ebenso sehr belastet wie die chinesischen. Daher drohen in Indien jetzt gleichfalls längere Produktionsunterbrechungen – mit fatalen weltwirtschaftlichen Folgen. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Babelsberg wird verkauft

Potsdam – Das Filmstudio Babelsberg steht vor der mehrheitlichen Aktienübernahme durch einen US-Investor. Bereits im September wurde mit der Firma TPG Real Estate Partners (TREP) darüber verhandelt. Nach Ablauf einer Frist für die Annahme des Erwerbsangebots am 29. Oktober sei die Mindestannahmeschwelle für das Angebot erreicht worden. Damit seien die Weichen für eine Übernahme durch TREP gestellt. Das US-Unternehmen, das aus der Eisenbahngesellschaft Texas and Pacific Railroad hervorgegangen ist, strebt eine Mehrheit von 75 Prozent an. Minderheitsaktionäre erhalten ein Kaufangebot von 4,10 Euro pro Aktie. Hauptaktionär ist bislang noch die Firma Filmbetriebe Berlin Brandenburg GmbH der beiden Filmproduzenten Carl Woebcken und Christoph Fisser. Das 1912 gegründete Filmstudio gilt als Wiege des deutschen Films und wurde als Aktiengesellschaft von 2005 bis 2016 an der Börse gehandelt, ehe es wegen schwacher Börsenergebnisse wieder vom Markt genommen wurde. *tws*

Fahrermangel in den USA

Washington – Den Vereinigten Staaten drohen Lieferengpässe und Versorgungsprobleme als Folge fehlender Lastkraftwagenfahrer. In den USA werden immerhin 71 Prozent aller Güter auf der Straße transportiert. Als ein Grund für den Lkw-Fahrer-Mangel gilt die von der Biden-Regierung verfügte Pflicht zu Corona-Impfungen in Unternehmen, die Staatsaufträge erhalten. Die Impfpflicht betrifft zwar momentan nur einen Bruchteil der Trucker, löst aber verbreitet Unwillen aus und führt zu Kündigungen. Sollte die Impfpflicht auf die gesamte Branche ausgeweitet werden, ist laut Umfragen von Trucker-Magazinen wie „Commercial Carrier Journal“ oder „Overdrive“ nicht auszuschließen, dass bis zu 37 Prozent der Fernfahrer ihren Job kündigen. *W.K.*

Finnland wirbt Russen an

Helsinki – Nach Deutschland ist Finnland das Land mit dem zweithöchsten Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Jüngsten Angaben zufolge fehlen 100.000 Fachkräfte, was mit einem Rückgang der eigenen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zusammenhängt. Deshalb beabsichtigt Helsinki, die Bedingungen für Arbeitsmigranten zu lockern und auch Personal aus Russland anzulocken. Für junge Russen soll die Visumpflicht wegfallen und auch die Anforderungen an die Sprachkenntnisse heruntergeschraubt werden. Waren bislang ausreichende Finnischkenntnisse vonnöten, so reicht nun gutes Englisch aus. Da jährlich etwa 300.000 junge Menschen Russland auf der Suche nach besseren Einkommensmöglichkeiten verlassen, erhoffen sich die finnischen Behörden einigen Erfolg. Vor allem im medizinischen und sozialen Bereich fehlen in Finnland Arbeitskräfte, aber auch in der Pädagogik sowie der Forst- und Landwirtschaft. Finnland konkurriert mit Deutschland bei der Anwerbung von Fachkräften. *MRK*

KOMMENTAR

Das Ende der Integration

HANS HECKEL

Der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht Udo di Fabio äußerte sich in der „Welt am Sonntag“ besorgt über die Debatten in Deutschland. An die Stelle des harten, sachlichen Streits seien „eifernde Züge eines Glaubenskampfes“ getreten, der „Andersdenkende nicht als nur mehr Gegner, sondern als Feind betrachtet und mit Hass verfolgt“.

Hinter dem, was der Jurist hier beleuchtet, steckt weit mehr als der Triumph schlechter Umgangsformen. Es kann auch als Verfall dessen gedeutet werden, was das Erfolgsrezept der alten Bundesrepublik war. Dieses Rezept bestand darin, auch stark abweichenden Ideologien und Grundeinstellungen mit einem hohen Maß an Toleranz und Gelassenheit zu begegnen.

Toleranz und Gelassenheit waren dabei keineswegs Luxus, sondern der – erfolgreiche – Versuch, die noch junge Demokratie zu stabilisieren. Dieses Rezept zielte auf die Integration widerstreitender Lager in den gemeinsamen demokratischen Diskurs, um Radikalisierungen vorzubeugen oder entgegenzuwirken. Nur so konnte erreicht werden, was später als „Konsensgesellschaft“ zum Kennzeichen der Bundesrepublik werden sollte.

Erfolgsrezept der Bundesrepublik

Es begann gleich nach dem Krieg. Die Erfahrungen zweier Weltkriege, der Weimarer Zeit und des Nationalsozialismus hatten das Volk zutiefst verunsichert. Die Integration auch zunächst – vorsichtig ausgedrückt – „demokratiekritischer“ Gesellschaftsteile wird heute gern als allzu große Nachsicht mit den „Belasteten“ des NS-Regimes denunziert. Vor allem aber galt sie deren Integration in die neue Republik und ihrer Versöhnung mit der Demokratie.

Ende der 1960er Jahre wurde die Bundesrepublik dann von einer stark linksradikal gefärbten, rote Despoten wie Mao oder Lenin anheimelnden Bewegung herausgefordert. Abgesehen von jenen, die unrettbar in den Terrorismus abglitten, war es dennoch das Bemühen der tonangebenden Kräfte jener Zeit, die zumeist jungen Revoltierer in den Diskursrahmen der Republik zu-

rückzuholen – wiederum überwiegend mit Erfolg.

Nach der deutschen Vereinigung lautete die Devise, die Deutschen in alten und neuen Bundesländern wieder in einer Nation zusammenzuführen. Auch das gelang besser, als es viele anfangs zu hoffen wagten, selbst wenn einiges auf der Strecke blieb.

Keine dieser Integrationsanstrengungen war vollkommen erfolgreich, immer blieb auch etwas nach, das die Republik langfristig belastete, etwa über den „Marsch durch die Institutionen“ der 68er. Und dennoch blieb die „Konsensgesellschaft“ im Ganzen intakt, was nach der Vorgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts keine Selbstverständlichkeit war.

Hier wird etwas zerstört

Vor einiger Zeit jedoch scheint das Integrationsmodell auf dem Müll gelandet zu sein. Man vergleiche den Umgang mit den jungen Grünen, die sich zu einem erheblichen Teil aus K-Grüpplern und anderen Demokratieverächtern speisten, mit der Art, wie die AfD behandelt wird: Einst behutsame Integration, jetzt rabiate Ausgrenzung und maximale Dämonisierung.

Und es trifft bei Weitem nicht nur die blaue Partei: Die linke „Cancel Culture“ hat den streitbaren Dialog verdrängt, Bürgerbewegungen wie „Querdenken“ werden nur noch nach zweifelhaften Demo-Teilnehmern abgesehen, um nachher die gesamte Bewegung denunzieren zu können. Radikalisiert sich die Opposition dann tatsächlich an einigen Ecken, wird dies nicht selbstkritisch als Folge der Ausgrenzung anerkannt, sondern als nachträgliche Bestätigung für deren Richtigkeit. Es ist absurd. Selbst bei rein wissenschaftlichen Fragen wie Klima oder Corona greifen die Eiferer zum Vorwurf des „Leugners“, der erkennbar an die „Holocaust-Leugner“ erinnern und die maximale Verdammung rechtfertigen soll.

Damit wird die Axt angelegt an das Erfolgsrezept der Republik. Dass dies durchweg aus Versehen geschieht, mag man kaum glauben. Der Verdacht drängt sich auf, dass gewisse Kräfte hier etwas bewusst zerstören wollen. Sie dürfen damit nicht durchkommen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Faxredaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Für den Kriegsfall werden hier Atombomben der USA gelagert: Fliegerhorst Büchel der Bundeswehr

Foto: action press

KOLUMNE

Deutsche Atomwaffen?

FLORIAN STUMFALL

Olaf Scholz ist seinen Genossen noch vor nicht allzu langer Zeit nicht gut genug für den Posten des SPD-Vorsitzenden gewesen. Jetzt wird er als kommandierender Bundeskanzler gepriesen, wobei der Glaube der Linken in seine Fähigkeiten einen außerordentlichen Schub bekommen zu haben scheint. Gleichviel – die Zeit wird's weisen. Doch heute schon bekommt er von der unterlegenen CDU dringliche Ratschläge unterbreitet, was er in einer gewissen Angelegenheit zu tun habe, von der während des gesamten Wahlkampfes so wenig die Rede war wie ansonsten in beschaulichen Sommerpausen.

Es handelt sich um die Atombomben der USA, die im Fliegerhorst Büchel der Bundeswehr im Landkreis Cochem-Zell in Rheinland-Pfalz für den Ernstfall bereitgehalten werden. Einer der stellvertretenden Fraktionschefs der CDU/CSU im Bundestag, ein gewisser Johann Wadepuhl, forderte jüngst von Scholz das klare Bekenntnis, dass die US-Atomwaffen in Deutschland verbleiben sollen. Die Sache hört sich zwar fatal nach dem unseligen Norbert Röttgen an, aber der wollte sich wahrscheinlich wegen seiner Bewerbung um den CDU-Vorsitz nicht zu sehr aus dem Fenster lehnen und hat womöglich seinen Kumpanen vorgeschickt.

Was auch auf Röttgen hinweist, ist die Art des unbekümmerten, von den Gegebenheiten unbeeinflussten Denkens, das notwendig ist um anzunehmen, die USA ließen sich von einem deutschen Politiker, wer es auch immer sei, in die Dispositionen bezüglich ihrer Atomwaffen dreinreden, egal wo diese lagern. Also, noch einmal ganz deutlich: Was Scholz oder ein anderer deutscher Politiker, auch Röttgen, zu diesem Gegenstand auch sagen mag – es wird im Pentagon empfunden wie eine lästige Stubenfliege.

Dabei erscheint es durchaus sinnvoll zu untersuchen, wie es sich mit jenen Atombomben im Einzelnen verhält. Dass sie da sind, ist das eine, ebenso klar sind die Besitzverhältnisse. Das andere aber ist der Umstand, dass deutsche Piloten von der U.S. Air Force in die Methode eingewiesen werden, solche Bomben ins Ziel zu bringen, und dass deutsche Kampfflugzeuge in diesem Sinne technisch ausgerüstet werden. Dies alles geschieht, ohne dass Deutschland Atom-

macht wäre. Man nennt das „nukleare Teilhabe“.

Man muss sich das so vorstellen: Der Sohn eines Jägers hat noch keinen Jagdschein, aber der Vater lässt ihn zum Einüben einen Bock schießen, wenn niemand zusieht. Der Unterschied ist nur: Die USA handhaben die nukleare Teilhabe in aller Öffentlichkeit. Beim Knaben ohne Jagdschein ist die Rechtslage klar: Er begeht Wilderei. Die Rechtslage bei der nuklearen Teilhabe aber scheint wenig Berücksichtigung zu finden. Denn auch sie sollte ei-

Kriegswaffengesetz, dessen Paragraph 17 an dieser Stelle von grundlegender Bedeutung ist. Er lautet: „Unbeschadet des Paragraphen 16 ist es verboten, Atomwaffen zu entwickeln, herzustellen, mit ihnen Handel zu treiben, von einem anderen zu erwerben oder einem anderen zu überlassen, einzuführen, auszuführen, durch das Bundesgebiet durchzuführen oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet zu verbringen, oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie auszuüben.“

Nimmt man wieder die nötigen Auslassungen vor, so stellt man fest, dass mit der nuklearen Teilhabe die Bestimmung zur „Ausübung der tatsächlichen Gewalt“ verletzt wird. Doch der Artikel enthält noch mehr Festlegungen, darunter das Verbot, Atomwaffen in das Bundesgebiet einzuführen. Nun sind diese Waffen in Büchel aber vorhanden. Die USA haben sie eingeführt und damit das deutsche Kriegswaffengesetz verletzt. Ebenso führen sie diese durchs Bundesgebiet. Das stellt die deutschen Autoritäten – ganz theoretisch – vor die peinliche Notwendigkeit, die USA auf den Bruch deutschen Rechts hinzuweisen. Theoretisch – denn praktisch haben die deutschen Stellen keine Autorität gegenüber den USA.

Und um die Grotteske zu komplettieren, noch ein Hinweis. Sollten es sich die USA jemals angelegen sein lassen, sich in Deutschland an deutsches Recht zu halten, so würde dieses ihnen verbieten, ihre Atomwaffen „aus dem Bundesgebiet zu verbringen“. Das Zeug müsste hierbleiben, aller Sorgen der CDU zum Trotz, auf ewige Zeit, oder jedenfalls so lange, bis man einen brauchbaren Text des Paragraphen 17 KrWaffG beschließt oder aber, was noch unwahrscheinlicher ist, dass sich die USA an die jetzige Formulierung halten.

Etwas ganz anderes wäre es, wenn man den Umgang des deutschen Militärs mit Atomwaffen auf eine neue Grundlage stellte. Dazu wäre die Ehrlichkeit vonnöten zu sagen, ob man diese haben will oder aber nicht, in diesem Falle aber ohne Hintertürchen. Eine Entscheidung solcher Art wäre der Prüfstein für die außenpolitische Handlungsfreiheit Deutschlands. Mit den hinterlistigen gesetzlichen Bestimmungen ist man ja bislang schon auf allen Seiten locker umgegangen, das sollte also kein Problem darstellen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Eine klare Entscheidung wäre der Prüfstein für die außenpolitische Handlungsfreiheit Deutschlands

gentlich klar sein. Man kann das anhand nur zweier Rechtstitel feststellen.

Grundlage für alle Weiterungen ist der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, der am 5. März 1970 in Kraft getreten ist. Mittlerweile gehören ihm 191 Staaten an, auch Deutschland. Der Artikel 1 des Vertrags lautet: „Jeder Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nichtwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen noch zu veranlassen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonst wie zu erwerben oder die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen.“

Versieht man nun den Text mit einigen Auslassungen, so bleiben die Verpflichtung, die bewussten Waffen „an niemanden mittelbar weiterzugeben“ und es anderen unmöglich zu machen, „die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen“. So der Text des Vertrages, zu dessen Erstunterzeichnern die USA gehören. Doch die nukleare Teilhabe ist Wort für Wort nichts anderes als der Verstoß gegen diesen Artikel 1.

Soweit die völkerrechtliche Seite. Subsidiär aber gibt es in Deutschland das

An vorderster Virus-Front

Corona erfasst das Fernsehen – ZDF mit einem filmischen Schnellschuss zur aktuellen Pandemie

VON ANNE MARTIN

Die vierte Corona-Welle, die laut Bundesgesundheitsminister Jens Spahn „mit voller Wucht“ auf uns zurollt, schwappt jetzt sogar übers Fernsehen in die deutschen Wohnzimmer hinein. Das ZDF zeigt einen Katastrophenfilm, in dem der Zuschauer mit dem Spannungs-Virus infiziert werden soll. Es geht um die gegenwärtige Pandemie. Und die Gefahr ist noch lange nicht vorbei.

„Weißt du, was uns am meisten fehlen wird?“, fragt die Ärztin Caroline Mellau ihren Mann Stefan, kaum dass die Pandemie Fahrt aufgenommen und die ersten Sanktionen verhängt worden sind. „Bundesliga, Fernreisen, Haarschnitt?“, mutmaßt der. „Nähe“, antwortet sie. Nicht ahnend, dass ihr ausgerechnet diese Nähe zum Verhängnis werden wird.

„Die Welt steht still“ heißt der Film zur aktuellen Pandemie, der am 15. November um 20.15 Uhr im ZDF läuft und die aktuelle Krise aufgreift. „Die Personen sind frei erfunden, das Virus ist real“, heißt es im Vorspann. Im Mittelpunkt der Ereignisse stehen die Mitarbeiter eines Krankenhauses in Konstanz, die sich dem unsichtbaren Angreifer entschlossen entgegenstellen.

Wie es der Autorin Dorothee Schön gelingt, die wichtigsten Aspekte der Seuche in menschlich packende Schicksale zu überführen, ist beeindruckend. Im Fokus steht die Intensivärztin Dr. Mellau (Natalia Wörner, die Partnerin von Bundesaußenminister Heiko Maas), die eigentlich beruflich kürzertreten will, aber unversehens an der Corona-Front unter Einsatz ihres Lebens arbeitet. Der Ehemann im Film, ein Musiker, verliert von einem Tag auf den anderen alle Aufträge und Auftrittsmöglichkeiten. Ein benachbarter Optiker (Klaus Pohl) vertritt Positionen der Querdenker, bestärkt von seiner Frau (Lena Stolze), die ihm in seinen Ansichten getreulich folgt.

Ausgerechnet dieser Skeptiker – man ahnt es gleich – wird erkranken, auch wenn er seine Luftnot zunächst als Grippe abtut. Als Referenz an das Genre des Katastrophenfilms wird immer wieder ein Countdown eingeblendet, der die Dramatik der Lage betont: noch 30 Tage bis zum ersten Todesfall in Konstanz, noch 24, noch zehn, am 1. April ist es dann soweit.



Distanzwahrend wie beim Knastbesuch: Ärztin Mellau (Natalia Wörner, l.) besucht ihre Mutter (Elisabeth Schwarz) im Altenheim

Im Nachbarland Frankreich ist die Lage längst eskaliert, die Intensivstationen sind überfüllt, eine Patientin aus Straßburg wird per Hubschrauber in das deutsche Krankenhaus verlegt. „Bereitet euch auf einen Krieg vor“, sagt der begleitende Sanitäter.

Erwartbare ideologische Haltung

Die wichtigste Waffe in diesem Krieg wird der Impfstoff sein, der hier noch keine Rolle spielt. Ein weiteres Hilfsmittel sind Tablet-Computer, mit denen die Ärztin die Kontaktsperre durchbricht und Familienmitgliedern einen letzten Kontakt zu ihren sterbenden Angehörigen ermöglicht. Auch sie selbst versucht die Verbindung zu ihrer isoliert im Heim lebenden Mutter mit Hilfe der Technik zu halten – ein kläglicher Versuch, der die demente alte Frau nur verstört.

Immer wieder mischt Regisseur Anno Saul die Fiktion mit der Realität. Die Neujaars-Ansprache 2020 der Kanzlerin wird eingespielt mit der dringlichen Warnung, die Lage ernst zu nehmen. Dazu Originalaufnahmen des Papstes, der ganz allein

über den Petersplatz geht und den Segen „Urbi et Orbi“ in Abwesenheit der sonst üblichen Menschenmassen erteilt. Überhaupt geht es um die Einsamkeit in Zeiten der Kontaktverbote, die bis tief hinein in die Familien reicht. Und um die Angst vor der unsichtbaren Gefahr, die überall laert, der Schrecken, wenn die pubertierende Tochter ihrem Freund zu nahekommt.

Die Haltung des Films ist klar – er vermittelt Respekt vor den Pflegekräften sowie eine erwartbare deutliche Kritik an den Querdenkern, die von „Gesundheitsfaschismus“ und einer „Bill-Gates-Verschöpfung“ reden. Dass dieser COVID-Film nicht zur moralinsaurigen Belehrung verkommt, ist der Autorin und einer differenziert spielenden Natalia Wörner zu verdanken, die sich auch ketzerische Gedanken erlauben darf.

Eines Tages wird der Optiker auf ihrer Station eingeliefert, immer noch renitent und jede Hilfe verweigern. „Ich bin ein schlechter Mensch“, gesteht die Ärztin abends ihrem Mann, „ich habe mich bei dem Gedanken ertappt, dass ich Herrn Schwarz seine Krankheit gönne.“ Ein Re-

flex, der aus ihrer ärztlichen Sicht verständlich ist. Aber die Situation spitzt sich zu, und diese Ärztin geht ins Risiko. Als der alte Mann weiterhin intensivmedizinische Maßnahmen verweigert, ermöglicht sie seiner Frau wider jede Vorschrift einen letzten Besuch am Sterbebett. Später, nach der Beerdigung, steht sie vor ihrer Tür, um Hilfe anzubieten.

Das ist ein anrührender Moment, der manch Gewissensentscheidung dieser Zeit auf den Punkt bringt und gleichzeitig eine deutliche Kritik an den rigorosen, staatlich verordneten Kontaktsperren, die gerade Alte und Kranke als Isolationsfolter erlebt haben müssen. „Ich bin mutterseelenallein“, sagt die Witwe. Da geht die Ärztin spontan auf sie zu und nimmt sie in den Arm. Eine Geste des Mitgefühls, die Folgen haben wird – auch Caroline Mellau erkrankt an Corona.

Was wird von den Monaten der Pandemie bleiben, wenn alles wieder nahezu normal läuft, wenn der Ausnahmezustand wie versprochen Ende des Jahres aufgehoben wird? Das Script für diese Fortsetzung muss noch geschrieben werden.

MELDUNGEN

Reise in den Böhmerwald

Düsseldorf – Unter dem Ausstellungstitel „Verblichen, aber nicht verschwunden“ geht es im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, vom 17. November bis 15. Januar auf „eine Spurensuche im Böhmerwald“. Basis ist eine Exkursion von Studenten zu den Orten der ehemaligen deutschen Bevölkerung im Böhmerwald. Texte und Fotos der Studenten erinnern an Friedhöfe, Kirchen und Reste verschwundener Orte. Internet: www.g-h-h.de tws

Digitalisierte Zeitungen

Berlin – Die Deutsche Digitale Bibliothek hat einen Zugang zu digitalisierten historischen Zeitungen aus der Zeit von 1671 bis 1950 freigeschaltet. Damit stehen Nutzern 4,5 Millionen Zeitungsseiten aus 600.000 Ausgaben online kostenlos zur Verfügung. Das Angebot wird fortlaufend ausgebaut. Online-Zugang unter: www.deutsche-digitale-bibliothek.de/newspaper tws

Festivaltage mit jüdischer Musik

Seebad Heringsdorf – Im Rahmen des Usedomer Musikfestivals werden vom 12. bis 18. November an neun Orten in Deutschland die Internationalen Tage Jüdischer Musik veranstaltet. Dabei treten weltweit bekannte Solisten und Ensembles zum Ausklang des Festjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ auf. Darunter sind die Klarinetistin Sharon Kam, der Violinist Thomas Albertus Imberger, die Sängerin Sveta Kundish, der Pianist Jascha Nemtsov, die Regalim Kapelye und Kantorats-Absolventen des renommierten Abraham-Geiger-Kollegs. Veranstaltungsorte sind Potsdam (12.11.), Berlin (14.11.), Stavenhagen, Röbel, Ahlbeck, Heringsdorf (15.11.), Würzburg (16.11.), Köln (17.11.) und Görlitz (18.11.). Karten und Programm unter www.itjm.de H. Sch.

KINO

Der Spuk will nicht enden

„Ghostbusters“, die Vierte – In der Fortsetzung des Kultfilms aus den 1980er Jahren greifen Jugendliche zur Geisterfängerwaffe

Auch Geisterjäger müssen sich dem Zeitgeist unterwerfen. Das gilt leider auch für die beiden „Ghostbuster“-Filme, die in den 1980er Jahren Kultstatus erlangten. Die Bande von drei alten weißen Männern und einem – damals schon – Quotenschwarzen, die New York mit Witz, Ironie und schrillen Einfällen von Geisterwesen befreit, wurde 2016 in einer Neuauflage von einem reinen Frauenteam abgelöst. Der Film flopte an den Kinokassen, Frauen haben eben einen anderen Humor.

Um den letzten Cent aus dem gut zu vermarktenen Geisterstoff herauszupressen, kommt am 18. November eine Teenie-Fassung in die Kinos. Damit „Ghostbusters: Legacy“, der dritte offizielle Auf-

guss des Originalfilms von 1984, nicht ebenso zum finanziellen Spuk wird wie der direkte Vorgänger, haben die Werbestrategen vorgesorgt. Lange im Vorfeld haben sie die Vermarktungsmaschine angeworfen, die mit Fanartikeln, Trailern und der Hoffnung auf ein Wiedersehen mit den originalen Ghostbuster-Darstellern von vor fast 40 Jahren wonders was verspricht.

Um es gleich zu sagen: Man verlässt nicht allzu sehr enttäuscht den Kinosaal. Ein subtiler Humor rettet den Film, in dem man diesmal nicht in der Großstadt, sondern auf dem platten Land auf Geisterjagd geht. Die 13-jährige Enkelin von Dr. Egon Spengler, dem genialen Erfinder

aus den 80er Filmen, wandelt nun auf den Spuren ihres Großvaters, der selbst als – guter – Geist auftritt. Filmisch wäre es anders kaum realisierbar geworden, denn

Spengler-Darsteller Harold Ramis starb bereits 2014. Alle anderen Helden von damals tauchen aber gegen Ende ganz real, wenn auch ziemlich gealtert, auf: Bill

Murray, Dan Aykroyd, Ernie Hudson und Sigourney Weaver. Gemeinsam greifen sie den Jugendlichen unter die Arme, um eine Armee von Geistern auf einer Farm in Fal-

len einzuschließen. Regisseur Jason Reitman trägt seinen Teil dazu bei, dass daraus ein humorvoller Generationenfilm entstanden ist. Er ist der Sohn von Ivan Reitman, der die ersten beiden Filme gedreht hat. Es bleibt diesmal also alles in der Familie. So kann der Familienrat entscheiden, wie man die Geisterjäger endgültig totzufilmen gedenkt: demnächst mit Transgenderpersonen oder Personen mit Behinderung? Bloß keine Nackten. Eine Pornoparodie auf die Ghostbusters gibt es bereits. Harald Tewes



Auf der Flucht vor den Geisterjägern: Geisterterror in der Kleinstadt

KNÜPPELFREITAG

Schlacht am
Zaailand vor
70 Jahren

Am sogenannten Knüppelfreitag (Kneppelfreed), dem 16. November 1951, fand die sogenannte Schlacht am Zaailand statt. „Zaailand“ ist der inoffizielle Name eines Marktplatzes in Leeuwarden (Ljouwert). Und Leeuwarden ist der Verwaltungssitz der niederländischen Provinz Friesland (Fryslân).

Zur Schlacht am Zaailand wäre es nicht gekommen, wenn nicht an jenem Freitag in dem an den Marktplatz grenzenden Gerichtsgebäude ein Prozess gegen Fedde Schurer stattgefunden hätte. Der friesische Journalist, Schriftsteller und Politiker musste sich wegen Beleidigung eines Richters verantworten. Er hatte in einem friesischsprachigen Leitartikel der Tageszeitung „Heerenvense Koerier“, deren Chefredakteur er war, Mijnheer Wolthers' Amtsführung als „kindisch und schikanös“ kritisiert. Er hatte seine Gründe. Wolthers war wiederholt als friesenfeindlich aufgefallen. Einmal hatte er einen Milchmann verurteilt, weil dieser Ware nur auf Friesisch ausgezeichnet hatte. Ein andermal machte er es einem wegen eines Verkehrsdelikts vor dem Kadi stehenden Tierarzt unmöglich, sich auf Friesisch zu verteidigen.

Als zusätzliche Schikane wurde es empfunden, dass für die Gerichtsverhandlung ein kleiner Saal gewählt wurde mit der fadenscheinigen Begründung, Heizöl sparen zu wollen. So sammelten sich Schurers zahlrei-



Fedde Schurer

che Sympathisanten, die im Gerichtssaal keinen Platz bekommen hatten, vor dem Gerichtsgebäude und skandierten öffentlich: „Wir wollen Schurer sehen!“ Da gerade Markt war, der Platz entsprechend belebt und auch die Presse an dem Sprachenstreit großes Interesse zeigte, wuchs die Menge vor dem Gerichtsgebäude schnell an.

Die zuständige Staatsanwaltschaft hatte damit nicht gerechnet und zeigte Nerven. Sie ließ den Platz von der Polizei mit Gewalt räumen. Knüppel kamen dabei ebenso zum Einsatz wie Wasserschläuche. Zusätzliches Öl goss die Staatsanwaltschaft ins Feuer, indem sie anschließend auf ein anonymes Protestpamphlet mit einer nächtlichen Razzia reagierte, in deren Verlauf Minderjährige aus ihren Betten gezerrt wurden.

Das löste eine Welle der Solidarität aus, nicht nur in Friesland. Die Obrigkeit sah sich gezwungen, zurückzurudern, die Regierung Schadensbegrenzung zu üben. So wurden den Friesen in den Niederlanden Zugeständnisse gemacht, die ohne den Knüppelfreitag möglicherweise nie oder erst später gemacht worden wären.

Manuel Ruoff



Katharina II.: Bildnis von Vigilius Erichsen, der zwischen 1757 und 1772 in St. Petersburg kaiserlicher Gerichtshofmaler war

KATHARINA DIE GROSSE

Eine Preußin erobert den
russischen Zarenthron

Inspiziert von den Ideen der Aufklärung, konnte „Welikaja“ – die Große – einen Teil ihrer ehrgeizigen Reformen umsetzen. Unter ihrer Führung entwickelte sich Russland zur europäischen Großmacht

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die in Preußen geborene Prinzessin auf dem Zarenthron, Katharina II., ist die einzige Herrscherin Europas, deren Namen den Zusatz „die Große“ erhielt. Die Monarchin fühlte sich von allem Russischen angezogen, eine gute Voraussetzung, um nach der Krone zu greifen. In Russland angekommen, erlernte sie schnell die russische Sprache, befolgte orthodoxe Traditionen und eroberte die Herzen der Russen.

Welche Verehrung die aus dem verarmten Hochadelsgeschlecht der Askaniener stammenden Sophie Auguste Friederike von Anhalt-Zerbst, die am 2. Mai 1729 in Stettin das Licht der Welt erblickte (siehe PAZ Nr. 44, Seite 19), auch heute noch in Russland findet, zeigen neben zahlreichen Denkmälern im ganzen Land unzählige Biographien und nicht zuletzt die vielen Verfilmungen ihres skandalumwitterten Lebens.

Katharinas Leben im Film

Eine der größten und mit damals zirka acht Millionen Euro teuersten Produktionen in der Geschichte des russischen Fernsehens ist die 2015 begonnene TV-Serie „Welikaja“ (Die Große), ein Historiendrama, das dem Leben Katharinas II. gewidmet ist und im Stil westlicher Erfolgserien wie „Die Tudors“ oder des deutschen Pendants „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ gedreht wurde. Schauplätze der ersten Staffel waren die Wir-

Gebildet, intelligent,
willensstark und
selbstbewusst:
Die Herrschaft
Katharina II. gilt in
Russland als
bedeutendste
Periode der
Geschichte des
Landes.

kungsorte Katharinas, wie die Peter-und-Paul-Festung, die Smolnyj-Kathedrale in St. Petersburg und der Katharinenpalast in Puschkin sowie Peterhof, die ehemalige Sommerresidenz der Zaren am Finnischen Meerbusen.

Mit Julia Snigir – die unter anderem in dem Action-Thriller „Stirb langsam 5“ mitspielte – als Katharina und Natalja Surkowa in der Rolle der Zarin Elisabeth I. wurde die Serie mit renommierten Darstellern besetzt. Premiere feierte „Welikaja“ 2015 im staatlichen Sender „Erster Kanal“. Die erste Staffel behandelt die Jahre 1744 bis 1762. Die zweite spielt von 1762 bis 1775 und die in der Entstehung befindliche dritte Staffel, mit der 2022 gerechnet wird, ist der Zeit ab 1775 bis 1796 gewidmet.

Die Herrschaft Katharinas II. gilt in Russland als bedeutendste Periode der Geschichte des Landes. Nachdem die willensstarke, selbstbewusste, ungewöhnlich gebildete und intelligente Großfürstin mithilfe der Garde durch einen Staatsstreich 1761 gegen ihren Gatten Peter III. auf den Thron gelangt war, machte sie sich sogleich daran, ihre vom Geist der europäischen Aufklärung und den Ideen der Franzosen Diderot, Montesquieu und d'Alembert geprägten politischen Ziele in die Tat umzusetzen. In ihrem Umbau von Staat und Gesellschaft sah sie sich in der Tradition Peters des Großen, dessen Reformwerk sie fortsetzen wollte. Katharina II. gewährte dem Adel Freiheiten und sorgte für die Säkularisierung des klösterlichen Grundbesitzes, der an den Staat fiel. Das erlaubte ihr, die Armee zu vergrößern. Sie belebte den Handel und verdoppelte die Zahl der Industrieunternehmen. Die staatlichen Einnahmen stiegen durch diese Maßnahmen auf das Vierfache an.

Umbau von Staat und Gesellschaft

Außenpolitisch ist Katharinas Regentschaft von dem Sieg gegen die Türken mit dem Anschluss der Krim 1783 und einem Neurussland genannten Teil der Ukraine sowie weiteren Landgewinnen, unter anderem Asow und Kuban, einem Teil von Weißrussland, Polen und Litauen gekrönt. Katharina II. hat Russland zur Großmacht aufgebaut. Auf diese glorreiche Periode der russischen Geschichte führt heute Wladimir Putin sei-

nen Anspruch auf die Krim zurück und spricht in dem Zusammenhang ebenfalls von „Neurussland“.

Katharina II. mag Putin Vorbild sein in seinem Alleinherrschaftsanspruch in der Tradition der Zaren. Ähnlich wie einst Katharina sich um die Sicherung und Legalisierung ihrer Stellung kümmern musste, verfolgt Putin seine Gegner genauso unbarmherzig wie die Zarin. Ihr auch als „Goldenes Zeitalter des russischen Adels“ bezeichneter aufgeklärter Absolutismus mit dem Festhalten an der Leibeigenschaft beschwor in den Jahren 1773 bis 1775 Bauernaufstände unter Führung von Jemeljan Pugatschow herauf. Es dauerte lange, bis die zaristische Garde seiner habhaft werden und man ihn zum Tode durch Enthauptung verurteilen konnte.

Zu den großen Erfolgen ihrer Politik zählt zweifellos die Einführung von Schulen und Ämtern mit sozialen Aufgaben, die Dezentralisierung der Verwaltung und die Gründung eigener Standesgerichte für den Adel, Städter und nichtleibeigene Bauern. Die Zarin gründete die Russische Akademie, die bald zu den führenden europäischen Bildungsstätten zählte. Besondere Aufmerksamkeit schenkte Katharina auch der Entwicklung der Landwirtschaft. Ihre als liberales Gesetzesregelwerk angelegte „Große Instruktion“ scheiterte jedoch an den adeligen Mitarbeitern.

Katharina II., die wegen ihrer zahlreichen Liebhaber als sittenlos und heuchlerisch galt, ist dessen ungeachtet eine Frau, die als mächtigste Monarchin in die Geschichte Russlands einging. Sie galt als Vorbild für den Patriotismus zukünftiger Generationen, und das, obwohl nicht ein einziger Tropfen russischen Blutes in ihr floss.

Vor 225 Jahren, am 17. November 1796, starb Katharina II. an einem Herzinfarkt. Sie fand in der Kathedrale der Peter-und-Paul-Festung ihre letzte Ruhestätte. Ihr stürmisches Leben war bestimmt von Intrigen, Verschwörungen, Liebesromanzen und dem Kampf um den Thron, dessen sie sich letztlich als würdig erwies.

Katharinas Leben im Buch

Auch hierzulande beschäftigen sich Autoren immer wieder mit Katharina der Großen. Zuletzt ist Cornelia Wusowskis Romanbiographie „Katharina die Große. Der Weg zur Zarenkrone Russlands“ erschienen. Darin beschreibt die auf historische Romane spezialisierte Autorin in einer Mischung aus Romanhandlung und dokumentarisch wirkenden Einschüben die Jahre von Katharinas Geburt als Prinzessin Sophie von Sachsen-Anhalt, ihre durch Armut und Lieblosigkeit der Mutter geprägte Kindheit, ihre Reise an den Zarenhof nach St. Petersburg und ihr dortiges Leben bis zur Thronbesteigung.

Das in drei Teile gegliederte Buch beschäftigt sich im ersten Teil mit der Ankunft der Prinzessin in Russland, ihren Treffen mit Elisabeth I. und wie aus ihr Katharina wurde, bis zur Hochzeit mit dem späteren Zaren Peter III.

Der zweite Teil ist dem trostlosen Eheleben an der Seite des Großfürsten Peter gewidmet, dem Warten auf den Thronerben, der dank Elisabeths Intervention neun Jahre nach der Eheschließung endlich geboren wurde. Ob Paul I. Peters rechtmäßiger Sohn ist oder aus der Affäre mit dem Grafen Sergej Saltykow hervorgeht, ist bis heute umstritten. Der dritte Teil erzählt spannend die Zeit vor dem Staatsstreich und endet kurz vor der Krönung.



Cornelia Wusowski:
„Katharina die Große.
Der Weg zur Zarenkrone
Russlands“, Roman-
biographie, Südverlag,
Konstanz 2021, gebun-
den, 358 Seiten, 24 Euro

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 17. November 1846 eröffnete der aus Weimar stammende Mechaniker Carl Zeiss in der Jenaer Neugasse einen Handwerksbetrieb mit angeschlossenem Laden. In dem reparierte oder baute er allerlei wissenschaftliche Instrumente und verkaufte darüber hinaus auch Brillen, Fernrohre, Mikroskope, Thermometer, Waagen und ähnliche Artikel von anderen Herstellern. Auf den Rat des renommierten Botanikers Matthias Jacob Schleiden hin begann Zeiss 1847 mit der Produktion einfacher Mikroskope, die bald zum Schwerpunkt des kleinen Unternehmens wurde. Später wagte er sich auch an die deutlich kompliziertere Herstellung von Mikroskopen mit zusammengefügtens Linsensätzen, um eine stärkere Vergrößerung zu erzielen.

Da es damals noch kein Berechnungsverfahren bezüglich der besten Kombination der Einzeloptiken gab, wurde solange herumexperimentiert, bis das Ergebnis als genügend empfunden wurde. Diesem unbefriedigenden Zustand des „Pröbelns“ versuchte Zeiss abzuwehren, indem er ab 1866 mit dem Physiker Ernst Abbe kooperierte. Und dem Wissenschaftler gelang es 1872 tatsächlich, entsprechende Formeln zu entwickeln. Hierdurch standen die Mikroskope aus dem Hause Zeiss lange ohne gleichwertige Konkurrenz da.

Aufstieg bis zu den Weltkriegen

Allerdings fehlten Zeiss und Abbe, der 1875 Miteigentümer der schnell wachsenden Firma in Jena wurde, anfänglich geeignete optische Gläser. Das änderte sich 1884. Da kam der aus Witten stammende Chemiker Otto Schott in die thüringische Universitätsstadt und gründete mit Zeiss und Abbe das Glastechnische Laboratorium Schott & Genossen, die heutige Schott AG, und dieses lieferte Glas in der von Zeiss und Abbe gewünschten Qualität. So konnte Zeiss, als er am 3. Dezember 1888 starb, ein glänzend dastehendes Unternehmen mit 327 Beschäftigten hinterlassen.

Um dessen Fortbestand zu sichern und den nötigen wissenschaftlich-technischen Vorlauf zu gewährleisten, gründete Abbe nun die Carl-Zeiss-Stiftung. Diese diente ebenso der Bewahrung und dem weiteren Ausbau der sozialen Vergünstigungen, die den hochqualifizierten Zeissianern den Ruf einbrachten, „Arbeiteraristokraten“ zu sein. So garantierte das

CARL ZEISS

Spitzenprodukte der Optik aus Deutschland

Das vor 175 Jahren gegründete Unternehmen hat nicht nur mit seinen Erzeugnissen, sondern auch mit seinem sozialen Engagement Maßstäbe gesetzt

Gründungsväter und Väter des Erfolgs



Der aus Weimar stammende Mechanikermeister **Carl Zeiss** belieferte als Universitätsmechaniker die Universität Jena mit optischen Geräten.



Jenas Physikprofessor **Ernst Abbe** gab den Arbeiten von Zeiss eine wissenschaftliche Grundlage und gründete 1889 die Carl-Zeiss-Stiftung.



Der Glastechniker und Chemiker **Otto Schott** trat 1919 seine Anteile an dem Glastechnischen Laboratorium Schott & Genossen an die Carl-Zeiss-Stiftung ab.

Stiftungsstatut den Beschäftigten einen einklagbaren Mindestlohn und finanzielle Erfolgsbeteiligungen, sechs Tage bezahlten Jahresurlaub und Abfindungen im Falle von betriebsbedingten Kündigungen. Außerdem existierte bereits ab 1875 eine Betriebskrankenkasse. Dazu kamen später noch Ansprüche auf Invaliden- oder Altersrenten nach fünf Jahren Zugehörigkeit zum Unternehmen. Und ab 1900 gehörte das Zeiss-Werk zu den wenigen deutschen Firmen, in denen der Achtstundentag galt. Insofern war die Carl-Zeiss-Stiftung als Alleineigentümerin des Unternehmens sowie des Schott'schen Glaswerkes eine Vorreiterin auf dem Gebiet der modernen Sozialpolitik.

Teilung zwischen den Siegern

Kontinuierlich erweiterte die von Zeiss geschaffene Firma die Produktpalette über Mikroskope hinaus. Ab 1890 wurden zusätzlich optische Messgeräte sowie fotografische Objektive gefertigt. Ab 1894 kamen Feldstecher und große astronomische Fernrohre hinzu. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellte Zeiss darüber hinaus Brillen, Zubehör für die Augenheil-

kunde und geodätische Instrumente her. Eine besondere Sensation waren die einzigartigen Planetarien. In den beiden Weltkriegen kamen allerlei Bauteile für Flugzeuge, U-Boote und Panzer hinzu.

Erfolge im Osten wie im Westen

Zwischen April 1945 und Ende 1946 plünderten die Sowjets und Amerikaner das Unternehmen komplett aus. Die Siegermächte raubten sowohl seine Patente und Konstruktionsunterlagen als auch sämtliche Fertigungseinrichtungen und verschleppten viele Fachkräfte. Infolgedessen verlief die Wiederaufnahme der Produktion im Volkseigenen Betrieb Carl Zeiss Jena und der auf US-amerikanische Veranlassung abgespaltenen Tochterfirma Zeiss-Opton Optische Werke beziehungsweise dann später einfach Carl Zeiss im baden-württembergischen Oberkochen zunächst recht mühsam. Nach Anlaufschwierigkeiten ging es an beiden Standorten allerdings wieder steil aufwärts. Ein 1954 begonnener heftiger Markenstreit zwischen den nunmehrigen Konkurrenzunternehmen konnte 1971 beigelegt werden.

Bis zur deutschen Vereinigung machten sowohl das Ostwerk in Jena als auch das Westwerk in Oberkochen mit zahlreichen Pionierleistungen von sich reden. Im Westen brillierte man mit Elektronenmikroskopen, laserchirurgischen Geräten, hochleistungsfähigen Simultan-Spektrometern, Innovationen auf dem Gebiet der Halbleitertechnologie sowie Kameraobjektiven, mit denen 1969 auch die erste bemannte Mondlandung im Bild festgehalten wurde.

Wiedervereinigung von Zeiss

In Osten entstanden der erste DDR-Computer OPREMA, die Multispektralkamera MKF6, die 1976 mit „Sojus 22“ ins All flog, sowie der Ein-Megabit-Chip U61000. Außerdem stellte der volkseigene Betrieb militärische Nachtsichtgeräte, Infrarot-Zielsuchköpfe für die Luft-Luft-Rakete K-13M und Feuerleit- und Ziellanlagen für die sowjetischen Panzer T-55 und T-72 her. Bis 1989 stieg der Anteil der Rüstungsgüter am Produktportfolio auf immerhin rund ein Viertel.

Ende Juni 1990 begann dann die Privatisierung des VEB Carl Zeiss Jena. Diese ging mit einer formellen Wiedervereinigung der zwei Unternehmen in Ost und West einher. Allerdings endete die Rivalität damit nicht, wobei der hausinterne wirtschaftliche Wettbewerb sowohl durch permanente Kündigungen an beiden Standorten als auch ungünstige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen befeuert wurde.

Mit dem überarbeiteten Statut der Carl-Zeiss-Stiftung vom 1. Juli 2004 mutierte der Carl-Zeiss-Konzern zur Aktiengesellschaft. Damit begann für Zeiss eine neue Ära. Allerdings versuchte das Unternehmen, seiner sozialen Verantwortung auch weiterhin gerecht zu werden. Davon profitieren heute indes nur noch die verbliebenen 32.000 Mitarbeiter – von einstmals fast 80.000 im Jahre 1989.

J. F. SCHMIDT

Erfinder von „Mensch ärgere Dich nicht“

Josef Friedrich Schmidt ist nicht nur der Erfinder von „Mensch ärgere Dich nicht“, des bis 2004 über 70 Millionen Mal verkauften beliebtesten Spiels der Deutschen, sondern auch Gründer und Namensgeber des Berliner Spieleverlags „Schmidt Spiele“, mit 52,8 Millionen Euro Umsatz (2014) einer der Großen der Branche.

Der Sohn eines Geometers kam vor 150 Jahren, am 24. November 1871, im oberbayerischen Amberg zur Welt. Einer kaufmännischen Ausbildung folgte erst einmal eine mehrjährige Tätigkeit als abhängig Beschäftigter. Im Jahre 1901 machte sich Schmidt dann in der Landeshauptstadt München mit einem Lebensmittelgeschäft selbstständig. In den darauffolgenden Jahren versuchte er sich auch im Non-Food-Bereich. So befasste er sich mit der Herstellung von „chemischen Bedarfsartikeln“ und Schuhen mit Holzsohlen. 1904 führte er kurzzeitig ein Hotel in Kiefersfelden. Und danach handelte er mit Wein und Spirituosen.

Nebenbei entwickelte Schmidt 1907/08 für seine drei Söhne ein Brettspiel, das er „Mensch ärgere Dich nicht“ nannte. Dieses Familienspiel geht in seinen Grundprinzipien auf das jahrtausendealte indische Nationalspiel „Chaupad“ zurück. Schmidt vereinfachte jedoch die Regeln und reduzierte das Spiel auf den schlichten Lauf um das Kreuz des Spielplans und das möglichst häufige Schlagen der gegnerischen Figuren. Dem Ganzen gab er einen einprägsamen Namen und ein bis heute kaum verändertes Aussehen.

1910 gilt als das Erscheinungsjahr des Spiels. Erste Exemplare aus Schmidts kleiner Werkstatt in der Münchner Lilienstraße waren zunächst nur für den Bekanntenkreis gedacht. 1912 wurde die Serienproduktion aufgenommen. Während das Spiel in den ersten Jahren nicht sonderlich erfolgreich war, schaffte es im Ersten Weltkrieg den Durchbruch als Landesspiel. Kostenlos ließ Schmidt Armee und Lazaretten 3000 Exemplare des sowohl von den Materialien als auch von den Spielregeln her anspruchslosen Spiels zukommen.

Durch Mund-zu-Mund-Propaganda machte die Kunde von dem harmlosen Zeitvertreib an der Front und auch in der Heimat die Runde. Nach der Rückkehr der Weltkriegsteilnehmer erlebte das Spiel seinen wirtschaftlichen Durchbruch. 1920 wurden im deutschen Sprachraum bereits eine Million Exemplare abgesetzt. Die Gewinne erlaubten Schmidt, das Angebotssortiment um andere Gesellschaftsspiele, Quartette und Spielmagazine, aber auch Kinderwebstühle und Bauspiele zu vergrößern.

1936 machte sich Schmidts ältester Sohn Franz in Nürnberg mit einer eigenen Spielefabrik selbstständig. Gegen Lizenzgebühren überließ der Vater dem Filius das gesamte Programm – mit Ausnahme von vier Artikeln, darunter „Mensch ärgere Dich nicht“. Im Zweiten Weltkrieg wurden die Produktionsstätten beider Unternehmen in Nürnberg und München zerstört. 1948 wurden sie in München als selbstständige Betriebe wieder aufgebaut. Fast ein Jahrhundert nach Josef Friedrich Schmidts Geburt fusionierten die Unternehmen, aber da war er längst tot. Der Erfinder und Unternehmer starb am 28. September 1948 in München. *Manuel Ruoff*



Ein Kompromiss zwischen dem West-Logo vom Ende der 70er Jahre, einem blauen Quadrat mit den weißen Schriftzügen „ZEISS“ oben und „West Germany“ unten, sowie der traditionellen, auch vom VEB verwendeten sogenannten Zeiss Linse: Das Logo der gesamtdeutschen Carl Zeiss AG, hier an der Konzernzentrale in Oberkochen *Foto: Zeiss*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Sie sind wieder da: Die Massen tatsächlicher oder vermeintlicher Flüchtlinge, welche nun besonders über die weißrussisch-polnische Grenze in die EU strömen. Und die Vertreter der deutschen Asyl- und Migrationslobby mit ihrem lauten Rufen nach mehr Einwanderung. Dabei erscheint es angesichts der heutigen Probleme noch absurder als während der Asylflut von 2015, zahllose unqualifizierte, nicht selten gewaltbereite und kaum zu integrierende Menschen aufzunehmen. Doch dieses Verhalten lässt sich durchaus rational erklären, wenn man der Spur des Geldes folgt.

Natürlich gibt es auch Verblendete, die aus ideologischen Gründen wollen, dass die Bevölkerung der Bundesrepublik so inhomogen wie möglich wird, und das autochthon Deutsche damit sukzessive verschwindet. Aber in den meisten Fällen geht es schlicht und einfach um schnöden Mammon, selbst wenn sich diese Motivation hinter allerlei moralisierenden Floskeln verbirgt wie in dem neuen Grundsatzpapier der hiesigen christlichen Kirchen mit dem Titel „Migration menschenwürdig gestalten“, das ein Umdenken in der Einwanderungspolitik und damit faktisch die schrankenlose Zuwanderung fordert: „Denn wir verdanken unseren Glauben Menschen mit Migrationserfahrungen.“

Knapp 23 bis 40 Milliarden Euro

Die Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen hat sich inzwischen zu einem eigenen Wirtschaftszweig mit gigantischen Umsätzen und Gewinnen entwickelt. Von den jährlichen Aufwendungen von Bund, Ländern und Kommunen für „Geflüchtete“ in Höhe von derzeit offiziell 22,9 Milliarden Euro, wahrscheinlich aber eher über 40 Milliarden Euro, geht ein großer Teil an die Sozialindustrie, welche die Versorgung und „Integration“ der Immigranten übernommen hat.

Und in der wiederum sind neben dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und der SPD-nahen Arbeiterwohlfahrt (AWO) vor allem kirchliche Hilfsorganisationen präsent. So zum Beispiel die Caritas und die Diakonie. Deswegen konnte sich der Diakonie-Präsident Ulrich Lillie auch über die steigende Zahl von „Flüchtlingen“ freuen. Denn diese garantiert den Wohlfahrtsverbänden reichlich Arbeit und ihren Vorständen weiterhin „auskömmliche“ Gehälter, die teilweise über dem Salär der Bundeskanzlerin liegen.

Von mehr Immigranten profitieren zugleich die Politiker und Parlamentarier, welche die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Einwanderung jeglicher Art



Eine von vielen guten Einnahmequellen: Deutschkurs für Immigranten in Frankfurt am Main

Foto: imago/epd

ASYL-INDUSTRIE

Auf der Spur des Geldes

Zahllose Organisationen und Personen kämpfen für möglichst offene Grenzen und maximale Einwanderung. Und kassieren Milliarden Euro, wenn ihre Forderungen erfüllt werden

schaffen. Fast jeder dritte Bundestagsabgeordnete hat nebenher noch einen Vorstands- oder Leitungsposten in der Sozialindustrie inne. Und er muss mindestens 25 Prozent der dadurch erzielten Bezüge an seine Partei weiterreichen. Hierdurch dürfte die Frage „Cui bono?“ zu einem weiteren Teil beantwortet sein. Doch damit nicht genug.

Die Asyl- und Sozialindustrie ist auch eng mit den Medien verwoben und lässt sich deren Pro-Migrations-Propaganda einiges kosten. So vergeben die Wohlfahrtsverbände regelmäßig Preise an Journalisten, welche besonders rührende Geschichten über „Flüchtlinge“ produzieren. Neben den Vertretern der schreibenden Zunft zählen darüber hinaus Akademiker mit sozial- und geisteswissenschaftlichen Abschlüssen zu den Asyl-Gewinnern, sofern sie sich als „Referenten für Migration“ oder „Flüchtlingsbeauftragte“ verdingen. Dann gilt auch für diesen Personenkreis: „Wes Brot ich ess', des Lied ich sing“.

Weitere Profiteure des Zustroms illegaler Einwanderer, welche das Hohelied der Immigration singen, sind Juristen, die gut daran verdienen, den zahllosen Nicht- asylberechtigten zum Bleiben zu verhelfen, sowie all jene „Institute“ für interkulturelle Didaktik, Pädagogik, Arbeit und so weiter, die neuerdings gleich Pilzen aus dem Boden schießen und Geld aus öffentlichen Fördertöpfen saugen.

„Wir haben Platz“ – Kein Wunder!

Dazu kommen Organisationen wie der Internationale Bund, der zu rund drei Vierteln vom Bund, den Ländern und Kommunen sowie der Bundesagentur für Arbeit finanziert wird und sich unter anderem darauf spezialisiert hat, den Neuankömmlingen „Kompetenzen“ auf den Gebieten Kindererziehung, Ernährung, Umgang mit Behörden und Konfliktbewältigung zu vermitteln. Vorteile aus der Masseneinwanderung ziehen darüber hinaus die öffentlichen und privaten Bildungsträger, welche es nun bevorzugen,

lukrative Sprach- und Integrationskurse anzubieten, anstatt weiterhin Alten- und Krankenpfleger auszubilden, von denen es deutlich zu wenige gibt.

Und dann wären da natürlich noch die Vermieter von Unterkünften für die „Geflüchteten“. Diese kassieren oftmals Unsummen, weshalb sie gar nicht laut genug „Wir haben Platz!“ rufen können. So zahlen manche Kommunen bis zu 1500 Euro pro Person und Monat. Oder andere horrend Pauschalen: 47 Euro pro Quadratmeter überwies die Hamburger Sozialbehörde in manchen Monaten an den niederländischen Eigentümer des 21 Jahre alten Wohnschiffs „Transit“. Ansonsten bekommen auch die vielen Firmen zur Bewachung der Flüchtlingsheime sowie die Catering- und Reinigungsdienste, welche es den Untergebrachten so angenehm wie möglich machen sollen, ein Stück vom großen Kuchen ab.

Das ist indes nicht der Hauptgrund dafür, dass hochrangige Interessenvertreter der Wirtschaft der Asyllobby den Rücken

stärken und gebetsmühlenartig nach mehr Einwanderung verlangen. Vielmehr haben sie dabei den vorgeblichen oder tatsächlichen „Fachkräftemangel“ im Blick. Mit Verweis auf diesen forderte der frühere Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Ingo Kramer, bis zu 1,2 Millionen Immigranten pro Jahr aufzunehmen. Letztlich kann es dabei jedoch nur um die Bedienung des Niedriglohnssektors gehen, denn die meisten „Flüchtlinge“ weisen bekanntlich keine ausreichende Qualifikation für besser bezahlte Tätigkeiten auf.

Aber so soll offenbar ein Ausgleich dafür entstehen, dass Deutsche in zunehmendem Maße schlecht vergütete Jobs meiden. Die Zeche zahlen sie dann freilich trotzdem über ihre Steuern und Sozialabgaben, welche auch zum Aufstocken der Bezüge der importierten Billigarbeitskräfte erhalten müssen, während die Asyl- und Immigrationsprofiteure dank ihrer erfolgreichen Lobby-Tätigkeit reich und reicher werden.

CORONA-POLITIK

Der Möchtegern-Minister

Karl Lauterbach gilt vielen als Experte – Doch die lange Liste seiner falschen Aussagen und Prognosen wirft ein trübes Licht auf ihn

Im Zuge der Corona-Pandemie hat der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach eine extrem hohe Medienpräsenz entwickelt. Speziell in den Gesprächsrunden der öffentlich-rechtlichen Sender wie „Anne Will“ oder „Maybrit Illner“ ist der 58-Jährige quasi zur Dauerbesetzung aufgestiegen. Laut einer Umfrage hält mittlerweile mehr als die Hälfte der Deutschen Lauterbach im Vergleich zu Jens Spahn als Gesundheitsminister für die bessere Wahl.

Auch Lauterbach selbst scheint sich für ein Ministeramt geeignet zu halten: „Natürlich würde ich ein Ministeramt nicht ablehnen in Bereichen, in denen ich mich gut auskenne“, so der äußerst rührige Politiker gegenüber dem „Tagesspiegel“.

Wortmeldungen von Lauterbach lassen allerdings immer wieder Zweifel aufkommen, ob sich der SPD-Gesundheitspolitiker tatsächlich so gut auf seinem Fachgebiet auskennt, wie er das offenbar annimmt oder zumindest glauben macht. Im vergangenen Mai sagte er beispielsweise in der Sendung „Maybrit Illner“ über Corona-Patienten: „Diejenigen, die jetzt auf der Intensivstation behandelt werden, die sind im Durchschnitt etwa 47 bis 48 Jahre alt.“

Nur eine „persönliche Schätzung“

Der „Faktenfuchs“ des Bayerischen Rundfunks kam nach eigenen Recherchen dagegen zu dem Schluss, Lauterbachs Aussage lasse sich „zum aktuellen Zeitpunkt statistisch nicht belegen“. Als Reaktion

relativierte der SPD-Politiker daraufhin seine Aussage und schob kleinlaut nach, es habe sich um eine persönliche Schätzung gehandelt.

Im vergangenen September veröffentlichte Lauterbach auf seiner Facebook-Seite einen Beitrag, in dem es um die „Booster-Impfungen“ gegen COVID-19 ging. Hier schrieb er unter anderem: „Die Wirkung der 3. BionTech Impfung fällt deutlich stärker aus, als von vielen Experten erwartet. Mehr als 10-facher Schutz gegen Infektion oder schwere Krankheit.“ Mit direktem Hinweis auf Lauterbachs Eintrag kommentierten die Experten des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung: „Hier liegt jedoch ein Klassiker der Fehlinterpretation von relativen Risiken vor. Die Wahrscheinlichkeit, sich

NICHT zu infizieren, steigt mit der dritten Dosis von 9745/10.000 auf 9976/10.000; das ist eine Erhöhung des Schutzes um knapp über 2 Prozentpunkte. Die Wahrscheinlichkeit, NICHT schwer zu erkranken, steigt mit der dritten Dosis von 9982/10000 auf 9999/10000; das ist eine Erhöhung des Schutzes um knapp 0,2 Prozentpunkte“, so die Wissenschaftler in ihrer „Unstatistik des Monats“.

Forscher widersprechen eindeutig

Mitte Oktober zeigte sich Lauterbach dann über die hohen Corona-Inzidenzen bei Kindern besorgt. In diesem Zusammenhang sagte er zu Langzeitfolgen von COVID-Erkrankungen: „Das ist eine Gefahr, denn wir werden große Probleme

mit Long COVID bei Kindern bekommen.“ Auch bei diesem Thema kamen Experten zu einer anderen Einschätzung.

Erst im August dieses Jahres war im Fachmagazin „Lancet Child & Adolescent Health“ eine Studie vorgestellt worden, bei der es speziell um Langzeitfolgen einer COVID-Erkrankung bei Kindern gegangen war. Die Forscher vom King's College London waren bei ihrer Untersuchung zu der Erkenntnis gelangt, dass sich Kinder und Jugendliche in der Regel innerhalb weniger Tage von einer Infektion erholen. „Längere Erholungsphasen mit Residualsymptomen, auch als Long COVID bezeichnet, sind eher selten“, so die Wissenschaftler des renommierten britischen Forschungsinstituts.

Norman Hanert



CORONA

„Vierte Welle“ im Königsberger Gebiet

Beschränkungen erschweren den Alltag vieler Bürger – Furcht vor neuem Touristenansturm

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In der Russischen Föderation steigt die Zahl der Corona-Erkrankungen unaufhaltsam. Die „vierte Welle“ hat die meisten Regionen des Staates überrollt. Das nördliche Ostpreußen wurde als Risikogebiet eingestuft. Dort ist die Lage derzeit sehr angespannt. Seit Anfang Oktober werden jeden Tag mehr neue Corona-Fälle als am Vortag gezählt. Inzwischen gibt es über 400 Neuinfektionen täglich.

Die Situation wird durch die extreme Schwäche der regionalen Gesundheitsverwaltung verschärft, die ihre Kapazitätsgrenze bereits erreicht hat. Die planmäßige medizinische Versorgung wurde in der gesamten Region ausgesetzt. Fast alle Krankenhausbetten, die für die Behandlung von Lungenentzündungen und Corona-Erkrankungen bereitgestellt wurden, sind belegt. Mehr als tausend Menschen, die in Krankenhäusern behandelt werden, benötigen Sauerstoffmasken. Etwa Hundert von ihnen sind an künstliche Beatmungsgeräte angeschlossen.

Verschärfte Regeln seit Oktober

Seit dem 18. Oktober gelten im Königsberger Gebiet daher verschärfte Regeln: Einkaufszentren und Non-Food-Geschäfte mit einer Fläche von mehr als 300 Quadratmetern dürfen nur noch gegen Vorlage eines QR-Codes betreten werden, den vollständig Geimpfte erhalten. Diese Regel gilt auch für alle anderen Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen. Neben dem QR-Code muss auch ein Reisepass vorgelegt werden, damit die Identität des Besitzers des QR-Codes festgestellt werden kann. Beim Zugang zu Einkaufszentren und anderen öffentlichen Orten wird auf Einhaltung dieser Regeln strikt geachtet.

Der erste Tag der Einführung hat bereits gezeigt, dass die Impfung allein nicht ausreicht, um in die Geschäfte zu gelangen. Jeder Geimpfte erhält ein persönliches Zertifikat, das die erfolgte Impfung bestätigt. Es berechtigt jedoch nicht automatisch zum Betreten von Einkaufszentren oder anderen Einrichtungen. Dafür muss der Geimpfte oder Genesene selbst aktiv werden und sich auf dem staatlichen Portal „Gosuslugi“ einen QR-



Schlangestehen für die Injektion: Königsberger warten vor einem mobilen Impfzentrum

Foto: J.T.

Code generieren lassen. Genesene erhalten den QR-Code nur, wenn ihre Erkrankung nicht länger als sechs Monate zurückliegt. Doch nicht jeder Bürger findet sich im Internet zurecht und nicht alle Menschen sind Freunde mobiler Geräte.

Das trifft vor allem auf Rentner zu, die sich alternativ vor dem Multifunktionszentrum (MFC) im Gebäude der Stadtverwaltung anstellen können, um einen QR-Code zu erhalten. Viele von ihnen sind mit der Umstellung auf digitale Bescheinigungen unzufrieden. Manche Ältere zeigen sich empört darüber, dass selbst, wenn sie ein Papierzertifikat besitzen, der Zutritt für sie verschlossen bleibt.

Unter denen, die beim MFC Schlange stehen, gibt es auch solche, die nichts gegen die Digitalisierung einzuwenden haben, sondern wegen der zahlreichen technischen Ausfälle anstehen müssen. Bei vielen meldet das Programm einen Fehler, weil es die eingegebenen Passdaten für falsch hält. Die Bürger müssen dann persönlich aktiv werden, um an ihren Code zu kommen. Der MFC gibt

selbst keine QR-Codes aus. Er kann lediglich bei der Registrierung auf dem Portal „Gosuslugi“ helfen. Wenn die Registrie-

Zahlreiche Pannen beim digitalen Impfnachweis sorgen für Empörung der Bürger

rung erfolgreich war, kann der Betroffene sich selbst einen Code generieren.

Sobald jemand geimpft ist, trägt das Personal des Gesundheitszentrums die Daten in ein einheitliches Impfbuch ein. Von dort aus werden sie automatisch an das Portal der staatlichen Dienste weitergeleitet, wo ein QR-Code generiert wird. Wenn jemand keinen Code erhält,

muss er zur Impfstelle gehen. Dort wird überprüft, ob alle Angaben korrekt sind.

Es hat bisher so viele Probleme gegeben, dass das Gesundheitsministerium des Königsberger Gebiets sogar ein elektronisches Formular entwickelt hat, um Beschwerden derjenigen Einwohner entgegenzunehmen, die nach der Impfung keinen QR-Code erhalten haben.

In der Zwischenzeit wurde über das nördliche Ostpreußen ab dem 28. Oktober eine Quarantäne just zu dem Zeitpunkt verhängt, als landesweit arbeitsfreie Tage angekündigt wurden.

Die Einwohner sehen den Grund für den erneuten Anstieg der Zahl der Corona-Infektionen im Tourismus. Viele zeigen sich empört darüber, dass selbst für die Zeit des staatlich angeordneten Zwangsurlaubs wieder Hotelzimmer in der Region gebucht wurden. Zwar benötigen auch die Touristen diesmal einen gültigen QR-Code zum Einchecken, aber dennoch befürchten viele, dass die Anwesenheit vieler Besucher aus anderen Regionen die ohnehin angespannte Situation noch verschlimmern wird.

● MELDUNGEN

Via-Baltica-Bau schreitet voran

Lyck – Der erste Abschnitt der Via Baltica wird noch in diesem Jahr fertiggestellt. Die internationale Via Baltica ist eine Schnellstraße, die die baltischen Staaten mit Westeuropa verbindet. Mehr als 60 Kilometer verläuft sie über das Gebiet des südlichen Ostpreußen. Im Bau sind drei Abschnitte: Szczuczyn-Lyck, Lyck-Waltershöhe und Waltershöhe-Raczki. Der letzte Abschnitt ist schon fertig. Er soll noch in diesem Jahr abgenommen werden. Die Arbeiten an dem ersten Abschnitt Szczuczyn-Lyck sind zu 75 Prozent fertig. Planmäßig wird er zum 31. Mai des kommenden Jahres abgenommen. Beim dritten Abschnitt Lyck-Waltershöhe kommen die Arbeiten etwas langsamer voran. Dieser Teil der Trasse soll Ende kommenden Jahres fertiggestellt sein. PAZ

Ausländer in Rastenburg

Rastenburg – Im Zentrum für Ausländer beziehungsweise im Internat in Rastenburg befinden sich zur Zeit 440 Personen, davon sind mehr als 100 alleinstehende Männer. Wie die Pressesprecherin der Ermländisch-Masurischen Abteilung der Grenzpolizei, Mirosława Aleksandrowicz, erklärt, ist die Prozedur des weiteren Aufenthaltes von minderjährigen Ausländern ohne Begleitung konkret geregelt. Am 1. September befanden sich im Zentrum für Ausländer in Rastenburg 19 Minderjährige ohne Begleitung. 13 von ihnen wurden nach einem Gerichtsurteil in ein Kinderheim überstellt. Sechs Minderjährige ohne Begleitung verblieben im Zentrum. Die größte Gruppe der Ausländer im Rastenburg Zentrum sind Iraker, gefolgt von Menschen aus Afghanistan und Somalia. In diesem Jahr sind insgesamt 49 Minderjährige ins Kinderheim in Rastenburg gekommen. Alle Bewohner können das Zentrum verlassen, wenn sie versichern, aus der Republik Polen in den Westen auszuweichen. Einige junge Leute wollen legal nach Belgien oder in die Bundesrepublik zu ihren Familien fahren. PAZ

LUFTVERKEHR

Erste Flüge wieder von Königsberg nach Berlin gestartet

Die russische Fluggesellschaft Nordwings bietet mehrere Destinationen in den Westen an – Weiterer Ausbau geplant

Erstmals seit Jahren ging am 13. Oktober wieder ein Direktflug von Königsberg nach Berlin. Seit der Insolvenz von Air Berlin im Jahr 2017 gab es keine Flüge mehr zwischen Königsberg und bundesdeutschen Städten. Jetzt hat die russische Fluggesellschaft Nordwings Flüge zur deutschen Hauptstadt aufgenommen. Und dies während der Pandemie, in der Touristenreisen in die Bundesrepublik für Russen noch immer verboten sind, was bedeutet, dass nur eine sehr begrenzte Zahl von Passagieren diese Gelegenheit nutzen kann.

Nordwings wurde im Jahr 2008 gegründet und betreibt eine Flotte von 40 Flugzeugen. Das Unternehmen hat erklärt, dass es sich aller Risiken in Bezug



Flughafen Powunden [Chrabrowo]: Passagiere vor dem Terminal

Foto: J.T.

auf die mögliche Auslastung der Flugzeuge bewusst ist, rechnet aber mit einer stabilen Nachfrage, da dieses Ziel nicht nur von Bewohnern des Königsberger Gebiets, sondern auch von Russen aus anderen Regionen angesteuert werde.

Berlin wird seit diesem Monat zweimal wöchentlich angefliegen: mittwochs und sonntags. Ein Ticket nach Berlin kostet umgerechnet etwa 85 Euro. Für Gepäck werden 30 Euro extra berechnet. Der Flug von Berlin nach Königsberg ist etwa anderthalbmal so teuer. Der Transport wird mit einer Embraer 190 durchgeführt, die 110 Passagieren Platz bietet.

Nordwings Airlines plant derzeit, nach der Pandemie das Angebot an Flü-

gen von Königsberg erheblich auszuweiten. In naher Zukunft sollen neue Flugziele hinzukommen. So wurden Direktflüge nach Amsterdam und Paris zweimal wöchentlich genehmigt. Darüber hinaus werden alle Beschränkungen für Linien- und Charterflüge zu den ägyptischen Städten Hurghada und Scharm el-Scheich aufgehoben.

Es sei daran erinnert, dass Kaliningrad-Avia in den 2000er Jahren Dutzende von bundesdeutschen Städten und Ziele in anderen europäischen Ländern bedient hatte. Nach dem Konkurs der Fluggesellschaft hatte das Königsberger Gebiet seine Flugverbindungen zu den EU-Staaten fast vollständig verloren. J.T.

Wir gratulieren...



ZUM 107. GEBURTSTAG

Heyn, Hildegard, aus Lyck, am 15. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Nowatzki, Marta, geb. **Gardynowski**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 12. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Baumm, Erika, geb. **Adomat**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 17. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Köck, Gerhard, aus Widitten, Kreis Fischhausen, am 13. November
Kohlhassen, Eva, geb. **Koch**, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 15. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Eichel, Elfriede, aus Lyck, am 18. November
März, Helene, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. November
Würger, Erika, geb. **Waga**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 16. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Czub, Dr. Erich, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 16. November

Dörffer, Margarete, aus Lyck, am 13. November

Donde, Erich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. November

Schulz, Ehrentraud, geb. **Wenig**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 13. November

Steinke, Käthe, geb. **Ludwig**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 15. November

Wietzorek, Kurt, aus Lyck, am 17. November

ANZEIGE

Sonderzugreisen nach
 Masuren - Königsberg - Danzig
 Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 95. GEBURTSTAG

Aßmann, Erika, geb. **Wunder**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 17. November

John, Lotte, geb. **Pancritius**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 16. November

Kunze, Waltraud, geb. **Dittkuhn**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. November

Kutzinski, Heinz, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 15. November

Laux, Käthe, geb. **Rosinski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. November

Mauerhöfer, Hans, Kreismgemeinschaft Ebenrode, am 13. November

Neubauer, Erna, aus Lyck, am 12. November

Schaudt, Annemarie, geb. **Neumann**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 16. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Depolt, Herta, geb. **Gloddek**, aus Rohmanen-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 15. November

Ermel, Helgard, geb. **Kunter**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 12. November

Holst, Eva-Maria, geb. **Schroeter**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 18. November

Krogmann, Martha, geb. **Seidel**, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 16. November

Kroll, Margarete, geb. **Regge**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 15. November

Paul, Werner, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 15. November

Selenz, Frieda, geb. **Fröse**, aus Erhlen, Kreis Elchniederung, am 17. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Augustin, Helmut, aus Sonnu, Kreis Lyck, am 17. November

Fromm, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November

Kirchhoff, Edith, geb. **Rettkowski**, aus Browina, Kreis Neidenburg, am 12. November

Kuberka, Margarete, geb. **Roters**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 14. November

Nehmer, Elli, geb. **Fröhlich**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 15. November

Tiska, Lucie, geb. **Reh**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 12. November

Zimmermann, Eleonore, geb. **Pilz**, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 14. November

ANZEIGE

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ascher, Hans, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. November

Barthel, Anneliese, geb. **Nimzik**, aus Treuburg, am 14. November

Heydemann, Meta, geb. **Wochnowski**, aus Neidenburg, am 14. November

Salis, Marie, geb. **Willuda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 13. November

Seiler, Lothar, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 14. November

Simon, Gerda, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 12. November

Wenzel, Hans-Günther, aus Lyck, Yorkplatz, am 17. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Haase, Bruno, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 15. November

Hidde, Gerda, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 13. November

Klüver, Adolf, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 13. November

Koehler, Lucia, geb. **Teichert**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen, am 14. November

Maak, Waltraud, geb. **Zehrt**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 15. November

Nowak, Gertrud, geb. **Laskowski**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 12. November

Pirk, Ursula, geb. **Schirmacher**, aus Oschekau Gut, Kreis Neidenburg, am 12. November

Söckneck, Olga, geb. **Lohmeyer**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 13. November

Wilzewski, Ernst, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 15. November

Wolff, Inge, geb. **Schirmacher**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bachmann, Gerda, geb. **Hoffmann**, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 15. November

Berner, Irmgard, geb. **Mogilowski**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 16. November

Blau, Brunhilde, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 15. November

Burgfels, Hedwig, geb. **Komm**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 12. November

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Gimbott, Ekkehard, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 15. November

Hömke, Reinhold, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 15. November

Hofmann, Helga, geb. **Behrendt**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 13. November

Knolle, Christel, geb. **Falk**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 15. November

Kopp, Alfred, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 17. November

Krapa, Rudolf, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 16. November

Kullack, Martin, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. November

Pätzold, Erika, geb. **Bartholomayzik**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. November

Palkus, Anneliese, geb. **Paulat**, aus Schmalleningken, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. November

Parczak, Georg-Anton, aus Luccau, Kreis Ortelsburg, am 15. November

Krupke, Bernhard, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 18. November

Neumann, Irma, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 14. November

Wiechert, Margarete, geb. **Burzloff**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 12. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Block, Theresa, aus Schmolainen, Kreis Heilsberg, am 12. November

Dierkes, Barbara, geb. **Wulf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. November

Eckert, Siegrid, geb. **Bandlow**, aus Carneyen, Kreis Mohrunen, am 18. November

Ermel, Marianne, geb. **Kopp**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 17. November

Faasel, Gertrud, geb. **Brinkmann**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 17. November

Giebchen, Siegfried, aus Ebenrode, am 15. November

Gollub, Irma, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 16. November

Herholz, Gerhard, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 15. November

Herzog, Ursula, aus Garten Pungel, Kreis Mohrunen, am 13. November

Hölnzer, Siegfried, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 16. November

John, Hubertus, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 12. November

Joswig, Ernst, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 14. November

Kulinna, Günter, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 16. November

Kurschat, Dieter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. November

Lojewski, Herbert, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 13. November

Pröhl, Christel, geb. **Brinkmann**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 17. November

Przyborowski, Hans, aus Treuburg, am 13. November

Rinke, Ursula, geb. **Godzieba**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 17. November

Rönnau, Gisela, geb. **Gerull**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 12. November

Saalmüller, Gisela, geb. **Sulimma**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 18. November

Schmidt, Gisela, geb. **Isakowski**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 17. November

Schöttke, Herbert, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 16. November

Schumann, Klaus, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 16. November

Trinkler, Edith, geb. **Paulini**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 13. November

Zysk, Manfred, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baumunk, Waltraud, geb. **Wellert**, aus Ebenrode, am 14. November

Bluhm, Christine, aus Mohrunen, am 14. November

Frohnert, Axel, aus Wehlau, am 18. November

Gehrs, Günter, aus Liebenau, Kreis Wehlau, am 12. November

Hartig, Ingrid, geb. **Hein**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 12. November

Hasenpusch, Horst, aus Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 15. November

Hein, Gerhard, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 12. November

Henning, Manfred, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 17. November

Jürges, Karl-Heinz, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 16. November

Katzmann, Wolfgang, aus Neuen-dorf, Kreis Wehlau, am 18. November

Kulikowski, Walter, aus Neidenburg, am 15. November

Louschy, Christel, geb. **Malessa**, aus Ortelsburg, am 17. November

Schwarz, Ferdinand, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 12. November

Vogel, Waltraud, geb. **Knopff**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 17. November

Zur Diamantenen Hochzeit

ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Dombrowski, Ewald, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg und Ehefrau **Barbara**, geb. **Poppek**, aus Ortelsburg, am 18. November



Zusendungen für die Ausgabe 47/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 47/2021 (Erstverkaufstag 26. November)

bis spätestens Dienstag, den 16. November,

an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Sonnabend, 11. Juni 2022
 10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
 Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
 (Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

147. Preußische Tafelrunde und Zeitzeugenprojekt

Landesgruppe – Am 27. Oktober fand die 147. Preußische Tafelrunde im Parkhotel Pforzheim im Salon Palmengarten statt. Unter den zahlreichen Gästen waren Vertreter des Landtags und Stadträte. Nach einem Glas Sekt und dem Abendessen berichteten die Referenten Gabriela Blank und Direktor Wolfgang Freyberg vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen über das Zeitzeugenprojekt „Unbeschwerte Zeit! – Jugendjahre auf ostpreußischen Gütern und Landschlössern“. Gegenwärtig besteht die letzte Gelegenheit durch persönliche Befragungen die besondere Lebenswelt auf den ostpreußischen Gütern und Landschlössern zu dokumentieren, die 1945 ein jähes, folgenschweres Ende fand. Vertreter von Adelsfamilien aus allen Teilen Ostpreußens sind durch die Referenten, zum Beispiel zu ihren Wohnsitzen und deren Größe, Viehbestand, insbesondere Pferde und Herdbuchrinder, Kindheitserlebnissen, dem Alltagsleben, Hochzeiten, Taufen, Weihnachten, Ostern, Ernte und Erntedank befragt worden. Alle Befragten bekundeten, dass sie bevor sie noch richtig laufen konnten, bereits auf ein Pferd gesetzt wurden und reiten lernten. Ostpreußen war das Pferdeland. Aber auch Themen wie Stellung der Familie zur damaligen Politik, Flucht aus Ostpreußen wurden behandelt.

worden, vorgestellt wurden sieben von ihnen. Sie vermittelten den Teilnehmern einen äußerst interessanten und aufschlussreichen Einblick in ihr Leben, in eine Welt, die 1945 mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit Flucht und Vertreibung für immer verloren gegangen ist. Und wenn die letzten Zeitzeugen von uns gegangen sind, so ist mit diesem Zeitzeugenprojekt ein bleibendes Dokument geschaffen für nachfolgende Generationen.

Im Anschluss folgte eine rege Diskussion. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von Heinz Weißflog mit seinem Akkordeon.

Parallel zur Bearbeitung der Audiodateien wurden im Kulturzentrum Ostpreußen Informationen zu den adligen Wohnsitzen und Familien gesammelt und in einer 40-seitigen Broschüre zusammengefasst. Die interessantesten und aufschlussreichsten Passagen der Interviews wurden zusammengefasst und auf zwei CDs (à 70 Minuten) hinzugefügt und können bestellt werden beim Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de.

Uta Lüttich



FOTO: KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Adventsmarkt

Stuttgart – Sonnabend, 20. November, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat Stuttgart, Schlossstra-

ße 92, 70176 Stuttgart: Adventsmarkt, 2-G-Regeln. Die Bibliothek des Hauses der Heimat lädt an diesem Tag zur aktuellen Ausstellung „Arabica und Muckefuck. Kaffeegeschichten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer“, 10.30 bis 15.30 Uhr, ein.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Volkstrauertag

Ansbach – Sonnabend, 13. November, 14.30 Uhr, Waldfriedhof in Ansbach: traditionelles Gedenken zum Volkstrauertag.

Anschließend treffen wir uns um 16 Uhr in der Orangerie. Wir berichten von dem Landeskulturtag in Ellingen und beschließen unser Treffen mit einem Tilsiter-Käseessen.

Königsberger Klopse

Hof – Die Veranstaltung am 13. November beginnt bereits um 13 Uhr. Auf dem Speiseplan stehen Königsberger Klopse. Gäste sind herzlich willkommen.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Vorweihnachtsfeier

Hamburg – Mittwoch, 1. Dezember, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Vorweihnachtsfeier der Insterburger und Sensburger mit Liedern und Gedichten. Anmeldungen bei

Manfred Samel, unter Telefon (040) 587585 oder per E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

Adventstreffen

Hamburg – Dienstag, 30. November, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Bürgerhaus für Niendorf e.V., Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Treffen der Gruppe der Elchniederung zum gemeinsamen Nachmittag an geschmückter Kaffeetafel mit Geschichten aus der Heimat und Liedern zur Adventszeit. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner unter Telefon (040) 5226122.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Veranstaltungen abgesagt

Wetzlar – Alle Veranstaltungen für das Jahr 2021 sind abgesagt.

Treffen

Wiesbaden – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Treffen.

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Nachruf für Klaus Böttcher

Landesgruppe – Am 27. Oktober musste die Landesgruppe von einem außergewöhnlich treuen und hilfsbereiten Ostpreußen Abschied nehmen: Klaus Böttcher aus Crivitz wachte nach einer Operation nicht mehr aus der Narkose auf. Er wäre in Kürze 79 Jahre alt gewor-



Land der dunklen Wälder - war seine Heimat, die nach seinem Willen nie vergessen werden sollte.



Nach einem langen, erfüllten Leben in Treue zu seiner Heimat Ostpreußen, verstarb unser Ortsvorsitzender von Uetersen

Joachim Rudat

* 22. April 1931 † 19. Oktober 2021

Joachim Rudat hat viele Jahre hindurch seine Ortsgruppe in Uetersen mit sehr viel Engagement und Herzblut geleitet. Er verstand es nicht nur Mitglieder der LO, sondern auch viele andere Gäste für seine interessanten Veranstaltungen zu begeistern.

Herr Rudat war bis zu seinem Lebensende an vorderster heimatpolitischer und kultureller Front in seinem Ortsverband tätig. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorstand
Landesgruppe Schleswig-Holstein
Edmund Ferner
Dieter Wenskat Hans-Albert Eckloff

den. Klaus stammte aus Insterburg-Sprindt und fand vor etwa 20 Jahren den Weg zu den Landestreffen der Ostpreußen in MV.

Viele Male kam er mit in die Heimat. Am Umpspannwerk in Insterburg musste der Bus anhalten, Klaus stieg aus, ging auf die Knie und küsste die Heimateerde. Wenn wir im Mai fuhren, war Klaus der erste Anbader auf der Kurischen Nehrung bei Pillkopen. Seine Körperfülle isolierte ihn aber auch gut gegen das 14 Grad Celsius kalte Ostseewasser. Oder als Klaus 2014 das Sommerfest in Allenstein „aufmischte“. Nicht wegzudenken war sein Einsatz bei den Landestreffen der Ostpreußen in Rostock, Schwerin und Neubrandenburg sowie bei den Heimattreffen in Anklam. Selbst Nebel, Eis und Schnee waren für Klaus niemals Hinderungsgründe, sondern „denn erst recht“.

Bei der Einlasskontrolle durfte ihm niemand in die Quere kommen – auch wir nicht. Sein Markenzeichen waren sein Matrosenhemd und eine Kapitänsmütze aus Königsberg. Als einige Male ein



FOTO: LG MECKLENBURG-VORPOMMERN

Immer dabei: Klaus Böttcher am 21. Juni 2014 beim Sommerfest in Allenstein

Trakehner Pferd in die Veranstaltungshalle geführt wurde, war das natürlich eine Sache für Klaus. Er fühlte sich immer für alles mitverantwortlich und beließ es nicht bei Worten. Eine große Freundschaft verband Klaus mit dem russischen

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Kant-Chor Gumbinnen. 2019 brachten sie ihm eine maßgeschneiderte russische Tracht aus der Heimat mit. Episoden mit Klaus gab es ohne Ende – er war ein richtiges Original und ostpreussisches Urgestein mit allen Stärken und Schwächen. Ohne ihn werden unsere Treffen nicht mehr so sein wie früher. Seine Landsleute und unzählige Freunde trauern um ihn. Zurück bleibt aber auch ein Schmunzeln.

Manfred Schukat, Friedhelm Schülke

Gedenkstätte für die ostdeutschen Landsmannschaften, gut zu erreichen über den Eingang Mitte/Friedhofstraße. Geplant ist eine Kranzniederlegung mit einer Andacht durch einen Geistlichen, begleitet durch einen Posaunenquartett. Bei rechtzeitiger Anmeldung ist ein Pkw-Transfer von der Straßenbahn Endstation Sennefriedhof ab 13.30 Uhr zum Friedhof möglich.

Info und Anmeldung unter Telefon (0521) 82026, (05202) 5584, (0176) 2201847. Selbstverständlich sind die aktuellen Corona Vorschriften (Mindestabstand) einzuhalten.

Treffen mit Reisebericht

Essen – Freitag, 19. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfsstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Ost- und Westpreußen mit Berichten und Bildern über Reisen zur Kurischen Nehrung.

Gedenkstunde

Viersen-Dülken – Sonntag, 21. November, 15 Uhr, Dülkener Friedhofshalle: Gedenkstunde, Schirmherr ist Landrat Andreas Coenen.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Jahreshauptversammlung

Bad Schwartau – Endlich konnte die OG Bad Schwartau am 28. Oktober zu ihrer diesjährigen Jahres-

hauptversammlung (JHV) in ihren gewohnten Räumen in der AWO-Begegnungsstätte zusammenkommen, nachdem die Stadt Bad Schwartau diese wieder freigegeben hat. 29 Teilnehmer konnte der Vorsitzende Axel Simanowski begrüßen, von denen 24 stimmberechtigt waren. Zunächst wurde bei Kaffee und Kuchen rege plachandert. Dann rief der Vorsitzende die Tagesordnung auf und ließ sich das Votum geben, dass die Einladung ordnungsgemäß ergangen ist und stellte fest, dass die Versammlung beschlussfähig ist. Seinen Jahresbericht konnte er kurzhalten, da wegen Covid-19 keine Veranstaltungen im Jahr 2020 stattgefunden haben. Der Idee des Vorstandes, zu Weihnachten 2020 die Mitglieder persönlich durch die Vorstandsmitglieder mit einem kleinen Präsent aufzusuchen, wurde mit viel Applaus gedankt. Auch die vielen informativen Rundschreiben unseres Vorsitzenden während der Coronazeit sind sehr gut angekommen.

Der Kassenbericht von unserer Schatzmeisterin Gisela Rowedder hatte wenig Ausgaben zu vermelden und so fiel auch der Prüfbericht positiv und kurz aus. Vom Mitglied Jürgen Köhler wurde sodann die Entlastung des gesamten Vorstandes beantragt. Die Abstimmung ergab eine 100-prozentige Zustimmung.

Durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Hans-Albert Eckloff, waren mit der Einladung Satzungsänderungen beantragt worden, die er selbst zur Beschlussfassung vortrug. Zunächst stellte er klar, dass die Ortsgruppe kein eingetragener Verein (e.V.) ist, dass die von 1949

stammende Satzung erst einmal geändert worden ist und nunmehr den heutigen Veränderungen in einigen Paragrafen angepasst werden sollte.

Folgende Beschlüsse wurden einstimmig gefasst:

1. zu § 5: Die alljährliche Jahreshauptversammlung ist im ersten Halbjahr des Jahres einzuberufen. Die JHV ist mit einer Frist von vier Wochen einzuberufen.

2. zu § 6: Der Gesamtvorstand wird von den Mitgliedern für alle drei Jahre gewählt.

3. zu § 8: Die Hauptversammlung wählt für die Dauer von drei Jahren zwei Kassenprüfer. Einer der beiden Kassenprüfer kann für weitere drei Jahre gewählt werden.

4. zu § 10 erhält folgende Fassung: Bei einer Auflösung des Vereins wird noch bestehendes Barvermögen als Spende an eine vom Vorstand zu bestimmende caritative Einrichtung für in Ostpreußen lebende und notleidende Landsleute beziehungsweise Minderheiten eingesetzt.

Nächster TOP war die Wahl des gesamten Vorstandes, der sich zur Wiederwahl bereiterklärt hatte. Als Wahlleiter wurde Manfred Lietzow, ein erfahrener Verwaltungsbeamter, einstimmig gewählt. Der Wahlleiter stellte fest, dass gegen eine Blockwahl keine Bedenken bestehen. Die Abstimmung ergab eine einstimmige Wiederwahl des amtierenden Vorstandes. Er dankte dem Vorstand für die bisherige Arbeit und wünschte für die Zukunft weiterhin viel Erfolg. Nachfolgend wurden noch zwei Kassenprüfer gewählt.

Der geschäftsführende Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender: Axel Simanowski, stellvertretender Vorsitzender: Hans-Albert Eckloff, Schatzmeisterin: Gisela Rowedder.

Als Beisitzer wurden gewählt: Claus Seifert, Ursula Birnath, Brigitte Neumann und Reni Rosenfeld. Als Kassenprüfer wurden gewählt: Jürgen Köhler und Gerd Tralau.

Nach einer kurzen Pause hatte unser Vorsitzender einen neueren Ton-Film über Masuren aufgelegt, der die wunderschöne Landschaft, die kleinen und großen Seen, die Staken-Boote auf der Kruttinna, verträumte Ortschaften entlang der Ostgrenze, wo die Zeit stehen geblieben zu sein schien, die touristischen Hochburgen Nikolaiken, Sensburg, Lyck, Allenstein und Bilder aus vergangenen Zeiten, zeigte. Ein Film, der alle begeistert hat und viele Erinnerungen von früher, aber auch an Reisen nach Ostpreußen wachwerden ließ.

Hans-Albert Eckloff

Ankündigung der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Sonntag, 14. November, 11.30 Uhr, Kapelle Friedenshügel: Veranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. zum Volkstrauertag, zur Ehrung unserer Verstorbenen und Gefallenen. Die Teilnahme unserer Mitglieder ist gerne gesehen.

Sonntag, 21. November, 14.45 Uhr, Kapelle Friedenshügel: Gottesdienst zum Totensonntag mit Pastorin Wiek, dem Organisten Sven Rösch und dem Bläserchor unter Leitung von Jens Wischmeyer. Anschließend gehen

wir zum Ehrenhain zur Kranzniederlegung. Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange hat ihre Teilnahme angekündigt.

Musik

Die Sängerin Conny Kanik hat das **Ostpreußenlied neu vertont**. Zum 95. Geburtstag ihrer Insterburger Großmutter begab sich Kanik auf die Suche nach einer Möglichkeit, das Ostpreußenlied des Komponisten Herbert Brust mit dem Text von Erich Hannighofer zu vertonen. So entstand ein wunderschönes Video, das auf dem YouTube-Kanal von Conny Kanik anzuschauen ist, Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=p5lXbB29a0k>

Dabei dankt sie dem Förderverein Kulturzentrum Ostpreußen e.V. in Ellingen, insbesondere Ralf Loos, sowie dem Bildarchiv Ostpreußen für die Zurverfügungstellung des Fotomaterials für dieses Video.

Die Musik ist auch auf CD erhältlich mit insgesamt drei Versionen des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“; neben der gesungenen Version sind auch eine Instrumental- und eine Karaoke Version zu hören.

PAZ

Volkstrauertag

Bielefeld – Sonntag, 14. November, 14 Uhr, Sennefriedhof Bielefeld: Gedenkveranstaltung am Volkstrauertag. Die vereinigte Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen Bielefeld möchte alle Landsleute und Freunde Ostpreußens sowie alle deutschen Vertriebenen Vereine zur Gedenkstunde auf den Sennefriedhof in Bielefeld einladen. Treffpunkt ist das Kreuz der

Rätsel

Maßeinteilung an Messgeräten	Gebiet eines Erdteils	jap. Blumensteckkunst	untermauern, bekräftigen	spanische Anrede: Herr	Nichtsköner, Pluscher	Wettkampf im Radsport	Körperteil zw. Kopf und Rumpf	vorzugsweise	westgermanischer Stamm	griechischer Kriegsgott	Plattfisch	spanischer Fluss	Spielfläche im Theater
Pflege, Bankrott			vergangen, verstrichen	ganz, vollständig			in einer Beziehung gebunden		frecher kleiner Junge				Musikstück für zwei Sänger
Hasenlager (Jägersprache)		Stadtteil von Hamburg						Vorgehen, Verfahren					
			amerik. Komiker, Regisseur (Woody)	geflügelte Kindergestalt, Amorette		musikalischer Begriff	Atemluftfontäne der Wale			Staat in Nahost		brüchig, aufgesprungen	
islam. Hauptheiligtum	Gemahlin Lohengrins	türischer Mensch		lateinisch: Mutter; Matriz			nordischer Hirsch, Eich		sich täuschen				
Entgegennahme, Empfang			Lebenserinnerungen						Teil der Geige, Gitarre				
		Abkürzung für zum Exempel	unversehrt, heil			Gebäude im Zoo	wütende Frau	britischer Sagenkönig			ältester nachweisbarer Vorfahr		eine der Ostfriesischen Inseln
kurze Unterhose (engl.)	Scheitelpunkt				Kfz-Zeichen Uetzen	unbestimmter Artikel						feigen, mit dem Besen reinigen	
ugs.: verschwendersch umgehen				dt. Fußballtorwart (Manuel)			sehr angetan, beglückt	Düngemittel, Pflanzennährstoff	Heidekraut; Frauenname				
								männlicher Nachkomme	Unzufriedenheit äußern				
	Kämpfer	Glockenblumengewächs	ital. Geigenbauerfamilie	sächsische Stadt an der Elbe						Himmelswesen		asiatischer Halbeseel	
	bellend								Ballade von Bürger				
					Sand-, Schneeanhäufung	Internet, WWW (Kurzwort)	niedrig, nichts			Fremdwortteil: neu (griech.)			
	Grundstoffteilchen	Gefühlsleben		Aufständischer				Trinkgefäß	Seevogeldünger				
	genau entsprechend, gemäß						fleißig, unendlich		Verfasser	Laubbaum		Nahgerät	
								unartikuliert sprechen					englische Grafenschaft
	Freundin; Angebetete	getrocknetes Gras	Windschattenseite e. Schiffs	Katzenschrei					Nachbarstaat des Iran				französisches Adelsprädikat
	ohne geringste Anstrengung	Klage lied						regeln; sortieren					
	sagenhafte Insel im hohen Norden												

Schüttelrätsel

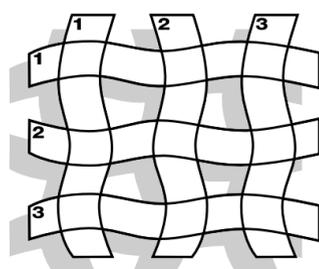
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABEE GHNW	ABER	AAEGV	AEMN	HNORT	ABLO	EILM	AEGR
AABRS				AMO			
EENR TT		GILL MO					
					AEL		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Zahlung, Abgabe.

1	KINO							HEFT
2	HAND							NETZ
3	SALZ							RECHT
4	GRAU							ROT
5	FRISCH							SAFT
6	GELD							IDEE
7	GLAS							HAUFEN



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 wegen, aufgrund
- 2 geräuschvoll
- 3 Fibel, Schmuckspanne

Heimatkreisgemeinschaften

Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@dom-kom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Am-selstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de



Ilse Thomann

1936 in Heiligenbeil geboren, verlebte sie dort unvergessliche Kinderjahre, die ihr ganzes Leben prägten. Sie war Ostpreuße mit Leib und Seele und immer eng mit ihrer Heimatstadt verbunden.

Am 25. September konnte sie noch ihren 85. Geburtstag begehen.

Ilse wird uns allen fehlen. Sie bleibt unvergessen und in unseren Herzen. *Viola Reyentanz im Namen des Vorstandes*

Wehlau

Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Nachruf Joachim Rudat

Im Heimatbrief 105 konnten wir Joachim Rudat noch zu seinem 90. Geburtstag gratulieren, den er in diesem Jahr am 27. April feierte.

Jetzt hat uns die traurige Nachricht erreicht, dass er am 10. Oktober gestorben ist. Seinen Angehörigen gilt unsere aufrichtige Anteilnahme und unser Mitgefühl, aber auch ein letztes Dankeschön für die gezeigte langjährige Treue zu Ostpreußen und die für die Kreisgemeinschaft Wehlau geleistete Arbeit.

Rudat war Ehrenmitglied der Kreisgemeinschaft Wehlau, in den Jahren 1987 bis 2006 1. Vorsitzender und Kreisvertreter unseres Heimatkreises. In diese Zeit fiel das Wiedersehen mit Ostpreußen nach 45 Jahren der Absperrung. Darüber hinaus war er im Förderverein des Ostpreußischen Jagdmuseums und der Ostpreußischen Kulturstiftung tätig.

Wir werden Rudat noch lange in guter Erinnerung behalten, in unseren Archiven ist sein Wirken dokumentiert. Er hat sich um seine Heimat Ostpreußen und um die Kreisgemeinschaft Wehlau verdient gemacht, wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Wehlau e.V.
Uwe Koch, Ingrid Eigenbrod und Gerd Gohlke



Joachim Rudat Foto: KG Wehlau

Ilse Thomann gestorben

In großer Trauer geben wir bekannt, dass Ilse Thomann am 28. Oktober verstorben ist.

Sie war seit längerer Zeit krank, ließ sich jedoch von ihrer Krankheit nicht bezwingen und arbeitete weiter im Vorstand unserer Kreisgemeinschaft und als Verantwortliche für unser Bildarchiv.

Erst seit den diesjährigen Wahlen im September kandidierte sie nicht mehr als Vorstandsmitglied und konnte das erste Mal seit Jahrzehnten nicht an unserem Kreistreffen teilnehmen.

Alle Landsleute kannten Ilse als freundliche sympathische Frau, die jedoch genau wusste, was sie wollte. Ihre Meinung zählte und war immer geprägt von ihrer Liebe zu Ostpreußen.

Für ihre Arbeit wurde sie mit zahlreichen Auszeichnungen der Kreisgemeinschaft und der Landsmannschaft Ostpreußen geehrt.

Kulturzentrum Ostpreußen

Wer heute die idyllisch an der Alle gelegene Stadt Heilsberg in Ostpreußen besucht, spürt deutlich, warum sie die „Krone des Ermlandes“ genannt wird. Zahlreiche historische Bauten, darunter das Schloss, beeindruckten den Besucher.

Bereits vor einigen Jahren erarbeitete das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen eine moderne zweisprachige Ausstellung, welche die Heilsberger Stadtgeschichte von der Besiedelung bis zum 20. Jahrhundert anschaulich und reich illustriert darstellt. Nunmehr wurde es mit Unterstützung des Vereins der Deutschen Minderheit in Heilsberg und gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, über den Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen möglich, den Inhalt dieser Ausstellung als Publikation einem breiten Publikum anzubieten. Damit wird der Reihe der ostpreußischen Stadtgeschichten ein neues, wichtiges Kapitel hinzugefügt.

Das auf hochwertigem Kunstdruckpapier erstellte 28-seitige DIN A4-Kleinformat der in Heilsberg gezeigten großen zweisprachigen Ausstellungstafeln ist in zwei große Kapitel eingeteilt. Der erste Teil umfasst die wichtigsten Punkte der Stadtgeschichte, beginnend mit der 1230 ersten im altpreußischen Gau Warmian an der mittleren Alle nachgewiesenen Festung, die Lecbarg, Licbark oder Locbanga genannt wurde. Der Zeitstrahl führt über den ersten Bischof von Ermland Anselm, der 1260 an dieser Stelle ein Kastell errichtete, über die Verleihung des Stadtwappens im Jahre 1320, den mehrjährigen Aufenthalt von Nikolaus Kopernikus ab 1506, die Besetzung durch die Russen im 1756 beginnenden Siebenjährigen Krieg, die Verlegung der Bischofsresidenz nach Frauenburg 1836, mehreren weiteren Kriegshandlungen und die Errichtung einer ersten Eisenbahnverbindung nach Heilsberg 1899 bis hin zum Einmarsch der Roten Armee

1945. Eine Tabelle listet alle Fürstbischöfe und Bischöfe des Ermlandes auf, ergänzt durch weitere Persönlichkeiten, die wesentlichen Einfluss auf die Stadtgeschichte hatten.

Der zweite Teil des Heftes unter dem Untertitel „Spaziergang durch das alte Heilsberg“ zeigt teils bisher unveröffentlichte Archivaufnahmen. Gemälde von alten Stadtansichten, Luftaufnahmen aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, Details des Schlosses vor und nach Abschluss der Renovierungsarbeiten 1927, Bilder des Marktplatzes, der katholischen Pfarrkirche St. Peter und Paul sowie Blicke in die Straßen der damaligen Zeit sind eindrucksvolle Zeugen der stückweise nicht mehr vorhandenen Schönheiten der Vergangenheit. Dazu gibt es Farbfotos weiterer Baudenkmäler der Stadt Heilsberg, darunter vom Hohen Tor, der evangelische Kirche, der Orangerie des Fürstbischofs Ignatz Krasicki aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Abgerundet wird dieser Spaziergang mit Bildern vom Ufer der Alle.

Das Heft „Heilsberg – Krone und Perle des Ermlands“ kann vom Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von 3,50 Euro zuzüglich Porto und Versandkosten bezogen werden. Weitere Informationen gibt es auch im Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de. mf



Ein schöner Brauch.

Weihnachtsgrüße mit einer Anzeige.

29.11. Annahmeschluss!

Preußische Allgemeine

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige [Formular] **Große Grußanzeige**

Ihr Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 E-Mail: anzeigen@paz.de
 Fax an: 040/41 40 08 50

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Über die Europastadt kommen die Stolpersteine

Ost-Görlitz erinnert sich anderer Opfer und damit auch seiner selbst

VON CHRIS W. WAGNER

Es dämmt bereits, als eine große Gruppe am Gehsteig der ul. Kościuszki in Ost-Görlitz [Zgorzelec] einen Kreis bildet. Ein lautes Stromaggregat sorgt für Scheinwerferlicht. „Was ist hier passiert?“, fragt eine besorgte Passantin, als sie inmitten des Kreises einen Mann mit dem Gesicht zum Gebäude knien sieht. Es ist Gunter Demning, der dabei ist, drei Stolpersteine zu verlegen, die ersten im östlichen Teil der Europastadt Görlitz an der Neiße. „Das Einsetzen selber kann ich im Dunkeln. Mache ich aber nicht wieder, lasse mich nicht mehr darauf ein“, sagt der Ideengeber der Stolpersteine. Dabei ist das Verlegen der Steine in der Republik Polen eine Seltenheit für den Künstler. „Sehr oft war ich ja noch nicht in der Republik Polen. Es ist immer noch recht schwierig, weil es hier so eine komische Institution gibt, die sich für Denkmale zuständig fühlt, und die kommt mit den Steinen irgendwie nicht zurecht“, bedauert Demning.

Seit 2008 gibt es Stolpersteine in der Republik Polen

Den ersten Stolperstein in der Republik Polen hat er 2008 in Breslau gelegt. Als er mit 50 weiteren im Gepäck nach Warschau reiste, war anfangs noch alles klar. „Daten waren klar, auch die Orte waren klar, dann kam plötzlich noch die Aufforderung nach einer technischen Zeichnung, wie die Steine eingesetzt werden. So habe ich drei Zeichnungen gefertigt, also Asphalt, Steine, Kleinpflaster – hingeschickt. Als Antwort kam zurück: ‚Wir brauchen jetzt noch ein geodätisches Gutachten und ein architektonisches Gutachten‘. Na ja, damit war das Projekt gestorben. Doch meistens klappt das dann gut, wenn Angehörige sich drum kümmern und mit dem Bürgermeister reden“, sagt der Künstler.



Rührender Moment für Lauren Leiderman – Stolpersteine für Max, Helene und Eva Goldberg. V. l.: Daniel Breutmann, Bürgermeister Rafal Gronicz und der Übersetzer

Foto: Chris W. Wagner

Nicht eine Angehörige, sondern die US-Amerikanerin und seit fast zwei Jahren Neu-Görlitzerin Lauren Leiderman hat das polnische Rathaus der Neißestadt vor einem Jahr via E-Mail kontaktiert. „Sie schrieb, dass sie am Haus Nummer 10 in der einstigen Courbièrestraße [ul. Kościuszki] einen Blumenstrauß, drei Kerzen mit Namen und eine laminierte Information zu den Personen hinterlegt“, berichtet Rathaus-Pressesprecherin Renata Burdosz. „Der Bürgermeister rief mich am selben Abend an mit der Frage

an, wer in der ul. Kościuszki 10 gewohnt hat“, so Burdosz.

Leiderman konnte den Bürgermeister für die Sache gewinnen, und beide starteten eine Aufklärungsarbeit. Burdosz trommelte die Einwohner des Hauses Nr. 10 zusammen und schilderte die Geschichte von Max Goldberg, seiner Frau Helene und ihrer Tochter Eva, die 1938 vor den Nationalsozialisten aus Görlitz fliehen konnten, und auch, dass die kleine Eva ein Poesiealbum führte, dank dem Leiderman viele Schicksale jüdischer

Görlitzer rekonstruieren konnte. „Zudem hatte Lauren an unserem Europalyzeum darüber gesprochen, und heute bei der Steinverlegung habe ich die Lehrerin und einige Schülerinnen gesehen“, so Burdosz, die eine kleine polnischsprachige Ausstellung vor dem Haus organisiert hat. Diese informiert über das Schicksal der Familie Goldberg.

Der 22-jährige Piotr Wolczyk wohnt im Haus Nr. 10, hatte jedoch das Burdosz'sche Informationstreffen verpasst. „Ich arbeite lange und komme eigentlich

nur zum Schlafen nach Hause. Mir ist die Ausstellung aufgefallen, aber gelesen habe ich sie noch nicht. Ich werde es nachholen“, verspricht er.

Daniel Breutmann vom Bürgerbüro der Görlitzer Südstadt stand Leiderman bei der Stolpersteininitiative von Anfang an zur Seite. Für ihn ist es wichtig zu zeigen, dass die Geschichte nicht am westlichen Neißeufer endet. „Die Gesellschaft hat sich ja vor dem Kriegsende nicht in Ost und West geteilt. Natürlich sind wir heute in der Görlitzer Oststadt, im polnischen Zgorzelec, aber es ist eben auch ein Teil und diesem Teil wird sich angenom-

„Es ist ein Akt der historischen Gerechtigkeit diesen Menschen gegenüber, die hier einst lebten“

Rafał Gronicz
Bürgermeister

men“, freut sich Breutmann. Sich der Menschen anzunehmen, die einst am Ostufer der Neiße lebten, ist für Bürgermeister Rafał Gronicz selbstverständlich. „In dieser Region haben auch wir Polen unsere Geschichte anderswo. Und auch wir möchten, dass man unsere Geschichte pflegt. Wir wollen doch auch, dass man die Polen im Osten in Erinnerung hält, auch wenn es sie dort nicht mehr gibt. Es ist ein Akt der historischen Gerechtigkeit diesen Menschen gegenüber, die hier einst lebten“, so der polnische Bürgermeister. Chris W. Wagner

OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

„Den Dingen das Beiläufige nehmen“

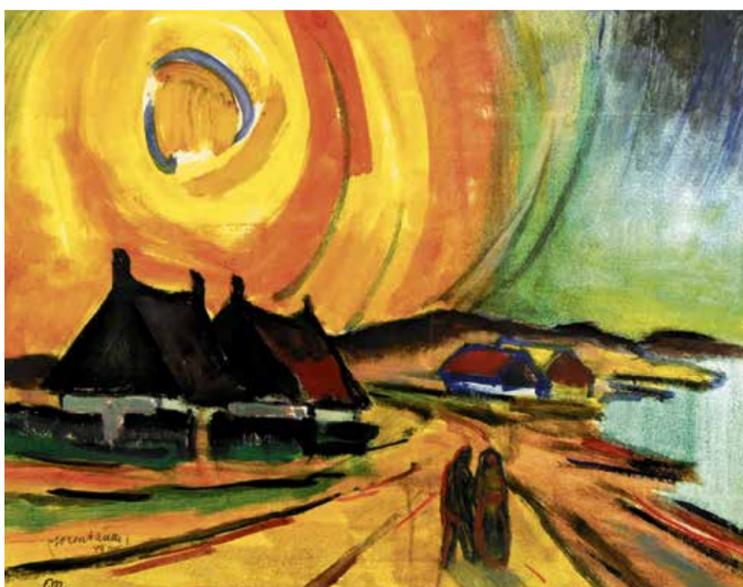
Die Sonderausstellung zu den expressionistischen Malern aus Ostpreußen wird am 19. November eröffnet

Der Expressionismus beginnt in Königsberg nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Er war für die aus dem Krieg heimgekehrten jüngeren Maler ein Weg, den gesellschaftlichen Aufbruch in der Bildenden Kunst umzusetzen.

Der Expressionismus zeugt von der damals herrschenden Freiheit des Denkens und des Schaffens, die den Künstlern den unmittelbaren Ausdruck ihrer eigenen inneren Gefühle ermöglichte, wodurch auch die Betrachter der Kunst emotional bewegt werden sollten.

Die neue Sonderausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums dokumentiert die Entwicklung des ostpreußischen Expressionismus bis in die 1960er Jahre. Sie zeigt rund 60 beeindruckende Werke wichtiger Maler des ostpreußischen Expressionismus wie Arthur Degner, Alexander Kolde, Karl Eulenstein, Ernst Mollenhauer und Eduard Bischoff.

Die jungen Maler fanden sich 1919 in der Vereinigung „Der Ring“ zusammen, die von Alexander Kolde gegründet wurde. 1920 kam mit Arthur Degner der erste und einzige Expressionist als Lehrer in die Königsberger Kunstakademie; dieser blieb bis 1925. Der zu den späten Expressionisten zu zählende Kreis an Künstlern



1948 mit Öl auf Pappe gemalt: Ernst Mollenhauers „Nehrungs-sonne“

Foto: OL

blieb in Königsberg sehr überschaubar. Der „Ring“ löste sich 1924 auf.

Die Nationalsozialisten beendeten 1936 mit ihrer Kunstpolitik die Entwicklung des ostpreußischen Expressionis-

mus. Sehr viele Arbeiten der ostpreußischen Expressionisten gingen durch den Krieg und seine Folgen verloren. Durch diesen Verlust hat die Kunstszene diese Künstler nicht im verdienten Maße wür-

digen können. Auch nach 1945 setzten einige Maler ihr Werk in expressionistischer Stilrichtung fort.

Die neue Sonderausstellung zeigt vom 20. November bis zum 27. Februar einzigartige Bilder in einer nie gesehenen Vollständigkeit, welche in Kraft und Farbe überraschen und eine Neuentdeckung dieser Künstler nahelegen.

Das Begleitprogramm umfasst unter anderem eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Museum erleben“ am 18. Januar und das Winterferienprogramm im Rahmen des museumspädagogischen Angebots im Januar. Weitere Informationen zum Begleitprogramm können der Website des Museums entnommen werden: www.ol-lg.de.

Die Ausstellungseröffnung am Freitag, 19. November, 18.30 Uhr, findet unter Berücksichtigung der 2G-Regel statt. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de ist im Vorfeld erforderlich.

Weitere Veranstaltungen des Ostpreußischen Landesmuseums:

Dienstag, 16. November, 14.30 Uhr: Der Architekt Friedrich Heitmann und die Königsberger Villenkolonie Amalienau. Vor-

trag im Rahmen der Reihe „Museum erleben“ mit Eike Eckert. 2021 jährte sich der 100. Todestag des für die ostpreußische Baugeschichte bedeutenden Architekten Friedrich „Fritz“ Heitmann (1853-1921). Er erbaute zwischen 1892 und 1914 viele katholische Kirchen in Ostpreußen, die der Zeit entsprechend vorzugsweise im Stil der Neogotik in Backsteinbauweise nach dem Vorbild mittelalterlicher Deutschordens-Architektur gehalten waren. Die Häuser in Amalienau haben die Zerstörung Königsbergs weitgehend überstanden und prägen noch heute das Stadtbild.

Dienstag, 16. November, 18.30 Uhr: Als Generalkonsulin in Gdańsk/Danzig. Vortrag von Cornelia Pieper. Pieper ist eine deutsche Politikerin und Diplomatin. Sie war von 2001 bis 2005 Generalsekretärin, von 2005 bis 2011 stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, von 1998 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages, von Oktober 2009 bis Dezember 2013 Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Seit 2014 wirkt sie als Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig. Veranstalter: Verein „Freunde Masurens e.V.“ und das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum. OL

HINTERPOMMERN

Treptow an der Rega

Viele Persönlichkeiten der Geschichte lebten hier und prägten die Stadt

VON ERWIN ROSENTHAL

An keinem anderen hinterpommerschen Fluss liegen mehr Städte als an der Rega. Es sind dies Labes, Schiefelbein, Regenwalde, Plathe, Greifenberg und Treptow. Wer großzügig ist, rechnet auch Naugard und Daber hinzu.

Im Mündungsbereich ist der Fluss geteilt. Die Alte Rega durchfließt den Kamper See, bevor sie beim Dorf Kolberger Deep in die Ostsee mündet. Die Neue Rega, ein künstlicher Flussarm, mündet beim Dörflein Treptower Deep in die Ostsee. Der zu Treptow gehörende Ort ist zugleich Fischerdorf und Badeort. Vor Zeiten gab es hier den Seehafen Regamünde. Treptow war Mitglied der Hanse.

In den Jahren 1924 bis 1935 lebte der deutsch-amerikanische Maler Lyonel Feininger in jedem Sommer mit seiner Familie in Deep, bevor er 1937 Deutschland verlassen musste. Er erhielt hier Anregungen für seine Arbeiten mit Motiven vom Strand, dem Meer und der Schifffahrt.

Zur Stadt war das kleine Landstädtchen Treptow, das 1939 etwa zehntausend Einwohner hatte, im Jahre 1277 erhoben worden. Heute ist die Ansiedlung, die von drei Seiten vom Fluss eingeschlossen wird, das getreue Abbild einer hinterpommerschen Kleinstadt. Die einst prosperierende, wohlhabende Stadt hinterlässt gegenwärtig jedoch eher einen ländlichen, etwas verschlafenen Eindruck.

Erhaltener Stadtkern

Besonders sehenswert ist der historische, fast mittelalterlich anmutende, gut erhaltene Stadtkern. Sein Zentrum bildet der quadratische Markt mit dem im Jahre 1701 im Barockstil erbauten Rathaus und den Bürgerhäusern. Die vier Stadttore wurden abgetragen. Von der im 14. Jahrhundert errichteten 2,5 Kilometer langen Stadtmauer sind hingegen große Teile, darunter der 14 Meter hohe Pulverturm, erhalten geblieben. Der Turm soll eine besondere Rolle im Streit zwischen Treptow und Greifenberg um die freie Schifffahrt auf der Rega gespielt haben.

Als Treptow damit begonnen hatte, von Greifenberger Schiffen Zoll einzufordern, verärgerte das die Kaufleute Greifenbergs. Der Konflikt eskalierte, als Treptow im Jahre 1449 versuchte, die Rega für alle aus dem Süden kommenden Schiffe zu sperren. In Treptow machte daraufhin die folgende Geschichte die Runde: Bei seiner Nachtwache, so heißt es, sei einem Treptower „Türmer“ oben vom Pulverturm eine Schüssel mit kochend heißer Grütze aus der Hand gefallen und auf den Köpfen der sich anschleichenden, angriffslustigen Greifenberger gelandet. Die Schmerzschreie der so Empfangenen weckten die ganze Stadt, worauf der Angriff abgewehrt werden konnte. Die Grütze hatte also die Stadt gerettet, der Turm hieß fortan Grützturm.

Bedeutendstes Bauwerk – Die Marienkirche

Das eindrucksvollste Gebäude der Stadt ist die im 14. und 15. Jahrhundert erbaute Marienkirche, eine dreischiffige Hallenkirche mit ihrem 90 Meter hohen Turm. Seine heutige Gestalt erhielt der Turm im Jahre 1864 durch den bekannten königlich-preußischen Baumeister Friedrich August Stüler. Das Gotteshaus, bis 1945 die evangelische Stadtpfarrkirche, ein bedeutendes Bauwerk der Backsteingotik, wurde nach dem Krieg zur katholischen Kirche umgewidmet.

Das klassizistische Schloss, am Mühlbach gelegen, ließ 1750 Herzog Friedrich Eugen von Württemberg auf dem Baugrund der früheren Burg der Greifen errichten. Hier empfing der Herzog seine Gäste, was der Stadt den Glanz einer kleinen Residenz einbrachte. Das Schloss war im Jahre 1754 das Geburtshaus seines Sohnes Friedrich Wilhelm Karl von Württemberg, des späteren ersten Königs von Württemberg.

1867 erblickte hier Elisabeth Wilhelmine Louise von Württemberg das Licht der Welt. Sie wurde die erste Gemahlin des späteren Kaisers Franz II., des letzten



Die Marienkirche wurde nach 1945 zur katholischen Kirche umgewidmet. Von der ursprünglichen Ausstattung existiert kaum etwas

Fotos (2): Rosenthal

Kaisers des Heiligen Römischen Reiches, der 1804 das Kaisertum Österreich begründete. Ebenfalls in der Treptower Residenz der Württemberger lebte längere Zeit die 1859 in Stettin geborene Prinzessin von Württemberg, Sophie Dorothee Auguste Luise. Sie wurde im Jahre 1796 als zweite Ehefrau des russischen Zaren Paul I. unter dem Namen Maria Fjodorowna Zarin von Russland. Zwei ihrer Kinder trugen ebenfalls die Zarenkrone (Alexander I. und Nikolaus I.). Von 1807 bis 1811 lebte Blücher in dem vornehmen Palast.

Während der Reformation spielte Treptow eine bedeutende Rolle im religiösen Leben Pommerns. Im geschichtsträchtigsten Gebäude der Stadt, der Kapelle des Heiligen Geistes, beschloss der pommersche Landtag im Jahre 1534 auf Veranlassung der Herzöge Barnim IX. von Pommern-Stettin und Philipp I. von Pommern-Wolgast die Einführung der lutherischen Lehre. Ein Jahr später veröffentlichte der pommersche Reformator Johannes Bugenhagen, der in Treptow die Reformation vorbereitet hatte, die erste

lutherische Kirchenordnung für das Land. Dies gilt als Geburtsstunde der Pommerschen Landeskirchen.

Bereits seit dem Herbst 1504 hatte Bugenhagen in Treptow mit großem Erfolg als Rektor der Stadtschule, wo er Latein unterrichtete, kirchlicher Notar, Priester und ab 1517 auch theologischer Lehrer am Prämonstratenser-Konvent Belbuck gewirkt. Die Stadtschule war unter seiner Leitung weit über die Grenzen Pommerns hinaus bekannt geworden.

Es ist nicht leicht, im heutigen Trzebiatów Spuren Bugenhagens zu finden. Niemand der im Oktober 2021 befragten Stadtbewohner kannte den pommerschen Reformator. Das verwundert nicht, wenn die Reformation in Pommern lediglich als Beschlagnahme von Kirchen- und Klostergütern und die faktische Liquidierung der katholischen Kirche im Herzogtum gesehen wird. Nachzulesen ist das in einem von der Stadt herausgegebenen Falblatt für Touristen. Luther und unser „Doctor Pomeranus“ (Bugenhagen) werden hier gründlich fehlinterpretiert.



Das historische Rathaus, erbaut 1701, an dem quadratisch angelegten Markt. Die Altstadt wurde jedoch rechteckig angelegt und ist gut erhalten

TIERISCHES IN VORPOMMERN

Was macht der Wal in der Greifswalder Marienkirche?

Verirrter Wal fand in dem Werk „Historia animalium“ von Conrad Gessner Beachtung

Wer als Fremder die Greifswalder Marienkirche besucht, rechnet nicht damit einem Wal zu begegnen, wenn auch nur als Wandbild, aber immerhin in naturgetreuer Abmessung von über sieben Meter Länge. Das Fresko aus dem 16. Jahrhundert befindet sich in der nördlichen Turmseitenhalle. Es erinnert an die Strandung eines Schwertwals am 30. März 1545 im Greifswalder Bodden. Die Art wird wegen ihrer rabiaten Jagdweise auch Killerwal genannt. Der Name Orca ist ebenfalls üblich. Vermutlich war der vor allem im nördlichen Pazifik und Atlantik beheimatete Meeressäuger infolge einer Sturmflut in den eigentlich flachen Bodden geraten.

Als der Pegel sich normalisierte, schwamm sich der Wal – dem Bildnis nach handelt es sich um einen Bullen – vor dem Fischerdorf Wieck fest. Möglich aber auch, dass er einem Heringsschwarm bis ins seichte Wasser gefolgt war. Fischer und Bauern töteten und schlachteten das hilflose Tier jedenfalls. Wie aus Berichten hervorgeht, soll ein in tieferem Grund schwimmendes Weibchen noch lange nach seinem Gefährten gerufen haben. Schließlich sei die Klage verstummt.

Die Nachricht von der Strandung des Wals verbreitete sich alsbald im deutschen Sprachraum und darüber hinaus. Für den bekannten Schweizer Gelehrten Conrad Gessner (1516–1565) ein Anlass, in seinem vierbändigen Werk „Historia animalium“ darüber zu berichten.

Die Greifswalder standen indes lange Zeit unter dem Eindruck des Ereignisses und erkannten darin Zeichen Gottes. Immerhin hatte der Prophet Jona, nachdem er während eines fürchterlichen Sturmes über Bord gegangen war, drei Tage und Nächte im Bauch eines Wals zugebracht.

Das Tier spie ihn dann unverseht aus, sodass der aus Sturmesnot gerettete Jona seinen Auftrag, der Stadt Ninive eine göttliche Botschaft zu verkünden, erfüllen konnte. Es verwundert sodann nicht, dass

Die 1260 errichtete Marienkirche (oben), die dicke Marie, wie sie auch genannt wird, prägt neben anderen historischen Bauwerken das Bild der Greifswalder Innenstadt. Was manch einer nicht ahnt: In der Kirche erinnert ein Fresko an eine unerhörte Begebenheit aus der Tierwelt



die Greifswalder auch in ihrem Dom St. Nikolai ein Walfresko anfertigen ließen, das wahrscheinlich ebenfalls im Zusammenhang mit der Strandung vom 30. März 1545 steht. In späteren Zeiten ist es mehrfach übertüncht worden, wodurch es in Vergessenheit geriet. 2009 entdeckten Restauratoren jedoch Fragmente des alten Bildnisses.

Großwale verirrteten sich in die südliche Ostsee auch später immer wieder einmal. So zeigt das Museum für Meereskunde und Fischerei in Stralsund das Skelett eines 16 Meter langen Finnwals, der 1825 tot vor der Insel Rügen entdeckt wurde. Einer Sensation gleich kam auch der Fund eines 15 Meter langen Finnwals, der 1899 an der pommerschen Küste vor Dievenow angetrieben worden war.

Am 30. März 1545 strandete ein über sieben Meter langer Schwertwal im Greifswalder Bodden unweit des zur Stadt gehörenden einstigen Fischerdorfs Wieck. Eine unverhoffte Entdeckung auch für diese Besucher der Greifswalder Marienkirche (unten)

Fotos (2): Engel

Der Hotelbesitzer Steffen im benachbarten Cammin soll seine Herberge daraufhin in „Hotel zum Walfisch“ umbenannt haben. In jüngerer Zeit machten hingegen häufiger verirrte Buckelwale von sich reden. Im August 1978 etwa tauchte ein zehn Meter großes Exemplar immer wieder vor der Insel Rügen auf. 30 Jahre später war es dann zur Freude der Sommerurlauber ein zwölf Meter langes Tier. Im August 2016 kollidierte ein Buckelwal im Greifswalder Bodden gar mit einem Segelboot.

Die lediglich bis eineinhalb Meter lang werdenden Schweinswale, die einzige in der Ostsee heimische Walart, wird indes recht regelmäßig beobachtet. K.-H. Engel

● **Info** Im August konnten die erstaunten Besucher der St. Nikolai-Kirche Greifswald eine lebensgroße 14 Meter lange Walskulptur bewundern. Sie wurde von dem israelischen Künstler Ghil Shachar gefertigt. Die Idee, sie hier auszustellen geht mit Sicherheit auch auf das Ereignis von 1545 zurück. Das war eine Aktion der Stiftung Kunst und Gesellschaft und sollte für Resonanzen sorgen.

„Mehrheit der Bevölkerung wird geschulmeister“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich freue mich immer auf die nächste Ausgabe der PAZ, zurzeit besonders zum politischen Geschehen in unserem Lande“

Gisela Löffelmacher, Flensburg



Ausgabe Nr. 43

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN RUF GEGEN UNSERE KULTUR
ZU: WENN IN DER DOMSTADT DER MUEZZIN RUFT (NR. 43)

Alle Muslime sind verpflichtet, ihr Denken und Handeln nach dem Koran auszurichten. Mit dem feindseligen Muezzinruf wird der Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch des Islam gegenüber allen anderen Religionen und Kulturen verkündet. Der Islam bezeichnet in vielen Suren alle, die sich zu einer anderen Religion bekennen, als „Kuffar“ (Lebensunwürdige), die nach Sure 7 Vers 179 und 8/55 ohnehin weniger wert sind als Vieh.

Wenn die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker das Glockenläuten mit dem Muezzinruf gleichstellt, enthüllt das in erschreckender Weise ihre Inkompetenz durch Unwissen über den Islam. Vermutlich kennen weder sie noch die Kölner Bürger den Text des Gebetes, der auch einen Affront gegen die Religionsfreiheit und die Völkerverständigung darstellt. Die fundamentalistischen Islamverbände vertreten den politischen Islam, der das Ziel verfolgt, „Ungläubige“ zu bekämpfen, „bis kein Bürgerkrieg mehr ist und bis alles an Allah glaubt“ (Sure 39/40).

Offensichtlich hat sich Frau Reker noch nicht mit dem Koran befasst, was in ihrer Position unverantwortlich wäre. Wenn sie ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt betont, muss sie etwas gründlich missverstanden haben. Die leichtfertige Zusage zum Muezzinruf (neben den schon vielen zugestandenem schariakonformen Privilegien zulasten unseres Grundgesetzes) bedeutet eine weitere tiefgreifende Schwächung unserer christlich-abendländischen Identität und Kultur. *Gisela Reckl, Eitord*

WICHTIGE GLOCKENFUNKTION
ZU: WENN IN DER DOMSTADT DER MUEZZIN RUFT (NR. 43)

Zum Glockenläuten sei hinzugefügt, dass es früher bei uns vor allem und notwendig dazu diente, die Bevölkerung von Stadt und Land auf die Uhrzeit hinzuweisen,

denn damals trug noch niemand eine Armbanduhr.

Arthur Schanz, Overijse/Belgien

DUMM, ABER GEFÄHRLICH
ZU: DUMM, ABER GLÜCKLICH (NR. 42)

Wieder einmal treffend war der Wochenrückblick „Dumm, aber glücklich“. Die Überschrift sollte jedoch lauten „Dumm, aber gefährlich“.

Gefährlich für den normalen Durchschnittsbürger, der seiner Arbeit nachgeht und versucht, sich einen moderaten Wohlstand eben dadurch zu erschaffen. Dieser, der weder in der öffentlichen Darstellung der Presse noch etwa in der Werbung genannt oder gezeigt wird, ist doch das Rückgrat der Gesellschaft.

An dessen Stelle sind Jugendliche und junge Erwachsene getreten, die in einer nie zuvor gekannten moralisch und ideologisch aufgeladenen Überheblichkeit die Mehrheit der Bevölkerung schulmeister. Mangels Lebensleistung und Lebenserfahrung steht das diesen ständig Empörten und Protestierenden nicht zu. Leider werden die Parteien von solchen Leuten dominiert, oder sie lassen sich von diesen treiben, um „modern“ zu sein.

Vielleicht sollte die Bevölkerung wieder zeigen, dass nur diese, nicht die Parteien, die eigentliche Macht im Lande besitzt. Das hat schließlich 1989 auch geklappt, obwohl es zuvor für nahezu unmöglich gehalten wurde.

Peter Warnke, Greifswald

UNGEKLÄRTE SCHULDFRAGE
ZU: WENN DAS DIFFERENZIEREN ZUM WAGNIS WIRD (NR. 40)

Der Begriff „herrschende Sicht auf ein Kaiserreich“ impliziert, dass es sich dabei um eine übergeordnete Sichtweise, mithin um die Sicht eines Siegers handeln könnte, der vorgibt, wie man die Dinge zu sehen hat, und somit würde das „Differenzieren zu einem Wagnis werden“. Es

ist daher nicht verwunderlich, wenn Historiker zur Erlangung eines Hochschullehrauftrages ihre Seele für diese Tätigkeit „verkaufen“, insofern muss man deren Sichtweise als „dem Zeitgeist geschuldet“ betrachten.

Die historische Frage, wer den Ersten Weltkrieg begann, muss daher mit unparteilichem Augenmaß erfolgen, und hier scheiden zunächst alle Kriegsparteien aus. Es zählen nur die bekannten und messbaren Faktoren. Die unbekannt, nicht sichtbaren, werden auch noch heute von just den Kriegsparteien in Archiven verborgen gehalten, und wir werden auf deren Öffnung sicherlich noch weitere hundert Jahre warten müssen.

Diese Faktoren wären aber gerade für eine politische Neuordnung Europas als wesentlicher Bestandteil vonnöten gewesen. Stattdessen gab es nach dem Ersten Weltkrieg der Versailler Vertrag, der an ihrer Unerbittlichkeit und ihrem Betrugscharakter keinen Zweifel ließen.

Eine Beseitigung des preußischen Staatsgebildes hat sowohl Napoleon der I. als auch der III. letztlich erfolglos versucht, wobei festzuhalten ist, dass die jeweils treibende Gewalt von französischer Seite ausging. Die Folge der mit dem Sieg einhergehenden Reichsgründung Deutschlands prägte den Begriff der Erbfeindschaft zwischen beiden Ländern, wobei der deutsch-französische Friedensvertrag 1871 anerkannter Weise sehr moderate Züge trug.

Ein revanchistischer Gedanke entwickelte sich erst (nicht nur auf französischer Seite) mit dem sich bildenden modernen Sozialstaat Deutschlands. Viele Neider suchten bereits kurze Zeit nach der Reichsgründung nach Möglichkeiten, mittels eines Vorwandes zu intervenieren und diesen Erfolg zu unterbrechen.

In den Ersten Weltkrieg wurde Deutschland aufgrund der Bündnisverpflichtung zu Österreich mit hineingezogen. Von Historikenseite ist unbestritten, dass Deutschland als letztes Land mobil machte. Die Erkenntnis, dass man als Erster mobil machen muss, wenn man einen Krieg gewinnen will, setzt keine große

wehrtechnische Erkenntnis voraus. Wie war es möglich, die Alleinschuld-Lüge in den Versailler Vertrag festzuschreiben?

Wilhelm II., der anlässlich seines 25. Thronjubiläums noch als Friedenskaiser Lob und Anerkennung fand, setzte in der Vorkriegszeit keineswegs seine machtpolitischen Ansprüche über ein gesamteuropäisches Interesse. Vorwerfbar ist ihm in jener Zeit das Streben nach Kolonien. Die Folgen des jedem Völkerrecht widersprechenden Versailler Vertrages wirken bis in die heutige Zeit weltweit nach. Nur für Europa betrachtet ergibt sich aus diesem unseligen Vertragsinhalt, dass seit 1919 der Unrechtsgehalt hieraus niemals ehrlich aufgearbeitet worden ist.

Die Schaffung eines „Europas der Vaterländer“ oder der heutigen EU hätte zunächst eine differenzierte Aufarbeitung als gemeinschaftliche völkerrechtliche Basis unter gleichwertigen Partnern erforderlich gemacht. Weil das bis heute fehlt, beschleicht daher auch jedermann das Gefühl, dass die Alleinschuld-Frage durch die an Deutschland gestellten finanziellen Forderungen auf europäischer Basis bis in die Gegenwart andauernd fortwirkt. *Rudolf Neumann, Ahrensburg*

EIN SPIEL FÜR SPASSBREMSEN
ZU: KNUSPER, KNUSPER, KNÄUSCHEN ... (NR. 30)

Irgendwie ist es unserer aktuellen Pandemie-Verwaltung viel lieber, das „Endlos-Dauer-Pandemie-Spiel“ zu spielen, als dieses doofe Spielchen mit den Flutwellen. Mit dieser Pandemie haben die Pandemie-Verwalter doch schon einige Erfahrung. Falls doch nicht so ganz, dann tun diese Damen und Herren der Regierung wenigstens so, als wäre diese Erfahrung doch vorhanden und da.

Es reicht jetzt, dieses langweilige Arche-Noah-Spiel zu spielen, das eigentlich gar keiner so richtig spielen will, das ist nur ätzend; das ist doch nur ein Spiel für Spaßbremsen, auch wenn hin und da einer so richtig lauthals lachen sollte.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

ANZEIGE

Ihr Praxisratgeber zum Thema Auswandern:

• Richtig planen • Systematisch vorgehen • Fehler und Enttäuschungen vermeiden • Steuern sparen • Ortsunabhängige Einkommensquellen sichern

Exklusiv:
Die besten Länder für Ihr Leben in Freiheit!



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

■ Hohe Steuern, sinnlose Vorschriften, Orwell'sche Überwachung und bürokratische Behörden: Immer mehr Menschen flüchten aus Deutschland.

Holen Sie sich jetzt die Kontrolle über Ihr Leben zurück

Gefällt auch Ihnen der Gedanke, sich nicht länger von Politikern, die Sie mit Ihren Steuergeldern finanzieren, herumkommandieren und ausnehmen zu lassen? Dann sollten Sie unbedingt dieses Buch lesen! Norbert Bartl, einer der profundesten Auswanderungsexperten, gibt wertvolle Ratschläge, wie Sie sich ein neues Leben im Ausland Schritt für Schritt und leicht nachvollziehbar aufbauen können.

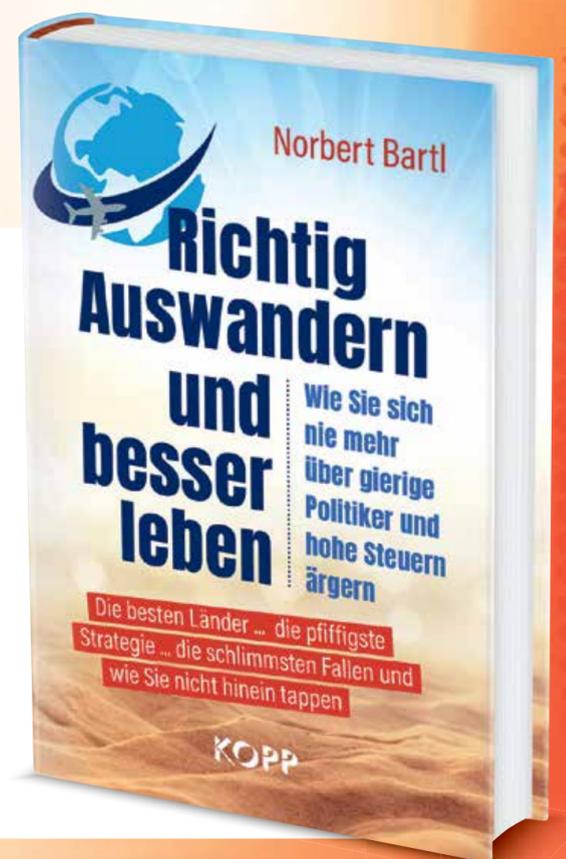
Die besten Tipps für ein freies und besseres Leben im Ausland!

Erfahren Sie, wie Sie Ihre Abreise in 12 Schritten richtig vorbereiten • warum Sie nur so wenig wie möglich mit ins Ausland nehmen sollten • wie Sie sich vom deutschen Finanzamt für immer verabschieden

• wie Sie in keinem Land der Welt jemals wieder steuerpflichtig werden • weshalb Sie sich im Ausland nie einen Job suchen sollten • wie Sie im Ausland zu guten und preiswerten Immobilien kommen • was Sie beim Auswandern mit Kindern unbedingt beachten sollten • wie der optimale Firmensitz im Ausland aussieht • wie Sie im Ausland problemlos Geld verdienen können • wie Sie preiswert zu einem Zweitpass kommen • was Sie unbedingt tun sollten, wenn Sie im neuen Leben angekommen sind • wie Sie Ihre finanzielle Freiheit im Ausland erlangen.

Norbert Bartl erklärt anschaulich und spannend, wie Sie das Auswandern vorbereiten, durchführen und was Sie im neuen Land alles beachten müssen. Er gibt unschätzbare Ratschläge, wie Sie Ihr Einkommen im Ausland verdoppeln, ohne dass Sie dafür mehr arbeiten müssen. Viele hilfreiche Checklisten machen das Buch noch wertvoller!

Norbert Bartl: Richtig Auswandern und besser leben • gebunden • 352 Seiten • Best.-Nr. 984 600 • 22.99 €



UMWELT

Rettet die Kastanie!

Der Laubbaum ist durch eine Motten- und eine Bakterienart gefährdet – Eine Herbstaktion durch Laubsammeln soll helfen

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Bis um 1990 galt die Gewöhnliche Rosskastanie (*Aesculus hippocastanum*) als ein weitgehend unproblematischer Park- und Straßenbaum, der kaum Krankheiten aufwies. Diese Baumart kommt im Wald nur vereinzelt vor, da sie nicht forstwirtschaftlich genutzt wird.

Seit Mitte der 90er Jahre aber leidet die Kastanie, genauer gesagt, die weißblühende Rosskastanie, unter dem Befall der Minierrmotte, einem winzigen, aus Ostasien über den Balkan eingeschleppten Pflanzenschädling. Um auf den notwendigen Schutz dieser Baumart aufmerksam zu machen, wurde die Kastanie 2005 zum Baum des Jahres gewählt. Aus demselben Grund erklärte die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald 2008 den 13. November zum „Rettet-die-Kastanie-Tag“.

Jährlich wird in einigen Städten und Gemeinden zu einer Laubsammelaktion am 14. November aufgerufen. Insbesondere richtet sich der Aufruf zum Mitmachen an Kindergartengruppen, Schulklassen und Vereine. Die verpuppten Larven der Minierrmotte überwintern im Laub der Rosskastanie. Entfernt man das Laub nicht, schlüpfen die Tiere, kriechen den Stamm hinauf und fressen sich durch die Blätter. Um das schöne Erscheinungsbild der laubtragenden Kastanien zu erhalten, muss der Befall der Minierrmotte durch das Laubsammeln möglichst eingedämmt und das gesammelte Laub verbrannt werden, da die Mottenlarven auch harte Winter überleben.

Befallene Bäume sind mitunter schon im Frühjahr an den bräunlich gepunkteten Blättern erkennbar. Bereits im Sommer verlieren viele Kastanien ihre ausgetrockneten und verwelkten Blätter. Zur Bekämpfung dieser und anderer, meist durch den internationalen Warenverkehr eingeschleppter Schadinsekten ohne spezialisierte Fressfeinde gibt es keine zugelassenen Pflanzenschutzmittel. Es werden jedoch Mottenfallen eingesetzt, die männliche Insekten mit Duftstoffen anlocken. Eine andere naturnahe Methode zur Bekämpfung der Minierrmotte sind



Eine frühere Werbung in Berlin für den Aktionstag: Kastanienlaub, in dem sich die Minierrmotte verbirgt, soll eingesammelt werden

Meisenkästen, um die Insektenfresser zum Nisten in den Kastanien zu bewegen.

Im städtischen Raum benötigen nicht nur die Kastanien, sondern alle Straßenbäume eine sorgfältige Standortpflege zur Stärkung der Vitalität durch Bewässerung, Nährstoffversorgung und Vermeidung von Stressfaktoren wie zu geringem Platz zum Wachsen. In diesem Jahr haben die Kastanien vielerorts weniger unter der Minierrmotte gelitten als in den vergangenen Jahren, da sich mehr Regentage und das kühle Frühjahr günstig auswirkten.

Die Minierrmotte kann die weißblühende Rosskastanie bei guter Pflege kaum zum Absterben bringen, ein anderer eingeschleppter Pflanzenschädling hingegen schon. Sowohl rot- als auch weißblühende Rosskastanien sind seit einigen Jahren durch ein Bakterium mit dem Namen *Pseudomonas syringae* pv. *Aesculi* gefährdet. Erstmals 2002 in den Niederlanden

festgestellt, breitete sich der Erreger schnell in ganz Europa aus. Blutende Stellen und Risse am Hauptstamm, Laubaufhellung und teilweise kleinere Blätter deuten auf einen Befall durch das Bakterium hin. Die Krankheit kann über Sekundärinfektionen mit verschiedenen Pilzarten zum Absterben des ganzen Baumes führen.

Nicht verwechseln mit Edelkastanie

Die Weltnaturschutzunion hat die Gewöhnliche Rosskastanie mittlerweile als „gefährdet“ eingestuft. Eine gute Nachricht des Hamburger Instituts für Baumpflege ist jedoch die Beobachtung, dass erkrankte Bäume neben befallsfreien Rosskastanien stehen. Daher wird vermutet, dass solche Bäume als Basis für eine Resistenzzüchtung in Frage kommen. Auch in den natürlichen Wildpopulationen wird nach resistenten Arten gesucht.

Norddeutschland ist von der neuen Baumkrankheit besonders betroffen. Möglicherweise stecken sich die Kastanien bereits in den Baumschulen mit dem Bakterium an. In den Niederlanden werden alle Alleebäume gefällt, selbst wenn nur wenige befallen sind. In Hamburg, wo die Krankheit sehr stark grassiert, wurde diese Möglichkeit ebenfalls diskutiert. Doch man entschied sich, die befallenen Bäume nur zu entfernen, sofern sie die Verkehrssicherheit beeinträchtigen.

Hamburg, die einst regenreichste Stadt Deutschlands, war in diesem Jahr laut dem Deutschen Wetterdienst der trockenste Ort Deutschlands. Auch die zu geringen Niederschläge in der Hansestadt seit mehr als einem Jahrzehnt machen den verbliebenen 6000 Rosskastanien zu schaffen. In Berlin wird diese Baumart nicht mehr angepflanzt, in München nur noch selten. Gern wird stattdessen die

Edel- oder Esskastanie (*Castanea sativa*) als Ersatz nachgepflanzt.

2018 wurde die Edelkastanie zum Baum des Jahres gewählt, eine in Deutschland eher seltene Baumart aus der Gruppe der Gehölze zur Fruchterzeugung. Obwohl der Name es vermuten lässt, haben Edel- und Rosskastanie wenig gemeinsam. Während erstere zur Familie der Buchengewächse (*Fagaceae*) gehört, bilden die Rosskastanien eine Unterfamilie in der Pflanzenfamilie der Seifenbaumgewächse (*Sapindaceae*).

Die Edelkastanie gedeiht auf warmen Standorten, ist anpassungsfähig und wärmeresistent. Sie wächst vor allem in den Weinanbaugebieten entlang des Rheins. Als Alleebaum kommt die Edelkastanie bis an den Niederrhein vor. In der Pfalz gibt es weitläufige Edelkastanienwälder sowie größere Vorkommen im Schwarzwald, Odenwald und Taunus. Beide Baumarten bringen im Herbst von stacheligen Kugeln umhüllte, mahagonibraune Nussfrüchte hervor, die Kastanien.

Mit den ungenießbaren Früchten der Rosskastanie basteln die Schulkinder im Herbst Figuren, während die Nussfrüchte der Edel- oder Esskastanie hierzulande wegen ihres reichen Gehalts an Mineral- und Nährstoffen vor allem in der Naturheilkunde Anwendung finden. Heiße Maronen kennt man von den Weihnachtsmärkten. Es sind die aromatischeren Früchte von weiter gezüchteten Sorten der normalen Edelkastanie, welche in Südeuropa schon vor Jahrtausenden als Nahrungsquelle und Holzlieferant kultiviert wurde.

Im Mittelalter forsteten die Klöster viele Berggebiete mit Edelkastanien auf. Besonders im Winter waren deren Früchte eine wichtige Nahrungsquelle, später wurden sie immer mehr zum Brot der Armen. Vor einigen Jahren begann in Frankreich und der Schweiz eine Renaissance der Esskastanie. Maronen werden roh, gekocht oder geröstet verzehrt oder als Mehl zum Brotbacken verwendet. Kenner schätzen den kulinarischen Genuss im Herbst. Wer nach Rezepten sucht, findet zahlreiche herbstliche Ideen für die Zubereitung von Esskastanien.

RAUMFAHRT

Die deutsche Nummer Zwölf im All

Traumberuf Astronaut – Mit Matthias Maurer hat die Internationale Raumstation wieder ein deutsches Besatzungsmitglied

Mehrmals musste der Start unter anderem wegen schlechter Wetterverhältnisse verschoben werden, doch noch in dieser Woche soll es endlich klappen. Mit dem Saarländer Matthias Maurer wird dann zum vierten Mal ein deutscher Astronaut zur Internationalen Raumstation (ISS) befördert. Da aber die US-Raumfahrtbehörde NASA ihr Space-Shuttle-Programm eingestellt hat, ist er der erste Deutsche, der mit einer Rakete des vom US-Milliardär Elon Musk gegründeten Privatunternehmens SpaceX zur ISS transportiert wird. Insgesamt ist Maurer der zwölfte Deutsche, der jemals ins All gestartet ist.

Doch wie und wo wird man eigentlich Astronaut?

Das Europäische Astronautenzentrum (EAC) in Köln lädt nur alle paar Jahre zur Ausbildung ein, da es nur über wenige Ausbildungsplätze verfügt und sich die Zahl der benötigten Raumfahrer stark in Grenzen hält. Da der Wunsch, Astronaut zu werden, größer ist als das Angebot, gleichen allein schon die Chancen, zur

Ausbildung zugelassen zu werden, einem Lottogewinn. Gute Aussichten, genommen zu werden, haben Interessenten, die nach dem Abitur ein technisches, medizi-

nisches oder naturwissenschaftliches Studium absolviert haben. Wer eine Ausbildung als Pilot vorweisen kann, kommt oft auch in die engere Wahl. Weitere Vor-

aussetzungen sind beste Gesundheit und sehr gute Englischkenntnisse. Auch die russische Sprache muss man können oder auf jeden Fall erlernen, denn Raumfahrer kommen aus verschiedenen Ländern und müssen sich dann perfekt untereinander verständigen können.

Weil das Leben in der ISS sehr beengt ist, muss man entsprechende Charaktereigenschaften mitbringen, um über einen längeren Zeitraum mit den Kollegen im All gut auskommen zu können. Streithammel werden also keine Chance haben, zur ISS zu reisen. Wer in Köln die vielen Auswahltests bestanden hat, muss im Anschluss einen dreijährigen Grundkurs absolvieren. Neben einem Einstieg in die Raumfahrttechnik wird der Betrieb der ISS simuliert. Und da es auf der Raumstation keinen Arzt gibt, erwirbt man zwingend auch medizinische Kenntnisse.

Nach dem ersten Jahr folgt der Kurs für Fortgeschrittene, wo viel Technisches gelehrt wird. Danach führt man verschiedene Besatzungsmitglieder zusammen,

die als Vorbereitung für eine Weltraummission an einer speziellen wissenschaftlichen Aufgabe arbeiten müssen. Wichtig ist, dass die zukünftigen Raumfahrer gut mit der Schwerelosigkeit zurechtkommen. Diese simuliert man in riesigen Wassertanks, in denen sich Modelle von Raumfahrzeugen befinden. Die Astronauten müssen dabei mit ihren Raumanzügen unter Wasser tauchen und erleben durch den Auftrieb des Wassers so etwas Ähnliches wie Schwerelosigkeit.

Wer wie Maurer ein halbes Jahr auf der ISS bleibt, muss sich bei der Rückkehr auf die Erde erst wieder an die Schwerkraft gewöhnen. Muskeln und Knochen haben sich durch die Schwerelosigkeit zurückgebildet und müssen neu trainiert werden. So erklären sich die Bilder, wenn glücklich gelandete Astronauten von Helfern aus ihrer Landekapsel getragen werden. Eigenes Gehen ist zunächst unmöglich. Wenn Maurer zurückkehrt, wird er ohnehin von einer Woge der Sympathie getragen werden. S. Friedrich/H. Tews



Jenseits von Himmel und Erde: Ein ISS-Astronaut beim Weltraumpaziergang

● FÜR SIE GELESEN

Eltern sind nun mal so

Kinder werden das Buch „Die ganze Wahrheit über deine Eltern. Warum sie wollen, dass du Gemüse isst, und alles andere“ lieben, denn es ist lustig. Das wie ein Comic aufgemachte Taschenbuch der französischen Kinderbuchautorin Françoise Boucher ist in zahlreichen Übersetzungen auf der Welt erschienen. Die Autorin hat selbst vier Kinder und weiß, welche Missverständnisse zwischen Eltern und Nachwuchs tagtäglich entstehen.

So versucht sie, Jungen und Mädchen kindgerechter zum Stöbern zu animieren, warum ihre Erzeuger sich so und nicht anders verhalten müssen, und wie man damit umgehen kann. Kinder empfinden ihre Eltern oft als peinlich oder aufdringlich. Warum sie so sind, wird bunt und aufschlussreich begründet, sodass die vielen Regeln auch für junge Menschen einsehbar sind.

Silvia Friedrich



Françoise Boucher: „Die ganze Wahrheit über deine Eltern. Warum sie wollen, dass du Gemüse isst, und alles andere“, Yes Publishing, München 2021, broschiert, 114 Seiten, 9,99 Euro

REISEFÜHRER



Insel für jede Jahreszeit

Magisch, aufregend und einfach schön – so stellt der Baedeker Reiseführer die Insel Usedom vor. Ob Bäderarchitektur, Kultur, Veranstaltungen oder Erholung in der Natur – jeder wird das Passende für sich entdecken

FOTO: SHUTTERSTOCK

Umfangreiches Wissen übersichtlich und informativ in ansprechender Aufmachung aufbereitet – so lassen sich die Baedeker-Reiseführer charakterisieren. Die Reihe „EASY ZIP“, deren Taschenbücher eine herausnehmbare Straßenkarte in großem Maßstab enthalten, wurde nun um den Band „Usedom“ erweitert.

Einer allgemeinen Einführung folgen Tourenvorschläge und anschließend die Beschreibung der Inselorte von A bis Z. Im zweiten Teil wird Hintergrundwissen sowie die Geschichte der Insel geboten. Wer sich mit den kulinarischen Besonderheiten vertraut machen will, kommt ebenfalls auf seine Kosten. Der Band ist jedem

zu empfehlen, der sich auf seinen nächsten Inselurlaub, der ganzjährig möglich ist, gut vorbereiten möchte. MRK

Baedeker: „Reiseführer Usedom mit praktischer Karte EASY ZIP“, MairDumont-Verlag, Ostfildern 2021, Taschenbuch, 250 Seiten, 19,95 Euro

ISLAMKRITIK

Ayaan Hirsi Ali warnt vor naiver „Willkommenskultur“

Selbst eine Immigrantin, weiß die Autorin, wovon sie spricht: In Somalia wurde sie genital verstümmelt, konnte vor einer Zwangsehe in die Niederlande fliehen, wo sie Politikwissenschaften studierte

VON BODO BOST

Die Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali behandelt in ihrem Buch „Beute“ viele unbequeme Wahrheiten rund um die Immigration aus muslimischen Ländern. Frauen gelten in diesen Ländern nicht als gleichberechtigt, sondern als Beute.

In Afghanistan verschwinden nach der Machtübernahme der Taliban Frauen von der Straße, und die Häuser werden zu Gefängnissen. Das hatte die Autorin als Jugendliche am eigenen Leibe in Somalia erfahren, als dort radikale Moslems die Macht übernahmen. Sie berichtet von den Mechanismen, die in der islamischen Gesellschaft Anwendung finden, wenn der Islam als politische Ideologie die Macht übernimmt.

Hirsi Ali hat diesen Titel gewählt, weil die Männer, über die sie in dem Buch schreibt, Frauen verachten. Sie üben sexuelle Gewalt aus, indem sie ihnen obszöne Ausdrücke hinterherhufen, unzünftige Geräusche machen, bis hin zu Gruppenvergewaltigungen und dem „Vergewaltigungsspiel“, dem „Taharrush“. Im Deutschen hat man dies mit „Antanzen“ übersetzt.

Hirsi Ali ist selbst eine Immigrantin: Als Kind wurde sie genital verstümmelt, floh aus Somalia vor einer Zwangsehe in die Niederlande. Dort studierte sie Politik und schrieb das Drehbuch zum Film „Unterwerfung“, was Islam wörtlich bedeutet. Der Film war eine radikale Islamkritik. Re-

gisseur Theo van Gogh wurde dafür 2004 ermordet und über Hirsi Ali eine Todesfatwa verhängt. Sie lebt anonym in Nordamerika und publiziert weiter, vor allem über muslimische Männer, die in der Mehrheit ein radikal anderes Frauenbild haben, als das im Westen übliche.

Muslimische Männer lernen Frauenfeindlichkeit von klein auf, auch in Europa legen sie ihre Erziehung nicht ab. Oft wird diese Erfahrung durch die von muslimischen Führungsfiguren bewusst gepflegte Opferrolle verstärkt. Immer mehr Parallelgesellschaften entstehen, wie der Brüsseler Stadtteil Molenbeek, die Keimzelle der Pariser Attentate, wo sich die Polizei nicht mehr hineintraut und Frauen sich nur voll verschleiert auf die Straßen wagen.

Ihre Thesen untermauert Hirsi Ali mit vielen Statistiken und konkreten Beispielen sexueller Gewalt. Ihr geht es nicht darum, muslimische Immigranten zu dämonisieren, aber sie will eine Debatte über Tabuthemen anstoßen.

Neben den Frauen sind auch Homosexuelle, Juden und Menschen, die wie Hirsi Ali dem Islam den Rücken kehren, von Abwertung durch muslimische Männer betroffen. In der Asyldebatte wirft die Autorin Politik und Medien eine falsch verstandene Toleranz und eine naive „Willkommenskultur“ vor. Von Merkels „Wir schaffen das“ führt laut Hirsi Ali ein direkter Weg zur Silvesternacht 2015 in Köln.

Hirsi Ali zeigt, warum junge minderjährige Immigranten ohne familiäre Bindungen und mit wenig Aussicht auf Asyl so an-

fällig für kriminelles, frauenverachtendes Verhalten sind. Dabei stützt sie sich auf Forschungsergebnisse des Kriminologen Christian Pfeiffer. Mit Zahlen einer Studie der Universität Stanford belegt sie, dass sich seit der Massenzuwanderung von 2015/16 auch bei uns Frauen immer mehr aus dem öffentlichen Raum zurückziehen.

Wie in Dänemark und Großbritannien, wo eine harte Immigrationspolitik von Immigranten im Ministerrat durchgesetzt wird, macht auch Hirsi Ali konkrete Vorschläge, um die Wende in der Migrationskrise zu schaffen. Als Politologin warnt sie vor einem Zusammenbruch des Sozialstaats, wenn wegen der Massenzuwanderung eine immer größer werdende Zahl von Leistungsempfängern unterstützt würde, die nie in das System eingezahlt hat. Sie beruft sich auf den Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman, der gesagt hat, man könne offene Grenzen haben oder einen Wohlfahrtsstaat – aber nicht beides.

Hirsi Alis Zukunftsvision ist düster, viele Kritiken warfen ihr Übertreibung vor, aber nicht nur in Afghanistan hat sie sich schon bewahrheitet.



Ayaan Hirsi Ali: „Beute. Warum muslimische Einwanderung westliche Frauenrechte bedroht“, Bertelsmann Verlag, München 2021, gebunden, 432 Seiten, 22 Euro

KRIMI

Unter SS-Soldaten in der Anstalt

Jussi Adler Olsen schildert in seinem Erstlingswerk spannend, wie es zwei britischen Piloten gelang, in Deutschland unterzutauchen

VON ANGELA SELKE

Im Winter 1944 machen die beiden britischen Royal-Air-Force-Piloten Bryan und James sich mit ihrem Aufklärungsflugzeug auf in den Süden Deutschlands, um Hinweise auf einen militärischen Stützpunkt ausfindig zu machen. Sie werden abgeschossen und können sich nur knapp retten. Ihr Absprung ist den Deutschen nicht entgangen, und sie machen sich mit Hunden auf die Suche. Völlig durchgefroren erreichen die Briten einen Zug, auf den sie aufspringen können. Es handelt sich um einen Lazarettzug, und Bryan und James müssen innerhalb weniger Minuten ihre Uniformen entsorgen und zwei tote Soldaten durch das Zugfenster befördern. Sie legen sich in die freigeordneten Betten.

Der Austausch bleibt unbemerkt, und die beiden Briten werden in eine Heilanstalt – das Alphabethaus – eingeliefert. Es handelt sich um eine Abteilung für seelisch schwer traumatisierte hochrangige SS-Soldaten. Bryan und James treten nicht mehr in Kontakt zueinander, da sie beobachtet werden. Es darf auf keinen Fall herauskommen, dass sie Briten sind. Alle Kranken sollen schnell wieder für den Kriegsdienst eingesetzt werden, mit Elektroschocks und gefährlichen Medikamenten wird an ihnen herumexperimentiert.

Die Zeit in dem Hospital ist eine Tortur. Nur Schwester Petra kann den Kranken etwas Freude bringen. Irgendwann wird es Bryan zu viel. Er riskiert die Flucht ohne

James, der nur apathisch in seinem Bett liegt.

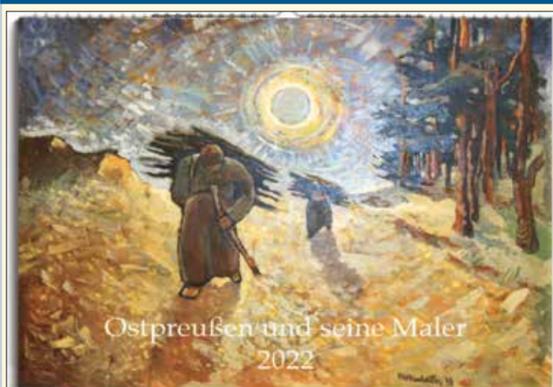
Im zweiten Teil von Jussi Adler Olsens Thriller „Das Alphabethaus“ geht es um Bryan, der 1972 als britischer Arzt an den Olympischen Spielen in München als Berater teilnehmen soll. Bisher hat er versucht, Deutschland aus seinem Gedächtnis zu streichen, doch ihn plagt das schlechte Gewissen, James zurückgelassen zu haben. Dann nimmt er die Gelegenheit wahr und fährt nach Freiburg, wo sich die Anstalt befand. Er versucht, Gerhard Peukert zu finden, James' deutscher Name. Bryan begibt sich auf die gefährliche Suche nach dem Verbleib seines besten Freundes.

Dieser im dänischen Original 1997 herausgegebene und jetzt auf Deutsch neu aufgelegte Krimi ist sehr gut gelungen. Die Handlung wird fesselnd erzählt. Die aussichtslose Situation der Briten in der Heilanstalt wirkt authentisch und hat sich vermutlich in vielen Fällen so zugetragen. Die Details der NS-Herrschaft werden realistisch geschildert, wobei recht neutral berichtet wird, ohne Hass und Rache. Der Roman bereitet ein großes Lesevergnügen.

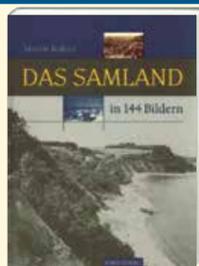


Jussi Adler Olsen: „Das Alphabethaus“, Neuausgabe, dtv, München 2021, Taschenbuch, 588 Seiten, 11,95 Euro

Rautenberg Bücher im Flechsig Medienvertrieb



Ostpreußen und seine Maler 2022
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Alltag in Ostpreußen“. Format 50 x 35 cm Spiralbindung
Nr. P A1732 25,50 €



Martin Kakies
Das Samland in 144 Bildern
Historischer Bildband
144 S/W-Fotos, 80 Seiten
Nr. P 1405 12,95 €



Kaffeebecher Ostpreußen
Steingutbecher mit Randverzierung
Nr. P A0652 12,95 €



Ostpreußenfahne mit Wappen Ostpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



Kartenmappchen Ostpreußen
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Künstlern, die in Ostpreußen gewirkt haben.
Nr. P A0529 6,95 €

Kartenmappchen Königsberg u. ostpr. Städte
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Königsberg und Städten in Ostpreußen.
Nr. P A0530 6,95 €



Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Liedern und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. (Laufzeit 40 Minuten)
Nr. P 5893 CD 9,95 €



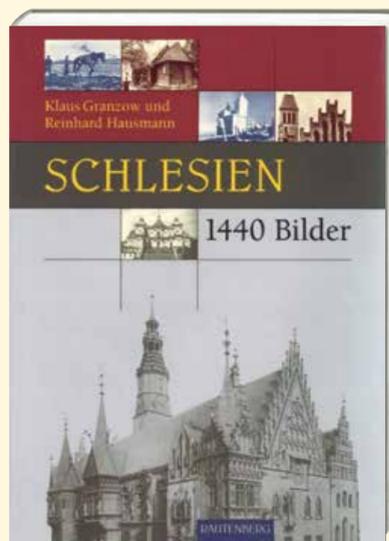
Kaffeebecher Oberschlesien
Porzellanbecher mit dem Wappen von Oberschlesien
Nr. P A0812 12,95 €



Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



Kühlschrankschmagnet und Flaschenöffner
Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
Nr. P A1274 Motiv Elchschaufel 4,95 €
Nr. P A1275 Motiv Königin Luise 4,95 €
Nr. P A1303 Motiv Königreich Preußen 4,95 €



Klaus Granzow und Reinhard Hausmann (640 Seiten)
Schlesien in 1440 Bildern
Goethe nannte Schlesien – „ein zehnfach interessantes Land“ – und schrieb, dass es sich alleine wegen der Domsine und ihrer Kunstwerke lohne, von Frankfurt zu Fuß nach Breslau zu gehen. Wer heute Schlesien – wie es war – noch einmal entdecken will, der wandere in diesem Band noch einmal von Seite zu Seite und von Bild zu Bild. Er wird erfahren, dass Schlesien nicht nur ein zehnfach interessantes Land ist, sondern sich in vielfältigen Formen der Schönheit darbietet. Jeder wird dabei „seinem Schlesien“ begegnen, denn jeder bewahrt ein anderes Bild seiner Heimat. Über 1400 Bilder wurden ausgewählt, so dass auf jeden Stadt- und jeden Landkreis viele Bilder entfallen. Im Textteil werden die einzelnen Landkreise und Städte mit ihren geographischen Grundlagen und geschichtlichen Ereignissen vorgestellt. Das Buch ist ein Zeugnis der schlesischen Landschaft mit ihren Städten, Dörfern, Kirchen und Gebirgen.
Nr. P 4001 Gebunden mit Schutzumschlag 69,95 €



Christoph von Allmayer-Beck
Die Geschichte der 21. (ostpr./westpr.) Infanterie-Division
Dem Verfasser ist es in überaus anschaulicher Weise gelungen, die Geschichte der 21. Infanterie-Division (ehemaliges Artillerie-Regiment 21) von der Friedenszeit bis zum Kriegsende 1945 darzustellen. Er konnte bei der Bearbeitung auf die Kriegstagebücher der Division zurückgreifen und die vorhandenen Akten aus dem Bundesarchiv / Militärarchiv einsehen. 716 Seiten
165 Fotos, 70 Karten-Skizzen, 59 Anlagen Format: 15,8 x 24,2 cm.
Nr. P A1654 Kunstleinenband 39,95 €

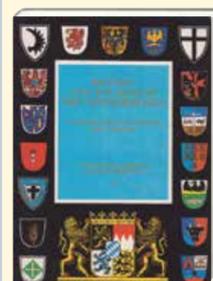


Fahne Sudetenland
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P A0587 Fahne 12,50 €



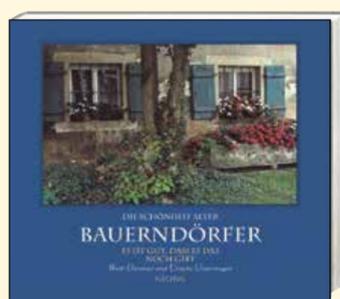
Deutscher Schulatlas
Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
Nr. P 9965 Gebunden 9,99 €

Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten



Bayern und die Heimat der Vertriebenen
Im deutschen Osten, im Sudetenland und in Osteuropa
SW Abbildungen, Karten und Wappenabb. 22,4 x 30 cm
Nr. P A1627 Kartiert 4,95 €

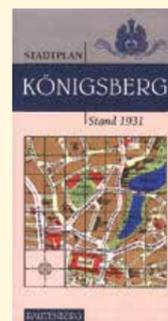
Geschichtliche und kulturelle Beziehungen Bayerns zu Schlesien, Aus der Frühzeit des Buchdrucks, Reise nach Rohr: Eine schlesische Musikstadt im Bayernland, Zwei bayerische Barockmaler in Schlesien, Holzspielzeug aus dem Erzgebirge im Spielzeugmuseum Nürnberg, Puppenmutter Käthe Kruse, Die Beziehung des Deutschen Ordens zu Böhmen, Mähren + Schlesien, Karl IV. und die politische Landbrücke von Prag nach Frankfurt am Main, Mit Menzel in Bayern und Österreich, Adalbert Stifter und der Böhmischeschlesische Wald, Die Buchenlanddeutschen, Lovis Corinth – ein ostpreußischer Wahlmünchner, sowie viele andere interessante Themen...



Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Die Schönheit alter Bauerndörfer
Es ist gut, dass es das noch gibt
Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für den Erhalt der bäuerlichen Kultur und Tradition. 123 Abbildungen. 120 Seiten
Nr. P 575274 Gebunden 7,95 €



Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 11,95 €



Stadtplan Königsberg
Historischer Stadtplan von 1931
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5508 7,95 €



Fahne Königreich Preußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9981 Fahne 12,50 €



Flaggenpin mit Elchschaufel (ca. 20 mm)
Nr. P 9950 2,50 €



Flaggenpin mit Wappen Pommern (ca. 20 mm)
Nr. P 9953 2,50 €



Flaggenpin mit Wappen von Ostpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9951 2,50 €



Flaggenpin Niederschlesien (ca. 20 mm)
Nr. P A0020 2,50 €



Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Wie das Wetter wird
Bauernregeln für Heute neu entdeckt
Wolf-Dietmar und Ursula Unterwegers Sammlung alter Bauernregeln sind einzigartig schöne Bilder vom Leben auf dem Lande beigegeben, die Ausdruck eines alt-neuen Naturverständnisses sind. 33 Abb. 96 S.
Nr. P 575273 Gebunden 7,95 €

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
Telefon 09 31 / 45 26 50 35
Telefax 09 31 / 45 26 50 36
Email flechsigmedien@web.de
Internet www.flechsigmedien.de
Lieferung und Rechnung von VDM Heinz Nickel, Zweibrücken

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

„Ich habe den Eindruck, dass ein Teil der Bevölkerung sich nicht mehr überzeugen lässt“, stöhnt Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow im öffentlich-rechtlichen „Morgenmagazin“. Er meint Leute, die immer noch skeptisch sind, sich impfen zu lassen. Was Ramelow als Politiker der mehrfach umbenannten SED nicht in den Kopf bekommt: Es ist das Wesen freier Gesellschaften, dass es jedem freisteht, sich von einem Mitbürger oder der Obrigkeit „überzeugen“ zu lassen – oder eben nicht. Stattdessen versteht der Landeschef die Freiheit der Entscheidung offenbar bloß als Frist: Dem Bürger wird es überlassen, ob er gleich die Hacken zusammenschlagen will oder später. Er darf sich mit dem Gehorsam auch etwas Zeit lassen, aber am Ende hat er zu spüren. Andernfalls müsste er als Ungeimpfter damit rechnen, im Freistaat nicht mehr im Krankenhaus behandelt zu werden, so Ramelow. Angeblich, weil dort die Betten knapp werden. Dass die vorgeblich unumgängliche Aussonderung dann aber nur Ungeimpfte treffen soll, spricht Bände. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Matthias Iken ist schockiert von einer Kampagne gegen den langjährigen früheren Chef-Forensiker Klaus Püschel. Im „Hamburger Abendblatt“ (3. November) warnt Iken:

„Heute wird nicht mehr gestritten, heute wird kurzer Prozess gemacht. Und mit einer besorgniserregenden Ausweitung der Kampfzone geht es längst nicht mehr nur gegen Rechtspopulisten, sondern gegen alle, die vermeintlich vom rechten, besser gesagt vom linken Pfad abweichen. ... Maß und Mitte gehen verloren, alles entscheidend ist der Kampf gegen rechts.“

In seinem Netzstagebuch „Acta Diurna“ (5. November) erkundigt sich Michael Klonovsky nach den unterschiedlichen Betroffenheitsgraden von Feministinnen:

„Vor etwa einem Jahr haben zwölf junge Männer – Willkommen! – im Hamburger Stadtpark ein 15-jähriges Mädchen vergewaltigt. Die Party dauerte zweieinhalb Stunden. Alle Tatverdächtigen befinden sich auf freiem Fuß. Hat jemand ein Wort vom #aufschrei- und #metoo-Twittergeflüster vernommen?“

Stefan Aust ahnt auf „Welt online“ (8. November), worunter das Vertrauen der Deutschen in die Führung während der Corona-Zeit besonders gelitten hat:

„Eine Übersterblichkeit hat es 2020 offenbar jedenfalls bundesweit nicht gegeben. Da wundert es nicht so sehr, dass man den Ansagen der Regierung und ihrer Behörden nicht mehr so recht glaubt. Jetzt sind es die Ungeimpften, die schuld sind. Aber vielleicht sind es auch die permanenten Panikmacher, die den Glauben an die Weisheit der Regierung und ihrer Experten erodieren ließen.“

Detlev Krüger, bis 2016 Leiter des virologischen Instituts an der Berliner Charité, kritisiert gegenüber der „Bild“-Zeitung (8. November), dass Kinder immer mehr in den Fokus der Corona-Debatte gerückt werden:

„Kinder sind keine Pandemietreiber. Das sagt auch das Robert-Koch-Institut. Am wichtigsten ist: Sie erkranken kaum. Und wer von Kindern verlangt, sie sollten sich allein deshalb impfen lassen, damit Corona in der Bevölkerung zurückgedrängt wird, hat nicht verstanden: Auch Geimpfte tragen das Virus weiter. Man sollte die Kinder endlich aus der Schusslinie nehmen.“

● WORT DER WOCHE

„Hierzulande wird mit derartiger Werbung jungen Frauen suggeriert, die Unterwerfung unter religiöse Vorschriften und den künftigen Mann sei eine topmoderne, tolerante und modische Form des Gesellschaftslebens.“

Thilo Schneider auf „Achgut.com“ (8. November) zu dem Phänomen, dass in der Werbung immer mehr schicke junge Frauen mit Kopftuch zu sehen sind

DER WOCHENRÜCKBLICK

Krank oder „rechts“

Wo die Geistesstörung von Attentätern entscheidend ist, und wo sie so gut wie keine Rolle spielen darf

VON HANS HECKEL

Wie schnell die das herausgefunden haben! Gerade erst hatten wir von der Messerattacke im ICE bei der Fahrt durch Franken gehört, da wurde uns schon die beruhigende Nachricht übermittelt, der Mann sei „psychisch auffällig“. Er leide nach Auffassung des Gerichtspsychiaters möglicherweise unter einer „paranoiden Schizophrenie“ und „wahnhaften Vorstellungen“.

Benötigt der Fachmann für eine solche Diagnose nicht normalerweise etwas mehr Informationen, als man sie durch eine kurze Inaugenscheinnahme des mutmaßlich Kranken und ein paar Beamtensätze zusammenklauben kann? Nun, normalerweise mag das so sein. Aber hier war Not am Manne, denn der Vorname des Täters war bereits durchgesickert. Er heißt Abdalrahman A. Damit wurde für jeden Medienkonsumenten ersichtlich, dass seine Wurzeln keine deutschen sein dürften.

Tatsächlich handelt es sich um einen morgenländischen Moslem, der als geflüchteter Schutzsuchender unlängst zu uns kam. Damit stand die Möglichkeit eines radikal-islamischen Motivs im Raum. Deshalb musste die Diagnose „geistesgestört“ so rasch wie möglich auf den Tisch, damit alle anderslautenden Befürchtungen umgehend darunter begraben werden konnten.

Im Falle von Tobias Rathjen, dem Attentäter von Hanau im vergangenen Jahr, haben wir das natürlich von Grund auf anders gehandhabt. Der hatte mehrere Menschen mit ausländischem Hintergrund und schließlich seine eigene Mutter sowie sich selbst getötet. Wie sich herausstellte, litt Rathjen unter einer „Psychose aus dem schizophrenen Formenkreis, paranoide Inhalte“, wie ein Amtsarzt schon 18 Jahre vor der Tat diagnostiziert hatte. Die Diagnose kommt uns entfernt bekannt vor. Sie spielte aber aus wohl erwogenen Gründen so gut wie gar keine Rolle.

Denn es wäre „fatal, hier nur das ‚Wirre‘, ‚Groteske‘, ‚Kranke‘ sehen zu wollen“, wie ein Fernsehjournalist damals eindringlich warnte, der für das ARD-Magazin „Panorama“ arbeitet. Dieser Warnung schloss sich seinerzeit fast alles an, was Rang und Namen hat. Bei Figuren wie Abdalrahman A. würde es besagter Journalist vermutlich als „fatal“ verurteilen, irgendetwas anderes in den Blick zu nehmen als ausschließlich das „Wirre, Gro-

teske, Kranke“. Denn dann drohen schließlich „Pauschalisierung“, „Generalverdacht“, „Rassismus“ und „Islamophobie“.

Nach dem Massenmord von Hanau wurde dagegen pauschalisiert und generalverdächtigt, dass die Schwarte kracht. Gefühlt dauerte es höchstens Sekunden, bis die AfD im Zielfernrohr atemberaubender Anschuldigungen auftauchte. Und das Manöver war von fulminantem Erfolg gekrönt! Schon nach den ersten kräftigen Breitseiten auf die blaue Partei gaben in einer Umfrage 60 Prozent der Deutschen der AfD eine Mitschuld am Amoklauf, und die Partei sauste in der Wählerpräferenz sogleich von elf auf neun Prozent hinunter.

Übrigens hatte Rathjen in einem „Manifest“, das er auf Englisch per Video verbreitete, davon phantasiert, in eine Zeitschleife zu steigen, um die Entstehung des Lebens auf der Erde schon vor dessen Entstehung zu verhindern, womit natürlich auch die Vernichtung aller Deutschen einherginge. „Ganz wie im Programm der AfD – nicht wahr?“, spottete damals jemand auf Facebook.

Manipulieren geht ganz leicht

Die Verrenkungen zwischen „geistesgestört“ und „rechtsextrem“ bei der Beurteilung unzurechnungsfähiger Attentäter können so offensichtlich manipulativ sein, wie sie wollen. Sie funktionieren trotzdem, und das immer wieder. Es bleibt, wie es immer war: Lüge und Manipulation müssen nur oft und laut genug wiederholt werden, dann adeln sie die Belogenen und Manipulierten selbst zur Wahrheit.

Das gilt sogar, wenn man den Bürgern direkt in die Geldbörse greift. Die staatlichen Langfinger müssen ihren Beutezug nur hemmungslos genug verbrämen, schon klatschen die Leute Beifall.

Ein aktuelles Beispiel: Aus dem grünlinken Lager ertönt die Forderung, „klimaschädliche Subventionen“ endlich zu streichen. Soll das etwa heißen, dass bislang Menschen Geld aus dem Staatssäckel, also unser aller Steuergeld, überwiesen bekommen, um damit dem Klima zu schaden? Ungeheuerlich, denkt sich da doch jeder klimasensible Zeitgenosse und stimmt mit ein: „Weg damit!“ Und zwar sofort.

Bei näherem Hinsehen stellt sich allerdings heraus, dass mit den „Subventionen“ der verminderte Steuersatz auf Diesel gemeint ist. Es wird also niemandem etwas geschenkt. Der Fiskus zieht nur etwas weniger

ein. Schon stoßen weitere mutige Klimaretter und „Geschenke“-Streicher nach und wollen der Pendlerpauschale an den Kragen gehen, deren Funktionsweise Robert Habeck ja sowieso nie verstanden hat. Aber auch hier wird nichts verschenkt, sondern nur bei Leuten, die einen langen Weg zur Arbeit haben, weniger abgezogen.

Hinter solchen und ähnlichen Kampagnen gegen Steuer-„Geschenke“ steht die unverrückbare Überzeugung von Sozialisten, dass alles Geld der Bürger eigentlich dem Staat gehört, der seinen Untertanen aus purer Gnade mal etwas mehr, mal etwas weniger davon zur Verfügung stellt. Je nach dem, was die weisen Führer gerade im Schilde führen und inwieweit die „beschenkten“ Enteigneten an der Wahlurne für sie gefährlich oder nützlich werden könnten.

Wobei wir das riskante Manöver mit den Wahlurnen vielleicht bald ganz sein lassen. Warum sollte man nicht bundesweit zu der in Berlin jüngst erprobten Praxis übergehen, wo die Resultate der Bundestagswahl in manchen Gegenden „geschätzt“ statt ausgezählt wurden. Hat man in der DDR doch auch so gemacht, wobei das Ergebnis der Schätzung dort sogar schon vor dem Wahltag feststand, weshalb man sich das nervenaufreibende Warten auf die erste Hochrechnung ersparen konnte.

Aber soweit sind wir halt noch nicht. Bis dahin müssen die Parteien darauf achten, wem sie mehr und wem sie weniger „schenken“ wollen. Da muss sich bei den „Ampel“-Gesprächen vor allem die FDP vorsehen, die 2013 schon einmal aus dem Bundestag flog. Die Liberalen haben sich bekanntlich festgelegt, und zwar felsenfest: keine Steuererhöhungen. Andererseits wollen SPD und Grüne allerhand teure Sachen lostreten, für die sie Geld benötigen, viel Geld. Wird schwierig.

Als vor vier Jahren sogar der damalige VW-Chef Matthias Müller eine Abschaffung der geringeren Steuern auf Diesel ins Spiel brachte, klebte ihm die damalige FDP-Generalsekretärin Nicola Beer den Spitznamen „Diesel-Judas“ ans Revers. Müller wolle doch nur Geld einstreichen, indem der Bund die höheren Steuereinnahmen als Subventionen (diesmal echte) an die Autoindustrie weiterreiche für Forschung und Entwicklung. Warten wir mal ab, wie standhaft die FDP diesmal bleibt, wo es um die Erlangung von Ministerposten geht und nicht bloß um ihren guten Ruf bei den Dieselfahrern.

Nachricht an die Dieselfahrer – und uns alle: Geld, das uns der Staat gnädigerweise nicht wegnimmt, hat er uns eigentlich „geschenkt“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de